

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Ein hundredachte öffentliche Sitzung

Nr. 108

Freitag, den 13. Mai 1949

IV. Band

	Seite
Geschäftliches	1, 2, 27, 28, 37, 47, 48
Glückwünsche des Präsidenten zum 70. Geburtstag des Staatsministers der Finanzen Dr. Kraus	1—2
Dankesworte des Staatsministers Dr. Kraus	2
Erklärung des Ministerpräsidenten zum Bonner Grundgesetz.	

In Verbindung damit:

Interpellation der Abgeordneten von Knoering und Genossen betreffend monarchistisch-separatistische Umtriebe in Bayern. (Beilage 2451).

Redner:

Ministerpräsident Dr. Ehard	2—4, 4—5, 13—17
Dr. Baumgartner (FDP)	4
von Knoering (SPD)	5—13
Staatsminister Dr. Hundhammer	17—19
Scharf (FDP)	20
Dr. Dehler (FDP)	20—21

(Die Sitzung wird auf 12 Minuten unterbrochen.)

Erklärung des Abgeordneten Dr. Dehler zu seinen den tumultuarischen Zwischenfall veranlassenden Ausführungen gegen Mitglieder der Staatsregierung	22
---	----

Erwiderung des Ministerpräsidenten Dr. Ehard	22
--	----

Fortsetzung der Beratung zur Erklärung des Ministerpräsidenten und zur Interpellation (siehe oben).

Redner:

Dr. Dehler (FDP)	22—27
(Die Sitzung wird unterbrochen.)	
Dr. Baumgartner (FDP)	28—33
Rühler (CSU) [zur Geschäftsordnung]	33
Dr. Kroll (CSU)	33—37
Soriz (fraktionslos)	37—39
Hausleiter (CSU)	39—42
Dr. Franke (SPD)	42—43
Dr. Linnert (FDP)	43—47
Zietzsch (SPD)	47

Festsetzung der Zeit für die nächste Sitzung	37, 48
--	--------

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die Sitzung wird um 9 Uhr 8 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Dr. Beck, Fichtner, Dr. Hille, Hofmann, Dr. Probst; anderweitig entschuldigt ist der Abgeordnete Neumann.

Ich darf dem hohen Hause bekanntgeben, daß in der Zeit zwischen der letzten Vollversammlung des Landtags und der heutigen Sitzung Herr Staatsminister Dr. Kraus in erfreulicher Rüstigkeit seinen 70. Geburtstag feiern konnte.

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Ich habe ihm zwar schon schriftlich die besten Wünsche des hohen Hauses übermittelt, glaube aber bei der allgemeinen Wertschätzung, deren sich der Herr Minister in diesem Hause erfreut, auch heute nochmals darauf zurückkommen zu sollen. Eine würdige Ehrung von seiten des Landtags war leider nicht möglich, weil sich der Herr Minister unterdessen „verflüchtigt“ hatte, so daß die Gratulanten nicht an ihn herantreten konnten. Ein paar Sätze aus meinem Glückwunschschreiben möchte ich hier anklingen lassen; einer davon lautet:

Als ein besonderes Verdienst erscheint mir dabei Ihre aus einer tiefempfundenen sittlichen Verantwortung quellende soziale Einstellung, die Sie bei aller Not des Staates immer wieder den Menschen, den darben und notleidenden Hilfsbedürftigen, in den Vordergrund Ihres Denkens und Trachtens stellen läßt. Durch diese tatbereite soziale Gesinnung erhöhen sich zwar noch die Schwierigkeiten Ihres Amtes, es wird zugleich aber auch die gesamte Finanzgebarung des bayerischen Staates unter das christliche Sittengesetz gestellt, das ihr ihre innere Rechtfertigung verleiht.

Mein zweiter Gedanke war ein Dank für die stets loyale Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landtag:

Gerade in den finanzpolitischen Fragen stehen sich ja unvermeidlicherweise Staatsregierung und Parlament oft in einem harten Kräftemessen gegenüber. Um so mehr verdient es hervorgehoben zu werden, welch großes Verständnis Sie ungeachtet Ihrer eigenen außerordentlichen Schwierigkeiten stets dem Landtag gegenüber unter den auch für

(Präsident)

die Volksvertretung oft nicht leichten Verhältnissen bewiesen haben.

Herr Staatsminister! Unsere Glückwünsche, die wir Ihnen aus ganzem Herzen entgegenbringen, sind allerdings nicht ganz selbstlos. Ich habe dies in meinem Schreiben in folgender Form ausgedrückt:

Fast ist es eine Zumutung, wenn ich die Hoffnung ausspreche, daß Sie auch nach der Überschreitung des 70. Lebensjahres Ihre hervorragende Kraft dem bayerischen Staat wie bisher widmen werden.

Nochmals: Unsere besten Wünsche, Herr Staatsminister!
(Wiederholter allgemeiner und starker Beifall.)

Das Wort hat der Herr Staatsminister Dr. Kraus.

Staatsminister Dr. Kraus: Hohes Haus, meine verehrten Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Präsidenten und Ihnen, meine sehr verehrten Abgeordneten, für die freundlichen Glückwünsche, die Sie mir zu meinem 70. Geburtstag dargebracht haben. Es ist kein leichtes Amt, das ich übernommen habe, als vor dreieinhalb Jahren der Ruf an mich erging, wieder in den aktiven Staatsdienst einzutreten. Ich habe mir die Sache wohl überlegt, aber ich habe mir gesagt, daß nach den zwölf Jahren der Zwangsherrschaft auch die Alten wieder herankommen müssen. Sie wissen, daß Gaius Julius Cäsar, wie wir in der Schule gelernt haben, bei ganz schwierigen Verhältnissen den Anspruch getan hat: res venit ad triarios! Die Situation ist für uns so gewesen, daß auch die Alten wieder haben hervortreten und ihre Kräfte dem Staat und dem Wiederaufbau widmen müssen. In dieser Auffassung bin ich an die schwere Aufgabe herangetreten und habe bis jetzt nichts anderes als meine Pflicht getan. Ich danke dem hohen Landtag, daß er mich bei dieser Pflichterfüllung unterstützt hat.

(Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich darf dem Hause mitteilen, daß sich der Ältestenrat mit den Dispositionen für die heutige Sitzung beschäftigt hat und Ihnen vorschlägt, die Punkte 4a, b und c der Tagesordnung an den Sozialpolitischen Ausschuß zurückzuverweisen. Er spricht die Hoffnung aus, daß diese Punkte in der nächsten Plenarsitzung erledigt werden können, die voraussichtlich am Dienstag, den 17. Mai um 15 Uhr stattfindet. Für die heutige Sitzung sind die Erklärung der Staatsregierung und die Interpellation der SPD vorgesehen. Die übrigen Punkte der heutigen Tagesordnung werden in der nächsten Sitzung des Landtags behandelt. — Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Ist der Herr Ministerpräsident in der Lage, seine Erklärung abzugeben?

(Ministerpräsident Dr. Chard: Ja!)

Wir kommen zum ersten Punkt unserer Tagesordnung:

Erklärung des Ministerpräsidenten zum Bonner Grundgesetz.

Ich bitte, die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten in aller Ruhe anzuhören, da der Herr Ministerpräsident gerade erst von der Reise aus Frankfurt zurückgekommen ist. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Chard: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Gestern, in später Abendstunde, fand in Gegenwart der Militärgouverneure, einer Anzahl Herren des Parlamentarischen Rates und sämtlicher Ministerpräsidenten in Frankfurt eine feierliche Sitzung statt. Bei dieser Gelegenheit haben die Gouverneure ein Dokument übergeben, in dem das Grundgesetz genehmigt ist. Es sind einige Vorbehalte gemacht und es ist außerdem den Ministerpräsidenten der Auftrag gegeben worden, dieses Grundgesetz, soweit technische Dinge dabei zu erledigen sind, möglichst bald in Kraft zu setzen. Ich habe einstweilen nur den englischen Text. Der amtliche deutsche Text ist uns noch nicht zugegangen. Ich hoffe im Laufe des Vormittags den Damen und Herren des Hauses die authentische Übersetzung mitteilen zu können, weil wohl ein besonderes Interesse für die darin enthaltenen Vorbehalte besteht.

Im Zusammenhang mit der Haltung, die die bayerische Staatsregierung zu dem nunmehr vom Parlamentarischen Rat verabschiedeten Grundgesetz eingenommen hat, ist in der bayerischen und außerbayerischen Öffentlichkeit vielfach eine Verwirrung der Meinungen eingetreten, die im Interesse Bayerns auch von dieser Stelle aus einer Erklärung bedarf. Es erschien mir darum notwendig, noch bevor das Grundgesetz dem Landtag zugeleitet werden konnte, dem hohen Hause eine Erklärung über die Stellung der Staatsregierung abzugeben.

Nach Art. 144 des Grundgesetzes, das der Parlamentarische Rat am 8. Mai 1949 beschlossen hat, bedarf dieses Grundgesetz der Annahme durch die Volksvertretungen in zwei Dritteln der deutschen Länder, in denen es zunächst gelten soll. Die Staatsregierung wird dem Landtag den Text des Grundgesetzes zuleiten, sobald er ihr zusammen mit der Genehmigung der Alliierten Regierungen amtlich zugeleitet ist. Die Staatsregierung wird dann beantragen, einen Beschluß herbeizuführen, ob dem Grundgesetz in der vorliegenden Fassung die Zustimmung erteilt werden soll. Es ist bekannt, daß die Staatsregierung hierzu einen ablehnenden Standpunkt eingenommen hat.

Ferner wird aber die Staatsregierung beantragen, eine Entschließung des Landtags darüber herbeizuführen, ob bei Annahme des Grundgesetzes in zwei Dritteln der Länder die Rechtsverbindlichkeit dieses Grundgesetzes auch für Bayern anerkannt wird. Es dürfte ebenfalls bekannt sein, daß die bayerische Staatsregierung diese Frage mit aller Entschiedenheit bejaht.

Weiterhin habe ich dem Landtag auf Grund eines Ministerratsbeschlusses mitzuteilen, daß die Staatsregierung es begrüßt hätte, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, die beiden Fragen dem bayerischen Volk zur Abstimmung vorzulegen. In der Zwischenzeit ist die Genehmigung durch die Alliierten Regierungen erteilt und angeordnet worden, daß die Abstimmung in den Landtagen zu erfolgen hat. Ein Volksentscheid oder eine Volksabstimmung ist nicht vorgesehen.

Zu dieser meiner Erklärung darf ich einige Erläuterungen geben:

Die Ihnen mitgeteilte Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung zu dem nunmehr vom Parlamentarischen Rat beschlossenen Grundgesetz ist durch die Haltung vorgezeichnet, die sie von Anfang an in der

(Ministerpräsident Dr. Chard)

Frage der Schaffung eines vorerst die Länder der westlichen Besatzungszonen zusammenfassenden Bundesstaates eingenommen und verfolgt hat.

Diese Haltung war, was die baldige Bildung einer gemeinsamen Bundeslegislative und Bundesexekutive anlangt, durchaus bejahend und in keinem Zeitpunkt durch Erwägungen gehemmt, wie etwa die, ob es in diesem Zeitpunkte der Spaltung Deutschlands in zwei Hälften überhaupt ratsam sei, sich mit einer Teillösung zu befassen, wie sie nach der gegebenen Sachlage allein möglich ist.

Die fortschreitende Entwicklung der internationalen Lage bestätigt es täglich aufs neue, wie dringend notwendig es ist, daß Organe geschaffen werden, die befugt und anerkannt sind, als Sprecher und Sachwalter der deutschen Interessen nach innen und außen aufzutreten. Darum ist es zu begrüßen, daß nunmehr die Voraussetzungen für das Inslebentreten einer deutschen Bundesregierung geschaffen sind.

Soweit eine Mitwirkung der Länderregierungen für die Inangabe des neuen Bundesmechanismus in Frage kommt, ist selbstverständlich in jeder Beziehung mit der fördernden Anteilnahme der bayerischen Staatsregierung zu rechnen. Aus diesem Grunde bedauere ich es auch, daß ich durch die heutige Landtagsitzung verhindert bin, an der zur gleichen Stunde in Godesberg tagenden Ministerpräsidentenkonferenz teilzunehmen.

Für das Gebiet der westlichen Besatzungszonen ergaben sich aus den Londoner Vereinbarungen vom Juni 1948 und den darauf beruhenden Frankfurter Dokumenten vom 1. Juli 1948 sowie den Beschlüssen der Militärgouverneure vom 26. Juli des gleichen Jahres gewisse Vollmachten. Die bayerische Staatsregierung ist immer davon ausgegangen, daß die gegebene Ermächtigung zu einer ersten staatsrechtlichen Neuordnung der deutschen Verhältnisse zur Schaffung eines einwandfreien bundesstaatlichen Gebildes führen müsse. Das Maß dafür, wieviel föderalistische Elemente und föderalistische Sicherungen eine solche bundesstaatliche Verfassung enthalten müsse, haben wir zu jeder Zeit in uns selbst getragen und zu keiner Stunde von außen her bezogen. Ich muß das betonen, weil wiederholte Vorwürfe oder späte Bemerkungen in dieser Richtung gegen die bayerische Staatsregierung gemacht worden sind.

Die bayerische Staatsregierung hat die grundsätzlichen Forderungen, die sie für ein bundesmäßiges Zusammenwirken der Länder im Bunde, für die Gestaltung der Bundesgewalten und für die Festlegung der Rechte und des Eigenlebens der Länder stellte, immer so bemessen, daß man sich mit allen denen, die einer föderalistischen Grundstruktur nicht grundsätzlich widerstrebten, hätte treffen können.

Nie haben wir Forderungen erhoben, die aus irrationalen politischen Wunschträumen erwachsen und dazu angetan gewesen wären, den ehrlichen und guten Willen einer positiven Mitarbeit in Bonn in Zweifel zu ziehen und die wahren Absichten Bayerns zu entstellen. Die Grundsätze unserer föderalistischen Staatsprinzipien erschöpfen sich nicht in Anmeldung von Länderrechten, sondern erstrecken sich auf den Gesamtorganismus des Bundes. Dieser Organismus setzt aber voraus, daß lebensfähige bundesstaatliche Teilorganismen

vorhanden sind. Ohne lebensfähige und in ihrer Existenz gesicherte Länder oder Einzelstaaten gibt es keinen Bundesstaat.

Wir erstreben nicht mehr und nicht weniger, als daß die deutschen Einzelstaaten, die den Bundesstaat bilden sollen, tatsächlich in den Stand gesetzt werden, ihre Funktion als lebenstragende Teile des Bundes zu erfüllen.

Die einheitsstaatliche Richtung, die schon einmal den Weg zur Beseitigung der Demokratie geebnet hat, widerspricht dem staatlichen Grundgefühl des bayerischen Volkes ebenso wie dem Geiste unserer bayerischen Verfassung, die in allem von einer gesicherten eigenstaatlichen Existenz ausgeht. Ich verweise auf den Art. 178, in dem von der Sicherung des staatsrechtlichen Eigenlebens in einem zukünftigen demokratischen Bundesstaat die Rede ist. Es ist zu befürchten, daß das Grundgesetz zum mindesten den Zustand einer chronischen Gefährdung dieses staatsrechtlichen Eigenlebens heraufbeschwört, sowohl auf kulturellem wie auf finanziellem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Auch die Alliierten Regierungen haben es jedenfalls für nötig erachtet, gewisse Vorbehalte zu machen.

Es wird demnächst, wenn dem hohen Hause die Beschlußfassung über seine Stellungnahme zum Grundgesetz obliegt, des näheren auf diese Fragen einzugehen sein. Ich darf daher heute auf eine eingehende Kritik des Inhalts des Grundgesetzes verzichten.

Zur Klärung und Aufhellung der vielfach vernebelten politischen Situation möchte ich nur feststellen, daß die Staatsregierung bis an das Alleräußerste gegangen ist, um in letzter Stunde den Weg für ein einheitliches bejahendes Votum in Bonn zu ebnen. Zum Beweise dessen möchte ich Ihnen mitteilen, daß die bayerische Staatsregierung in ihrer Gesamtheit in völliger Übereinstimmung mit der Landtagsfraktion der CSU vor den Schlußabstimmungen in Bonn eine zustimmende Haltung zum Grundgesetz in Aussicht stellte, wenn noch folgende Verbesserungen vom Parlamentarischen Rat akzeptiert werden könnten:

I. Auf finanziellem Gebiet: Beseitigung der zweckbestimmten Dotationen; Beteiligung der Länder am Aufkommen der Umsatzsteuer; Verwaltung der Umsatzsteuer durch die Landesfinanzbehörden im Auftrag des Bundes.

Das war alles, was wir auf dem Gebiet der Finanzen noch gewünscht haben.

II. Bei den Zuständigkeiten des Bundesrates: Gleichberechtigung des Bundesrates bei allen Steuergesetzen, Sozialisierungsgesetzen, Gesetzen über die Energiewirtschaft und bei den Gesetzen über die Errichtung von Bundespolizeibehörden nach Art. 87.

Ferner die Wiederherstellung des Erfordernisses einer Zweidrittelmehrheit im Bundesrat bei Gesetzen über die Errichtung bundeseigener Mittel- und Unterbehörden, soferne die Streichung dieses Absatzes nicht zu erreichen war.

Ich muß betonen: Was wir hier gefordert haben, ist bis auf einen kleinen Rest bei den Finanzen bei der dritten Besung des Hauptausschusses bereits zugestanden gewesen

(Rübler: hört, hört!)

und war bereits beschlossen. Es ist also nicht so, daß wir in dieser Hinsicht irgend etwas Neues gefordert hätten.

(Ministerpräsident Dr. Chard)

III. Bei der Gesetzgebung: Von landwirtschaftlicher Seite ist insbesondere der Wunsch ausgesprochen worden, die Worte: „die Förderung der land- und forstwirtschaftlichen Erzeugung“ bei der konkurrierenden Gesetzgebung herauszunehmen. Diesen Wunsch haben wir übermittelt.

IV. Auf kulturellem Gebiet: Hier haben wir eine wirkliche, klare Sicherung der Konfodate und der Verträge mit den evangelischen Kirchen gefordert.

Da auch dieses Mindestmaß an Forderungen nicht erfüllt wurde, ist nicht abzusehen, wie die Länder, vor allem ein Land von der wirtschaftlichen Struktur Bayerns, zu einer gesunden Finanzwirtschaft kommen sollen, die die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung eines eigenen staatlichen Lebens ist.

Wichtige kulturelle Interessen unseres Landes sind aber nicht nur von der finanziellen Seite, sondern unmittelbar von der gesetzgeberischen Seite her gefährdet. Wir können es in Bayern nicht so leicht hinnehmen, daß durch die mangelnde Sicherung der Konfodate und der Verträge mit den evangelischen Kirchen Möglichkeiten geschaffen oder zum mindesten offengelassen werden, eines Tages kulturkämpferische Neigungen mit Hilfe ungeklärter Verfassungsparagraphen zu entfachen.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Daß das Bonner Grundgesetz über das Elternrecht hinweggegangen ist, trägt nicht dazu bei, bei unserer christlich gesinnten Bevölkerung in Bayern Vertrauen zum Geist des neuen Verfassungswerkes zu erwecken.

(Stoß: Ist gar nicht wahr! Das stimmt ja nicht!)

Die bewußte Ausschaltung der Länder von der Mitwirkung bei Sozialisierungsgesetzen und energiewirtschaftlichen Gesetzen gibt für die wirtschaftliche Entwicklung immerhin sehr zu denken. Auch auf dem agrarpolitischen Gebiet schafft das Grundgesetz gefährliche Einbruchsmöglichkeiten.

Gewiß kann das Werk von Bonn nicht als eine Ausgeburt zentralistischen Geistes bezeichnet werden.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Man würde der Wahrheit nicht die Ehre geben, wenn man behaupten wollte, in Bonn sei überhaupt keine Rücksicht auf die föderalistischen Wünsche Bayern genommen worden.

(oh! oh! bei der SPD)

und es hätte an allem Verständnis für die bayerischen Auffassungen gefehlt.

Ich verweise auf die Schaffung des Bundesrats, der ein wesentliches Merkmal des föderalistischen Charakters des Grundgesetzes ist und einem besonderen Wünsche Bayerns entspricht. Leider war es nicht zu erreichen, ihn auf allen Gebieten, wo es notwendig gewesen wäre, zu einem gleichberechtigten Organ in der Bundesgesetzgebung zu machen.

Wie bei der Weimarer Verfassung, so liegt auch bei der Bonner Verfassung die Hauptgefahr im besonderen in den Möglichkeiten, einer zentralistischen Handhabung Tür und Tor zu öffnen. Gerade weil dem so ist, konnte die bayerische Staatsregierung zum Inhalt des Grundgesetzes, wie es jetzt vorliegt, nicht ja sagen.

In einer Demokratie werden über diese Dinge die Meinungen nie ganz einheitlich sein. Es ist das Recht

jedes einzelnen, seine Stimme so abzugeben, wie es seinem Gewissen und seiner Überzeugung entspricht. Es ist kein gutes Zeichen für den demokratischen Geist in einem Volke, wenn man sich wegen des Gebrauchs dieses demokratischen Rechts, ja oder nein zu einer Sache zu sagen, gegenseitig beschimpft.

(Sehr gut! Sehr richtig! bei der CSU. — Dr. Linnert: Es ist nur die Frage, wer beschimpft hat! — Zuruf von der SPD: Dr. Dehler! — Bodesheim: „Separatisten“! Dr. Baumgartner: „Vandessverräter“! — Heftige gegen den Abgeordneten Baumgartner gerichtete Zurufe von der SPD.)

— Zwingen Sie mich nicht, Näheres zu sagen! Ich wäre dazu in der Lage, und zwar sofort.

(Zuruf: Dann tun Sie es, Herr Ministerpräsident! — Dr. Baumgartner (zur SPD gewandt): Was würdet Ihr sagen, wenn ich sagen würde: Ihr seid Quislinge?)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. — Herr Dr. Baumgartner, was haben Sie gesagt?

Dr. Baumgartner: Ich habe gesagt: Was würden Sie sagen, wenn ich sagen würde: Ihr seid Quislinge, wenn Sie mich einen Separatisten heißen?

(Zuruf von der SPD: Das prallt ab!)

Präsident: Ich bitte, diese Art des Kampfes zu unterlassen. Herr Ministerpräsident, wollen Sie bitte weiterfahren!

Ministerpräsident Dr. Chard: Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir nur eine Zwischenbemerkung: Können wir uns in Deutschland im allgemeinen und in Bayern im besonderen nicht wirklich einmal dazu entschließen, in einer so wichtigen, lebenswichtigen, schicksalsmäßigen Frage jeden nach seiner Überzeugung und nach seinem Gewissen seine Meinung sagen zu lassen?

(Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Ich sage es ganz offen: Ich gestehe jedem zu, ja zu sagen; aber ich gestehe auch jedem zu, nein zu sagen. Ich habe nur gar kein Verständnis dafür, daß man einen Ja-sager oder Nein-sager deshalb beschimpft oder diffamiert, weil er aus innerer Überzeugung spricht. Meine Damen und Herren! Ich bin der Auffassung, daß in einer so wichtigen Sache wirklich jeder nach seiner Überzeugung, nach seinem persönlichen und nach seinem staatsrechtlichen Gewissen handeln muß. Ich begrüße es — das spreche ich jetzt ganz offen aus —, daß meine Fraktion in dieser Sache keinen Zwang ausübt.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Ich glaube aber, meine Damen und Herren, daß die kurze Begründung meines Nein zum Grundgesetz bereits allen Zweifel darüber ausgelöscht hat, die bayerische Staatsregierung könne etwa mit dieser ablehnenden Haltung den Gedanken oder auch nur den Hintergedanken verbinden, Bayern könne oder solle sich außerhalb des Bundes stellen. Unser Nein ist ein Nein innerhalb unserer demokratischen Gemeinschaft, der wir schicksalsverbunden angehören. Ebenso, wie wir eine andere Meinung respektieren, verlangen wir allerdings auch, daß dieses demokratische Nein von allen, die sich Demokraten nennen, respektiert wird. Aber auch bei uns im eigenen Land sollten keine Handhaben dafür geboten

(Ministerpräsident Dr. Chard)

werden, daß man Bayern als einen unsicheren Kantonten in einer Gemeinschaft hinstellen kann, zu der sich das bayerische Volk mit der gleichen Selbstverständlichkeit bekennt, wie das Volk in den anderen deutschen Ländern.

(Haußleiter: Sehr richtig!)

Ich glaube, wir sind uns in diesem hohen Hause, mögen sich unsere Auffassungen über den Inhalt des Grundgesetzes auch voneinander unterscheiden, alle darin einig, daß Bayern ein Teil des durch das Grundgesetz geschaffenen Bundesstaates ist, sobald dieses Grundgesetz rechtswirksam geworden ist. Ein bayerisches Nein zum Grundgesetz kann dessen Rechtswirksamkeit nicht beeinflussen. Dies wird eben in jenem zweiten Antrag, den die Staatsregierung dem Landtag zur Beschlußfassung unterbreiten wird, klar zum Ausdruck gebracht.

Die zur Entscheidung stehenden Fragen sind an sich für die Zukunft Bayerns so gewichtig, daß es zweckmäßig gewesen wäre, dem bayerischen Volk am besten unmittelbar die Möglichkeit zu geben, seinen Willen zum Ausdruck zu bringen. Leider wurde im Grundgesetz für die Ratifizierung des Grundgesetzes nicht der Weg des Volksentscheids in den einzelnen Ländern gewählt, sondern die Abstimmung durch die Landtage der einzelnen Länder vorgesehen, ein Verfahren, das die Militärgouverneure gestern ausdrücklich gebilligt haben.

Damit bin ich am Ende meiner Erklärung. Meine Damen und Herren, ich muß Sie um Entschuldigung bitten, daß sie etwas länger geworden ist. Ich habe es aber für notwendig gehalten, unsere Stellungnahme zu begründen und bei dieser Gelegenheit zugleich böse Mißverständnisse aufzuklären. Damit habe ich gleichzeitig einen Teil der Beantwortung — ich betone: einen Teil der Beantwortung — der Interpellation vorweggenommen, da es mir auch notwendig erschien, gleich von vornherein eine Klärung der Situation herbeizuführen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Präsident: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten für seine Darlegungen vor dem hohen Hause und schlage gemäß den Vereinbarungen im Ältestenrat vor, jetzt die Interpellation verlesen und begründen zu lassen und dann die Aussprache über beide Punkte zu verbinden, weil doch vieles ineinandergreift. — Das Haus ist damit einverstanden.

Die Interpellation ist dem Herrn Ministerpräsidenten rechtzeitig eingehändigt worden. Ich bitte den Herrn Interpellanten, die Interpellation zu verlesen. Der Herr Abgeordnete von Knoeringen hat das Wort.

von Knoeringen (SPD): Hohes Haus! Herr Ministerpräsident! Ich verlese die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion.

Die Bemühungen monarchistisch-separatistischer Kreise in Bayern haben durch die Äußerungen führender bayerischer Politiker eine für das Land gefährliche Lage geschaffen und dadurch dem Ansehen Bayerns großen Schaden zugefügt. Vertreter dieser Kreise sind Mitglieder der bayerischen Staatsregierung. Die bisher bekannt gewordenen Erklärungen des bayerischen Ministerpräsidenten lassen eine deutliche Stellungnahme vermissen. Damit ist ein Zustand politischer Unsicherheit geschaffen worden.

Ist der Herr Ministerpräsident bereit, vor der Volksvertretung eine eindeutige Erklärung abzugeben und die Beurteilung der Äußerungen verschiedener Mitglieder seines Kabinetts auszusprechen?

Präsident: Ich frage den Herrn Ministerpräsidenten, ob er bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Ministerpräsident Dr. Chard: Sofort.

Präsident: Ich bitte dann einen der Unterzeichner der Interpellation, sie mündlich zu begründen. — Herr Abgeordneter von Knoeringen hat das Wort.

von Knoeringen (SPD): Namens meiner Fraktion habe ich zur Begründung dieser Interpellation folgendes vorzutragen:

In der von der Staatsregierung diesem hohen Hause vorgetragenen Erklärung ist in Punkt 2 eindeutig festgestellt, daß die Staatsregierung, obwohl sie sich gegen das Bonner Grundgesetz ausspricht, dieses Grundgesetz als für Bayern rechtsverbindlich erklärt, wenn es, wie vorgesehen, von zwei Dritteln der deutschen Länder anerkannt wird. Die Staatsregierung hatte ein begreifliches Interesse daran, diese Erklärung vor der Erörterung der sozialdemokratischen Interpellation abzugeben, da sie offenbar der Meinung ist, die Interpellation sei damit bereits beantwortet und sie habe durch ihre Erklärung die in den letzten vierzehn Tagen entstandene politische Unsicherheit beseitigt.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion trotzdem auf der Behandlung der Interpellation besteht, so deshalb, weil sie der Meinung ist, daß die Frage der Stellung Bayerns zu Deutschland von so hochpolitischer Bedeutung ist, daß auch die letzten Spuren eines Mißtrauens beseitigt werden müssen, wenn die Erklärungen der Regierung als befriedigend zur Kenntnis genommen werden sollen. Dieses Mißtrauen ist in bestimmter Hinsicht trotz der Stellungnahme der Regierung bis zum Augenblick in unserer Fraktion noch vorhanden. Es hängt vom Herrn Ministerpräsidenten und vor allem vom bayerischen Kultusminister ab, dieses Mißtrauen zu beseitigen.

(Sehr gut! bei der SPD. — Schefbeck: Vom Abgeordneten Dr. Hundhammer!)

— Nein, ich wende mich hier an den Herrn Staatsminister.

(Dr. Linnert: Richtig!)

Was ist nun die Grundlage für die Interpellation der SPD? — Herr Dr. Baumgartner, der Vorsitzende der Bayernpartei, hat am Sonntag vor acht Tagen in Dachau seine bekannte Rede gehalten, während der er sich vor dem Repräsentanten des Hauses Wittelsbach verneigte und sich zur Monarchie bekannte.

(Heiterkeit. — Donsberger: Ist das ein Verbrechen?)

— Der Vorsitzende der Bayernpartei — das sind Feststellungen, die ich hier treffe —

(Dr. Baumgartner: Weder für noch gegen die Monarchie habe ich gesprochen. Lesen Sie doch den Wortlaut!)

— Aber Sie haben ein paar Tage später eine Erklärung für die Monarchie abgegeben! — Der Vorsitzende der Bayernpartei setzte sich dabei offen für einen Partikularismus ein und forderte Bayerns Selbständig-

(von Knoeringen [SPD])

keit in einem losen Staatenbund. — Stimmt das oder nicht?

(Dr. Baumgartner: Ich werde Ihnen schon meine Erklärung dazu geben. — Heiterkeit bei der SPD.)

— Herrn Dr. Baumgartners Forderungen sind bekannt. Sie sind nicht sehr tragisch zu nehmen,

(Dr. Linnert: sehr richtig! — Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

auch wenn er

(Dr. Baumgartner: Warum denn dann das große Geschrei, wenn es nicht tragisch zu nehmen ist!)

in einem Warnruf das aufgeklärte bayerische Volk dazu aufruft, in einer einmütigen großen Erhebung den Anschlag auf seine Freiheit und Unabhängigkeit abzuwehren.

(Dr. Linnert: Donnerwetter, aber jetzt! — Zietsch: Aber jetzt! — Dr. Rief: Das hat doch mit Monarchie nichts zu tun!)

— Man muß verstehen, daß der Vorsitzende einer radikalen Partei, die im Aufbau begriffen ist, sich aller Mittel bedient — seien sie auch manchmal zweifelhafter Art —, um die Gefolgschaft seiner Partei zu stärken und eine Stimmung auszunützen, die aus der Verwirrung unserer Zeit entspringt.

(Scheffed: Ausgezeichnet!)

Herr Dr. Baumgartner hat wiederholt diese und andere sehr kräftige Töne gesprochen. Es würde genügen, sich mit ihm auf der politischen Ebene von Volksversammlungen auseinanderzusetzen.

Die ganze Angelegenheit erhielt jedoch einen vollständig neuen Inhalt, als an jenem Sonntag über den Rundfunk bekanntgegeben wurde, daß auch ein Mitglied des bayerischen Kabinetts, Herr Staatsminister Dr. H u n d h a m m e r, sich sehr unmißverständlich über das Verhältnis Bayerns zum neuen Bund äußerte. Herr Dr. Hundhammer erklärte nach Presseberichten —

(Kübler: Nach Presseberichten!)

(Dr. Linnert: Er kann ja nicht in jede Versammlung gehen; Sie machen es doch auch so!)

— Das kommt noch. Er erklärte nach Presseberichten, es sei ausgeschlossen, daß andere deutsche Länder darüber entscheiden dürften, ob Bayern dem Westdeutschen Bundesstaat beizutreten habe.

(Dr. Linnert: Hört, hört!)

Bayern könne sich auf keinen Fall einem zentralistischen Staat anschließen. Sollte das bayerische Volk in dem kaum zu umgehenden Volksentscheid nein zu Bonn sagen, so müßten entweder die Alliierten über das weitere Schicksal Bayerns entscheiden oder der Bund müßte auch ohne Bayern möglich sein,

(hört, hört! links)

da Berlin und die Ostzone ihm ja auch nicht angehörten. Bayern werde in diesem Fall jedoch unter keinen Umständen die wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen Ländern abbrechen.

(Heiterkeit links.)

Herr Dr. Hundhammer hat Pressevertretern gegenüber ausdrücklich den Inhalt dieser Mitteilung, die auch über den Rundfunk gegangen ist, bestätigt.

(Hört, hört! links.)

Das Besondere an dieser Erklärung des Herrn Staatsministers ist, daß er im Falle eines Nein zwei Wege offen läßt: entweder durch die Militärregierung sich zwingen zu lassen oder aber außerhalb eines Deutschen Bundes zu verbleiben, das heißt, die Separierung Bayerns vom übrigen Deutschland zu vollziehen. Er hat vergleichend auf Berlin und die Ostzone hingewiesen.

(Zietsch: Ausgerechnet!)

Damit hat er in Aussicht gestellt, zwischen Bayern und Deutschland einen eisernen Vorhang aufzuziehen. Wenn es auch nicht der rote Vorhang der Ostzone ist, so ist es doch der weiß-blaue.

(Dr. Korff: Der schwarze!)

Herr Staatsminister Dr. Hundhammer legte Wert darauf festzustellen, daß er dabei nicht von einem Königshaus gesprochen und auch nicht eine Beschlagnahme am Geburtstag des Kronprinzen erwähnt habe.

(Dr. Linnert: Wegen Textmangels abgesetzt! — Hagen Lorenz: Es sind keine Indanthrenstoffe vorhanden! — Heiterkeit. — Zuruf von der SPD: Wegen Geldmangels!)

Auch Herr Staatssekretär Dr. Schwalber habe das nicht getan. — Wir nehmen das gerne zur Kenntnis; aber wir stellen fest — und das ist die Grundlage unserer Interpellation —, daß die Äußerung des Herrn Staatsministers Dr. Hundhammer in klarem Widerspruch mit der in Punkt 2 vorgetragenen Erklärung der Staatsregierung steht.

(Dr. Linnert: Sehr richtig!)

Warum nehmen wir diese Äußerungen so ernst? Zunächst einmal ist Herr Dr. Hundhammer nicht irgendein Politiker. Er ist Fraktionsführer der Regierungspartei; er ist bayerischer Staatsminister.

(Brunner: Soll er sein!)

Er ist Repräsentant einer starken politischen Richtung im konservativen Lager des Landes.

(Zuruf: Er ist katholisch!)

Schließlich ist Herr Dr. Hundhammer ein Mann, der wiederholt in diesem Hause unter Beweis gestellt hat, daß er sich nicht von Stimmungen hinreißen läßt, sondern wohlüberlegt seine Worte setzt,

(Sehr gut! — Lebhafter Beifall bei der CSU. —

Drechsel: Das ist aber diesmal peinlich!)

daß er mit Mut und Festigkeit seine Auffassung vertritt und für sich in Anspruch nimmt, nach seinem Gewissen verantwortlich zu handeln.

(Zuruf: Ausgezeichnet!)

Aber, hohes Haus, diese Umstände sind es vor allem, die uns aufhorchen ließen, als wir gleichzeitig mit dem Dachauer königlichen Theaterdonner

(Heiterkeit)

diese scharfe Erklärung Dr. Hundhammers vernahmen. Die Äußerungen des Herrn Staatsministers Dr. Hundhammer haben nicht nur in Bayern, sondern auch im übrigen Deutschland, ja in der Welt Beachtung gefunden und waren zweifellos nicht dazu angetan, das Ansehen unseres Landes zu heben.

(Dr. Linnert: Sehr richtig! — Zuruf des Abgeordneten Wimmer.)

Der Herr Ministerpräsident hat sich inzwischen, von Pressevertretern aufgefordert,

(Zietsch: Von Pressevertretern aufgefordert!)

(von Knoeringen [SPD])

zu der von Dr. Hundhammer aufgeworfenen Frage geäußert. Wir haben diese Äußerungen sehr genau verfolgt und mußten feststellen, daß der Herr Ministerpräsident verabsäumt hat, die Erklärungen seines Staatsministers eindeutig zurückzuweisen.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Es ist uns auch nicht bekannt geworden, daß Herr Dr. Hundhammer seine klar ausgesprochene Meinung ebenso klar korrigiert hätte.

(Zuruf: Nicht nötig!)

Nach dem offiziellen Stenogramm der Staatskanzlei machte der Herr Ministerpräsident auf der Pressekonferenz vom 2. Mai den Versuch, die Äußerungen des Herrn Staatsministers zu bagatellisieren. Er distanzierte sich von Mißdeutungen, die während des Wochenendes entstanden, und sagte, er wolle, ohne jemand zu nahe zu treten, lediglich seinen Standpunkt klarstellen, der sich — wie er betonte — nicht geändert habe. Herr Dr. Hundhammer sei bestimmt ein betont föderalistischer Mann und bayerischer als mancher andere.

(Zuruf von der CSU: Das ist keine Schandel!)

Aber daß er sich separieren wolle, habe er bis zum Augenblick noch nicht von ihm gehört und glaube es auch nicht. Auf die Frage eines Journalisten, ob jedes Regierungsmitglied sagen kann, was es will, antwortete der Herr Ministerpräsident:

Ich muß natürlich verlangen, daß die Grundlinie der Politik eingehalten wird. Sie wollen Herrn Dr. Hundhammer andichten, daß er Separatist ist. Mir gegenüber hat er das nie zum Ausdruck gebracht. Bis zum Augenblick besteht in keiner Richtung die Neigung zu einer Differenzierung zwischen mir und Dr. Hundhammer.

(Hört, hört! links.)

Der Herr Ministerpräsident gab außerdem zu verstehen, daß nach seiner Meinung die offenbar mißverständliche Äußerung des Herrn Ministers nicht von der Grundlinie seiner Politik abweiche, daß er sich aber so nicht ausgedrückt hätte.

Dieser allerdings sehr diplomatischen Erklärung folgte eine Stellungnahme namens der bayerischen Regierung, die der Herr Ministerpräsident der Militärregierung übergeben hat. Darin heißt es:

Bayerns scharfer Kampf für diese Grundzüge darf keinesfalls so ausgelegt werden, als sei die Alternative, dem Separatismus den Vorzug zu geben. Ich spreche nicht für meine Person, wenn ich dies sage, sondern für die Minister der Staatsregierung, für meine Partei und für alle vernünftig denkenden Menschen in Bayern.

Der Herr Ministerpräsident distanzierte sich damit von dem Versuch, die Monarchie in Bayern wieder zu errichten, und gab diesem Versuch keine Chance. Den Separatismus erklärte er für eine unsinnige Doktrin. Die gegenwärtige Aufregung in der Presse und in der Öffentlichkeit über Separatismus und Monarchie sei daher unberechtigt und ohne jede gesunde Basis.

Der Herr Ministerpräsident hat auch hier vermieden, auf die Äußerungen seines Staatsministers Bezug zu nehmen. Er versuchte in diplomatischer Weise, um die entstandene Schwierigkeit herumzukommen und durch die einstimmige Stellungnahme der Regierung

indirekt auch Herrn Dr. Hundhammers Äußerung auszuweichen.

Inzwischen sind die Entscheidungen in Bonn gefallen und die Staatsregierung hat in ihrer Erklärung bestätigt, daß sie sich zur Bundesrepublik Deutschland bekennt, und damit erneut unterstrichen, daß das Nein der bayerischen Staatsregierung kein Ja zum Separatismus und zur Monarchie darstellt. Das ist der Hergang der Angelegenheit.

Ich habe namens meiner Fraktion zu erklären, daß mit dieser Stellungnahme die von uns eingebrachte Interpellation nicht erledigt ist. Um uns dabei besser verständlich zu machen, ist es notwendig, etwas tiefer auf die Hintergründe einzugehen.

Es ist bekannt, daß sowohl Herr Dr. Baumgartner wie Herr Dr. Hundhammer es entrüstet ablehnen, als Separatisten bezeichnet zu werden. Separatismus, wie sie es auffassen, wäre die ökonomische und politische Selbständigkeit Bayerns und seine vollständige Trennung vom übrigen Deutschland. Diese Form des Separatismus ist es nicht, die wir meinen; denn es ist uns durchaus bekannt, daß auch diese Herren die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Verbindung Bayerns mit der übrigen Welt anerkennen. Wenn der Herr Ministerpräsident sich also gegen diese Art von Separatismus wendet, findet er sicher auch die Zustimmung des Herrn Dr. Hundhammer. Darum aber geht es in diesem Falle nicht. Der Separatismus beginnt für uns nicht dann, wenn Bayern eine auf einen eigenen König mit eigener Post, Eisenbahn und Polizei und mit einem eigenen Grenzschutz gegen die übrigen deutschen Länder gestützte Souveränität aufrichtet und mit den anderen deutschen Ländern Handelsbeziehungen abschließt. Die Gefährlichkeit liegt in dem Versuch, Bayern so von dem deutschen Schicksal zu separieren, daß es nicht in einen deutschen Bundestaat eingegliedert ist, sondern nur als Mitglied eines losen Staatenbundes betrachtet werden kann.

(Sehr gut! Sehr richtig! bei der SPD.)

Diese Versuche sind zweifellos vorhanden und sie drücken sich klar in den Auffassungen des Herrn Staatsministers Dr. Hundhammer aus. Ob man es für diplomatisch klug hält, im Augenblick — im Augenblick! — solche Äußerungen zu machen, ist unerheblich. Wir jedenfalls wissen, daß diese Bemühungen in der bayerischen Geschichte eine unheilvolle Wirkung auf die Politik

(Dr. Korff: Sehr richtig!)

und auch auf die Entwicklung Bayerns und Deutschlands ausgeübt haben.

(Stodt: Sehr richtig! — Beifall bei der SPD.)

Hier ist es, wo wir uns auch mit dem Herrn Ministerpräsidenten ganz entschieden auseinanderzusetzen haben. Es scheint mir notwendig, eine Klarstellung herbeizuführen. Ich erwarte, daß der Herr Ministerpräsident diese Argumente entkräftet.

In seiner Rundfunkrede vor acht Tagen hat der Herr Ministerpräsident sehr bescheiden von Mißklängen gesprochen,

(Dr. Linnert: Hätte er das vor einem halben Jahr getan!)

die entstanden seien und die es erforderten, einen kühlen Kopf und einen gesunden Wirklichkeitsinn zu behalten. Diesen kühlen Kopf und diesen Wirklichkeitsinn nehmen auch wir für uns in Anspruch. Aber wenn wir die Rede

(von Knoeringer [SPD])

des Herrn Ministerpräsidenten verfolgten, so mußten wir feststellen, daß er die Wirklichkeit mit anderen Augen sieht als wir.

(Zustimmung bei der CSU. — Baumeister: Das hoffen wir auch! — Donsberger: Vielleicht nähert Ihr Euch unserem Standpunkt später!)

Wir würden unsere Grundsätze preisgeben, — so hörten wir den Herrn Ministerpräsidenten sagen — wenn Bayern zu einer Verfassung ja und amen sagen würde, in der die zentralistischen Dominanten gegenüber den föderalistischen Elementen so überwiegen, daß man es sich an den fünf Fingern abzählen kann, wohin die Reise geht,

(Jawohl! Lebhaftes Sehr richtig! bei der CSU. — Stöck: Denkt an 1920! — Donsberger: Und 1933!)

nämlich dahin, wohin sie schon einmal durch Weimar und nach Weimar gegangen ist.

(Sehr richtig! rechts. — Zuruf von der SPD: Graf Arco!)

Der Herr Ministerpräsident fuhr fort:

Für eine solche Reise wollen und können wir kein Billett ausstellen; denn wir sind der festen Überzeugung, daß dieser Weg Deutschland in der Zukunft ebensowenig zum Segen gereichen wird wie in der Vergangenheit.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Weil wir eine Gefahr für die Zukunft Deutschlands sehen,

— so sagte er —

müssen wir uns die Hände frei und sauber halten, damit wir in Zukunft diesen Gefahren begegnen können.

(Sehr gut! Jawohl! rechts.)

Bayern müsse daher seine Position als föderalistischer Gegenspieler im Bundestag und Bundesrat intakt halten.

(Zurufe von der CSU: Jawohl! — Ganz in Ordnung!)

— Reden Sie am Schluß!

Hier, Herr Ministerpräsident, trennen sich die Wege!

(Guth: Ja freilich!)

Sie erklären, daß durch und nach Weimar die Reise in das Unglück der Hitlerei geführt habe.

(Dr. von Brittwitz und Gaffron: Ganz richtig! —

Weitere Zustimmungsrufe von der CSU. —

Albert: Und durch Bayern!)

— Ich möchte nur das Ausmaß dieser Zustimmung feststellen.

(Dr. Franke: Sehr gut! — Zuruf des Abgeordneten Wimmer.)

Durch und nach Weimar also hat demzufolge die Reise in das Unglück der Hitlerei geführt und die zentralistischen Dominanten sind es, die die föderalistischen Elemente überwogen haben und die letzten Endes die Ursache für den tiefen Sturz unseres deutschen Volkes sind!

(Jawohl! bei der CSU.)

Wir sehen es anders, meine Herren, und darüber lassen Sie uns sprechen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und FDP. —

Marg: Geschichtsklitterung!)

Wir halten es für notwendig, diese Auffassung, die wir haben, klarzustellen

(Sehr gut! links)

vor der so wichtigen Entscheidung, vor die jetzt dieses Haus gestellt sein wird.

(Dr. Baumgartner: Wir auch! — Zuruf von der CSU: Wir halten es auch für notwendig. —

Zuruf des Abgeordneten Kaiser.)

Zweifellos ist die so oft kritisierte Verfassung von Weimar nicht in allen Punkten ideal gewesen. Man kann verschiedener Meinung darüber sein, wie im einzelnen das Verhältnis zwischen Reich und Ländern geregelt war, und rückblickend kann man heute feststellen, daß das in Weimar entwickelte parlamentarische System in der Zeit großer wirtschaftlicher Erschütterung sich als nicht ausreichend erwies, um den Angriffen der Feinde der Demokratie zu begegnen.

(Stöck: Sehr gut!)

Es kann aber wohl festgestellt werden, daß die Weimarer Verfassung zum erstenmal in der deutschen Geschichte eindeutig die Souveränität des Volkes hergestellt und die Demokratie begründet hatte.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Es bleibt das große Unglück für Deutschland, für uns und für alle, die nach uns kommen, daß der freie Geist, den diese Verfassung atmet, im deutschen Volke nicht jenen Nährboden gefunden hat,

(Dr. Vinnert: sehr richtig! Sehr gut!)

der Weimar zu einem Tor in eine neue Zukunft hätte werden lassen.

(Dr. Korff: Sehr richtig!)

Es ist auch eine Tatsache, daß dieser freie Geist von Weimar im Herzen der deutschen Arbeiterbewegung eine Heimstätte gefunden hatte, daß aber die Fahnen Schwarz-Rot-Gold und das, was mit ihnen verbunden war, niemals von rechts anerkannt wurden

(Sehr richtig! bei der SPD)

und daß große Teile des deutschen Bürgertums in ihnen etwas Feindliches sahen. Sie mißachteten diese Verfassung nicht nur, sie untergruben sie und trugen dazu bei, daß sie zuletzt nichts mehr war als ein Blatt, vom Winde verweht.

Hier ist der Punkt, wo wir gerade aus der Entwicklung der bayerischen Politik, des Föderalismus der letzten 30 Jahre die große Lehre ziehen können. Lassen Sie uns etwas zurückblättern in der Geschichte des bayerischen Föderalismus! Die Position Bayerns als „föderalistischen Gegenspielers“ — wir kennen sie! Es war im Juni 1922, als ein großer Demokrat, der Reichsminister Dr. Rathenau, den Kugeln nationalistischer Mörder zum Opfer fiel. Es war wie ein Alarmsignal für das demokratisch gesinnte Deutschland, und der berechtigten Erregung vor allem in der deutschen Arbeiterschaft ist dadurch Rechnung getragen worden, daß der Reichspräsident Ebert mit Zustimmung der Reichsregierung auf Grund des Art. 48 Abs. 2 zwei Ausnahmeverordnungen zum Schutze der Republik erließ. Diese Verordnungen waren ausschließlich gegen

(von Knoeringen [SPD])

die wachsende nationalistische Gefahr von rechts gerichtet und dienten der Sicherung der demokratischen Freiheit, eine Sache also, die auch im Interesse jedes ehrlichen Demokraten in Bayern liegen mußte. Was geschah nun in Bayern? Hier entstand von seiten der Regierung lebhafter Widerstand. Die Bayerische Volkspartei interpellierte im Landtag. Der Ministerpräsident Graf Lerchenfeld gab die Erklärung ab, daß er zwar die Verfassungsmäßigkeit der erlassenen Reichsverordnungen nicht in Zweifel ziehe, ja sogar ihren Erlaß als berechtigt anerkenne; da aber die Verordnungen gegen rechts und damit gegen einen Teil der Bevölkerung gerichtet seien, seien sie für die Länder nicht tragbar.

(Hört, hört! bei der SPD und FDP.)

In einem Augenblicke also, in dem sich die Demokratie gegen die Schüsse nationalistischer Terroristen von rechts in Verteidigung der Freiheitsrechte zur Wehr setzen will, kommt von Bayern her, vom föderalistischen Gegenspieler, ein Einspruch, der mit dem Schutz rechtsstehender Bevölkerungstreife begründet wird!

Als dann die Ausnahmeverordnungen im Juli 1922 durch das Reichsgesetz zum Schutze der Republik erlegt wurden, erklärte die bayerische Regierung, daß dieses Gesetz in Bayern eine Erregung ausgelöst habe; es sei daher Gefahr im Verzuge. Aus diesem Grunde sehe sich das bayerische Gesamtministerium veranlaßt, auf Grund der staatlichen Hoheitsrechte Bayerns nach Art. 64 der Landesverfassung und nach Art. 48 Abs. 4 der Reichsverfassung an Stelle des Republiksschutzgesetzes eigene bayerische Ausnahmeverordnungen zu erlassen.

(Hagen Lorenz: Gegen links!)

Bayern hatte sich also damit einem Reichsgesetz widersetzt, das die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit des Reichstags hatte. Der Reichsrat hatte — gegen die bayerischen Vertreter allerdings, aber sonst mit allen anderen Stimmen — ebenso seine Zustimmung erklärt. Die Reichsregierung hat daraufhin durch den Reichszkanzler Dr. Wirth folgende Stellung eingenommen:

Zum ersten Male seit der Gründung des Reiches ist damit der Zustand eingetreten, daß eine Landesregierung einem verfassungsmäßig zustande gekommenen Reichsgesetz für ihr Gebiet die Geltung verweigert. Nach der einstimmigen Auffassung der Reichsregierung ist die Verordnung der bayerischen Regierung verfassungswidrig und ungültig. Kein Satz der Verfassung gibt einem Lande das Recht, das Inkrafttreten eines Reichsgesetzes deshalb zu verhindern, weil es bei einem Teil der Bevölkerung auf Widerspruch stößt. Würde man den Ländern diese Befugnis zugestehen, würde dies das Ende der deutschen Reichseinheit bedeuten.

(Stoß: Sehr gut!)

Der Mann, der so sprach, war kein SPD-Mann, sondern süddeutscher Zentrumsabgeordneter.

(Sehr gut! links.)

Während dieses Konflikts hatte bezeichnenderweise sogar der „Bayerische Kurier“ damit gedroht, daß im Falle eines Generallstreiks Bayern von den Franzosen mit

Kohle und Kali versorgt würde und ganz gut auch ohne das Reich leben könne.

(Stoß: Hört, hört! — Zuruf des Abgeordneten Albert. — Kaiser: Was soll das heißen?)

Der Reichspräsident hat dann vermocht, eine Verständigung herbeizuführen. Diese Verständigung führte zur Aufhebung der Verordnungen. Die Bereitschaft zur Verständigung, die der Ministerpräsident Graf Lerchenfeld gezeigt hatte, wurde ihm von den bayerischen Kreisen nie verziehen; er mußte der Regierung von Knilling weichen.

(Stoß: Hampelmann als Ministerpräsident!)

Das gefährliche Spiel ging weiter. Trotz aller Loyalitätserklärungen nach außen wartete man die nächste Gelegenheit ab, um wiederum gegen die Reichsregierung und den Reichstag zu rebellieren. Diese Gelegenheit kam bald.

Schwer wurde damals um den Bestand Deutschlands gerungen. Der Ruhrkampf, der im September 1923 von der Regierung Stresemann abgebrochen werden mußte, hatte eine große Unsicherheit in Deutschland geschaffen. In dem Maße, in dem der passive Widerstand erlahmte und die Unmöglichkeit seiner Durchführung spürbar wurde, wuchs auch die Gefahr einer dauernden, vielleicht endgültigen Trennung der westlichen Gebiete von Deutschland. Der Separatismus im Rheinland wurde bedrohlich. Zentrifugale Tendenzen und putschistische Umtriebe machten sich verschiedenorts bemerkbar. Diese Zeit der Gefährdung für die Einheit Deutschlands war auch in Bayern wieder ausgenützt worden, um das zu erreichen, worin Graf Lerchenfeld versagte. Sofort nach Einstellung des passiven Widerstandes berief die bayerische Regierung Herrn von Kahr zum Generalstaatskommissar und erklärte den Ausnahmezustand. Sie stützte sich dabei wiederum auf Art. 48 Abs. 4 der Verfassung, wonach eine Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit treffen konnte. Auf Verlangen des Reichstags wurden jedoch diese Maßnahmen verfassungsmäßig außer Kraft gesetzt. Die Regierung Stresemann hat daher am nächsten Tage mit der Erklärung des Reichsausnahmezustandes geantwortet. Damit hätte auch der bayerische Separat-Ausnahmezustand erledigt sein müssen. Herr von Kahr aber, der Vertreter des bayerischen Föderalismus, dachte nicht daran, die entsprechende Folgerung zu ziehen. Die Reichsregierung kämpfte um die Erhaltung der Einheit Deutschlands in Abwehr separatistischer und nationalistischer Kräfte; sie kämpfte für den Bestand der Demokratie. Die vollziehende Gewalt wurde im ganzen Reiche auf den Reichswehrminister, damals Geßler, übertragen.

(Huth: Also Militärdiktatur!)

— Ja, aber durch den Reichstag beschlossen!

(Bezold Otto: Der Hitler war besser daran! Er kam aus München!)

Die erste Handlung des Reichswehrministers war eine sehr eindeutige und war klar gezielt auf den Gegner: Es war ein Verbot des nationalsozialistischen „Völkischen Beobachters“. (Albert: Aus München!)

Er hat Befehl gegeben, das Zeitungsgebäude in München militärisch zu besetzen und das Erscheinen dieser Zeitung zu verhindern. Der „Völkische Beobachter“ hatte

(von Knoeringen [SPD])

schwere Beschimpfungen gegen den Reichspräsidenten und gegen General von Seeckt gebracht. Die bayerische Regierung billigte jedoch das Verbot des „Völkischen Beobachters“ nicht,

(Hört, hört! bei der SPD und FDP)

und Lossow, der Reichwehrgeneral in Bayern, lehnte die Ausführung des Befehls ab.

(Hört, hört! links.)

Es entsteht ein Konflikt. Lossow wird abgesetzt, General Kress von Kressenstein

(Zuruf rechts: Längst tot!)

an seiner Stelle zum Kommandeur berufen. Die bayerische Regierung aber nimmt die Reichswehr in Bayern in Pflicht

(Stoß: hört, hört!)

und bricht somit eindeutig und klar die Verfassung.

(Hört, hört! bei der SPD.)

Die Reichsregierung erließ einen Aufruf, in dem sie München anklagte, in einer Stunde schwerster Reichsnot die Verfassung gebrochen und den Kampf im Innern entfesselt zu haben. In einem Funktspruch von München an die Reichswehr in Bayern heißt es: „Was wir wollen, ist, daß der bayerischen Regierung von der unter marxistischem Einfluß stehenden Berliner Regierung nichts aufgezwungen werden soll, was Bayern, den Hort deutscher und nationaler Gesinnung, unschädlich machen soll.“ Das war der Abfall vom Reich und der Aufruf zur Meuterei. Die Position des „föderalistischen Gegenspielers“ war also intakt.

Es waren schwere Tage für Deutschland. Denn gerade in diesen Tagen wurde in Düren die Rheinrepublik ausgerufen. Der Konflikt zwischen dem nach links tendierenden Sachsen und der Reichsregierung spitzte sich zu. In Hamburg wurde gegen aufständische Kommunisten auf den Barrikaden gekämpft. Die Reichsregierung der bürgerlichen Mitte unter Stresemann bemühte sich, das deutsche Band nicht reißen zu lassen und die Demokratie zu sichern; gegen sie wurde gerade vom bayerischen Föderalismus her rebelliert und der Versuch gemacht, sich in diesem Moment aus dem engen Verband Deutschlands zu lösen. Wie sagte doch Herr von Rahr? Es handle sich um den großen Kampf der marxistisch-internationalen und undeutschen Einstellung gegen die nationale und christliche Weltanschauung; Bayern fühle sich als Streiter für den großen deutschen Gedanken. Und er erklärte — man höre! —, seine Haltung habe mit separatistischen oder partikularistischen Bestrebungen nichts zu tun!

(Albert: Wie heute! — Dr. Linnert: Genau daselbe!)

Eine große Parallelität zu Äußerungen gewisser Persönlichkeiten unserer Tage!

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Aber, meine Damen und Herren, Separatismus oder nicht Separatismus, Partikularismus oder Föderalismus — lassen Sie uns nicht um Worte streiten! Das, was aus den Taten erwächst, ist entscheidend.

(Sehr richtig!)

Was kam, das wissen wir: In der Atmosphäre dieses Putschismus, die in Bayern geschaffen wurde, wuchs die Sumpfbüchse der nationalsozialistischen Partei.

Toleriert durch Herrn von Rahr und Knilling marschierten Hitlers Bataillone. Man sah sie nicht ungern; denn sie verstärkten jene Front, die gegen Weimar gerichtet war.

(Sehr richtig! Sehr gut! bei der SPD und FDP.)

Nur eines war nicht programmäßig: Die Ratter, die man am Busen säugte, spritzte ihr Gift früher los und störte damit den großen Plan.

Nun sollte man denken, daß, nachdem man das Wesen des Nationalsozialismus doch deutlich erkennen konnte, Hitler in Bayern jene Verurteilung gefunden hätte, die seinem Verhalten entsprach. Mit Interesse lesen wir heute in den Akten jenes Prozesses gegen die nationalsozialistischen Hochverräter und stellen mit Staunen fest, wie milde Richter sie in Bayern gefunden haben. Wie sprach doch der Vertreter der Anklage, Herr Staatsanwalt Dr. Stenglein, in seinem Schlußplädoyer? Hören Sie ihn selbst, hohes Haus:

Ich gehe nun über zu den einzelnen Angeklagten; zunächst zu Hitler! Er ist aus einfachen Verhältnissen hervorgegangen, hat im großen Krieg völlig seine Pflicht erfüllt. Er ist erfüllt von glühender Begeisterung für das deutsche Vaterland und er hat eine große Partei geschaffen, wobei die Bekämpfung des internationalen Marxismus und des Judentums und die Ausbreitung des nationalsozialistischen Gedankens in allen Volksteilen die wesentlichen Programmpunkte waren. Über seine Parteipolitik habe ich hier kein Urteil zu fällen. Sein ehrliches Streben, in einem unterdrückten und entwaffneten Volk den Glauben an die nationale Sache zu wecken,

(hört, hört! bei der SPD)

bleibt unter allen Umständen sein Verdienst.

(Zuruf links: Die bayerische Justiz!)

Er hat hier Bedeutendes geleistet. Es wäre ungerecht, ihn als Demagogen im üblen Sinne des Wortes zu bezeichnen.

(Zuruf links: Dr. Gürtner! — Wimmer:

Alles vergessen sei!)

Vor diesem Vorwurf schützt ihn die Echtheit seiner Überzeugung und die Uneigennützigkeit seiner Hingabe an die von ihm selbst gewählte Aufgabe.

(Hagen Lorenz: Ein bayerischer Staatsanwalt!)

Hohes Haus! Das sagt nicht der Verteidiger im Hitlerprozeß; hier spricht der Staatsanwalt, der Vertreter der Anklage!

(Hört, hört! bei der SPD.)

Neun Monate danach ist Hitler frei, frei, um sein „vaterländisches“ Werk, sein „ehrliches Streben“ und seine „uneigennützigste Hingabe zum Besten des deutschen Volkes“ in den Dienst seiner Partei zu stellen.

(Albert: In Bayern!)

Hohes Haus! Hitler hätte nie über die Stufen der Reichskanzlei zur Macht schreiten können, wenn er nicht in Bayern erneut einen Freibrief bekommen hätte!

(Dr. Linnert: Sehr richtig! — Lebhafter, anhaltender Beifall bei der SPD und FDP. — Staatsminister Dr. Hundhammer: Der Thüringische Regierungsrat! — Erregter Widerspruch links. — Staatsminister Dr. Hundhammer:

Jawohl, das ist er nachher geworden!)

(von Knoeringen (SPD))

— Hätten Sie ihn aus Bayern ausgewiesen, dann hätte er nie gewählt werden können!

(Dr. Sinnert: Sehr richtig! — Ständige erregte Zurufe und Gegenrufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

(Fortgesetzte lebhafte Zurufe. — Haas: Wir haben eine Interpellation eingebracht! — Hagen Lorenz: Es ist unangenehm, Herr Dr. Hundhammer, das wieder zu hören! — Dr. Rief: Herr von Knoeringen, das wissen Sie gar nicht mehr: Hitler war kein Bayer und kein Münchener! — Albert: Das passiert kein zweites Mal mehr!)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich wieder zu beruhigen. Man kann ja die Zwischenrufe gar nicht hören.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Rief.)

— Ich bitte um Ruhe.

von Knoeringen (SPD): Hohes Haus, ereifern wir uns nicht zu sehr! Die historischen Tatsachen können heute durch lautes Reden nicht mehr verschoben werden.

(Sehr richtig! bei der SPD. — Dr. Stang: Aber das ist unhistorisch!)

— Es ist eine historische Tatsache, daß das deutsche Volk nicht nur in Bayern in großen Teilen dem Nationalsozialismus verfiel.

(Zurufe der Abgeordneten Huth und Kraus.)

Aber in der historischen Folge des Ablaufs trifft den bayerischen Föderalismus die erste Schuld.

(Albert: Sehr richtig! — Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der SPD und FDP.)

Hören Sie weiter, was in dieser dramatischen Geschichte unseres Volkes geschah! In der Existenzkrise der deutschen Demokratie, die nach 1930 einsetzte, erkennen auch große Teile des bayerischen Föderalismus die Tragik der Entwicklung und wollen mit Hitlers barbarischen Methoden nichts mehr zu tun haben. Aber als Hitlers Fahnen über alle Straßen wehten, da kamen wieder andere Töne aus dem Kreise der Bayerischen Volkspartei. Welche Tragik ist es, wenn wir heute angesichts der Trümmer Deutschlands den „Regensburger Anzeiger“ vom 5. April 1933 nachlesen und dort einen Artikel der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz finden, in dem zu lesen ist:

Die Aufgabe, zu der Adolf Hitler als Erneuerer des Reiches berufen ist, ist so ungeheuer und groß

(Albert: Hahaha!)

und in ihrem Enderfolg keineswegs so gesichert, daß es nicht notwendig wäre, alle Kräfte wachzurufen und einzusetzen, die wollen, daß dem Kanzler um Deutschlands willen die gigantische Aufgabe auch gelinge. Nichts wäre wahnsinniger als eine politische Spekulation auf ein Scheitern der Aufgabe, die sich Adolf Hitler gesetzt hat und zu deren Lösung ihm eine Macht in die Hand gelegt worden ist, wie sie kein deutscher Staatsmann vor ihm befehlen hat.

(Hagen Lorenz: Ermächtigungsgesetz!)

Dieses Bekenntnis zur Notwendigkeit der Hitlerischen Mission ist weit mehr als eine Loyalitätserklärung. Mit einer Loyalität, die nur zuschaut und passiv ist, ist in dieser schweren Zeit, in der das Schicksal Deutschlands entschieden wird, tatsächlich nicht gedient.

Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Fritz Schäffer, schrieb am 8. April 1933, gleichfalls im „Regensburger Anzeiger“:

über allem steht für die Bayerische Volkspartei in ihrer praktisch-vaterländischen Betätigung, der große Gesichtspunkt, daß ein Scheitern der jetzigen Reichsregierung ein Unglück und eine Gefahr für das gesamte deutsche Volk wäre

(Albert: hört, hört!)

und daß es deshalb eine Pflicht jedes Deutschen und jeder deutschgesinnten Partei ist, mitzuhelfen, daß die jetzige Reichsregierung auch Arbeit und Brot dem Volke bringen, einen nationalen Aufstieg im Innern erringen und deutsches Recht

(Stoß: deutsches Recht!)

und deutsche Freiheit nach außen erkämpfen kann. Soweit Herr Schäffer.

(Scheßbeck: Haben wir das zu verantworten, Herr von Knoeringen?)

— Nein, ich mache den Herren, die hier sitzen, diesen Vorwurf nicht.

(Zuruf von der SPD: Das sind dieselben Leute wieder! — Albert: Sie sitzen zum Teil noch hier!)

(Unruhe. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Rief.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich bitte doch jetzt um Ruhe. Es ist hier kein beleidigender Ausdruck vor irgendeiner Seite gefallen. Ich bitte, die Rede ruhig anzuhören. Sie haben Gelegenheit, darnach zu erwidern.

von Knoeringen (SPD): Ich beschäftige mich noch immer mit dem historischen Ablauf und möchte hier feststellen, nachdem ich das vorgelesen habe, daß in dieser Zeit dann, als es die Verpflichtung des Föderalismus gewesen wäre, für die heiligen Rechte Bayerns einzutreten, diese Sprache nicht mehr gesprochen wurde.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Der Geist der Bereitschaft zur Mitarbeit und Loyalität —

(Unruhe. — Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten Drechsel und Dr. Rief.)

Meine Herren, ich meine, wir sind in einem Parlament. Ich versuche hier wirklich, einen historischen Ablauf darzustellen. Sie können dann entgegnen, denn Ihnen ist das Reden nicht unterlagt.

Präsident: Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt endlich die Ruhe zu bewahren. Das, was hier vorgelesen wird, ist Material, auf das von anderer Seite erwidert werden kann. Aber das Haus muß in der Lage sein, auch die gegnerische Ansicht anzuhören.

(Kübler: Auf beiden Seiten! — Stoß: Herr Präsident, ich bitte festzustellen, daß die Leute, die nicht zur Regierung gehören, im Plenarsitzungsraum nichts zu suchen haben. Das geht nicht!)

(Präsident)

— Ich werde dafür sorgen, daß die Leute, die nicht zur Regierung gehören, den Saal zu verlassen haben. Ich bitte den Redner weiterzufahren.

von Knoeringen (SPD): Der Geist der Bereitschaft zur Loyalität, zur Mitarbeit, der hier in dem Vortragen zum Ausdruck kommt, wäre 1923 am Platze gewesen.

(Dr. Rief zum Abgeordneten Drechsel gewandt: Jetzt passen Sie einmal auf! Nehmen Sie sich zusammen! — Gegenrufe von der SPD. — Dr. Sinnert: Herr Rief, seien Sie endlich einmal ruhig, Sie können doch nachher reden! Wir wollen jetzt zuhören.)

Präsident: Herr Dr. Rief, ich bitte doch, die Privatunterhaltungen zu unterlassen.

(Dr. Rief: Bitte, Herr Präsident, rügen Sie diesen Ausdruck! Ich lasse mich von diesen Herren Kollegen nicht beschimpfen. Ich bin gerade beleidigt worden.)

— Wie hat der Ausdruck geheißen?

(Dr. Rief: Ich verzichte darauf, zu replizieren; aber ich verlange eine Rüge. Da hört sich doch alles auf!)

— Ich bitte den Herrn Abgeordneten, der den Ausdruck gebraucht hat, aufzustehen. Welcher Ausdruck ist das?

(Dr. Rief: Ich lasse mich nicht einen wild gewordenen Esel schimpfen.)

— Ich habe den Ausdruck nicht gehört. Ich bitte den Redner weiterzufahren.

von Knoeringen (SPD): Hohes Haus, ich möchte noch einmal feststellen: Der Geist der Bereitschaft zur Zusammenarbeit an einer großen, gemeinsamen Aufgabe, der hier zum Ausdruck gebracht wurde, wäre im März 1923, als Stresemann um die Einheit Deutschlands und die Sicherung seiner wirtschaftlichen Grundlagen gerungen hat, am Platze gewesen. Damals hätte ein solcher Wille zur Zusammenarbeit und zum gemeinsamen Handeln einer großen Sache gedient. Aber die Bayerische Volkspartei hat Adolf Hitler dann gegeben, was sie dem Geist von Weimar versagte. Nichts lesen wir bei Herrn Schäffer von den berechtigten föderalistischen Interessen Bayerns. Es ist so: Die Bayerische Volkspartei und der bayerische Föderalismus waren die Vorhut auf dem großen Marsch nach rechts, dessen Bahnbrecher dann schließlich Adolf Hitler geworden ist.

(Stoß: Sehr gut!)

Zweifellos waren die Herren von Kahr und von Knilling, Dr. Heim, Dr. Held und Schäffer keine Nationalsozialisten; das kann niemand behaupten.

(Meigner: Sehr richtig!)

Zweifellos wollte keiner von ihnen das, was schließlich aus dem Nationalsozialismus entstand. Und es ist auch heute leichter, über die Vergangenheit zu urteilen, als damals die zukünftige Entwicklung vorauszusehen.

(Sehr richtig!)

Und Herrn von Kahrs tragisches Ende ist ein Beweis dafür, wie verhängnisvoll die Politik war, die er getrieben hat.

Präsident: Einen Augenblick, Herr Redner! Meine Herren Photographen, solange Sie vom Präsidenten nicht die Genehmigung haben, bitte ich, den Saal zu verlassen. Ich gebe Ihnen zu einer bestimmten Zeit die Genehmigung, aber jetzt nicht.

Fahren Sie bitte weiter, Herr Abgeordneter von Knoeringen!

von Knoeringen (SPD): Das tragische Ende des Herrn von Kahr ist ein Beweis dafür, wie sehr er sich — und das ist das Wesentliche meiner ganzen Argumentation heute — in den Kräften täuschte, deren Hilfe er einstmals begrüßt hatte. Man wollte nicht Hitler, nein, man wollte ihn nur vor den Wagen spannen. Man wollte keinen Separatismus, nein. Man wollte nur Bayern selbständig machen. Das ist der Grundgedanke und darin liegt die Gefahr.

(Donsberger: Aber mit den Kräften wäre es nie gelungen!)

Man kann auch Politikern und Staatsmännern zuerkennen, daß sie sich in der Beurteilung von Kräften und Bewegungen irren; aber eines müssen wir für uns in Anspruch nehmen: Die Sozialdemokratie hat sich im Nationalsozialismus nicht geirrt. Für sie war diese Bewegung mit ihrem Führer von Anfang an der Ausdruck des Bösen und eine Bedrohung für den Bestand der Demokratie, für den Bestand Deutschlands und der Freiheit schlechthin.

(Scheffed: Aber Ihre Anhänger haben sich geirrt.)

— Die Sozialdemokratie hat diesen Kampf mit absoluter Klarheit geführt bis zum letztmöglichen Moment. Sie hat niemals, niemals diesen Kräften von rechts Hilfestellung geboten.

(Zuruf von der CDU: Und keine Wähler mehr gehabt!)

Herr Ministerpräsident, nicht die Weimarer Verfassung, in der die heiligen Grundrechte des deutschen Volkes niedergelegt waren, hat den Nationalsozialismus hervorgebracht, sondern die Mißachtung dieser Verfassung

(Zurufe: sehr richtig!)

und die mangelnde Bereitschaft der deutschen Rechten und des bayerischen Föderalismus, die großen Gedanken dieser Verfassung von Weimar in der praktischen Politik und im Leben des Tages zu verwirklichen und für ihre Reinhaltung zu kämpfen.

Das war die Vorstufe zum nationalsozialistischen Reich und der Anfang von Deutschlands Untergang.

(Loritz: Und die Unfähigkeit der Weimarer Verfägerspolitiker! — Fischer Wilhelm: Da hat der Loritz gefehlt.)

Herr Ministerpräsident, das sind die Gründe, weshalb wir zur Wachsamkeit verpflichtet sind. Wir sind wachsam und hellhörig gegen jeden Ton, der an das damalige Verhängnis erinnert, wachsam und hellhörig vor allem gegen den Personenkreis bayerischer Föderalisten.

Wieder steht Deutschland am Anfang einer Entwicklung. Zum zweiten Mal in einem Menschenalter legen wir das Fundament zu einem neuen Deutschland. Wieder soll ein Verhältnis gefunden werden zwischen Bund und Ländern, eine sicher nicht leichte Aufgabe, wie die letzten Monate erwiesen haben. Es ist gelungen, eine Verständigung zwischen den verschiedenen Interessen und zwischen den

(von Knoeringen [SPD])

großen, tragenden Parteien des westlichen Deutschland zu schaffen; ein provisorisches Grundgesetz liegt vor, dessen Charakter für jeden, der es mit ehrlichem Willen studiert, keineswegs zentralistisch genannt werden kann.

(Dr. Rooff: Ist bestätigt!)

Dieses Bonner Grundgesetz geht viel weiter in der Richtung des Föderalismus als die Weimarer Verfassung. Der Bundesrat, diese Vertretung der Länderregierungen, hat eine starke Stellung erhalten; die Entscheidung in wesentlichen Fragen, die das Verhältnis von Bund und Ländern betreffen, ist an seine Zustimmung gebunden. Er hat ein Vetorecht bei der Gesetzgebung. Das alte Problem der Beziehungen zwischen Bund und Ländern ist auf eine neue Art zu lösen versucht worden. Das Grundgesetz macht einen Finanzausgleich möglich, der vor allem im Interesse Bayerns liegt.

(Dr. Vinnert: Sehr richtig!)

Dem Bund ist jenes Maß an finanziellen Mitteln gesichert, das er zur Bewältigung seiner Aufgaben unbedingt braucht. Die demokratischen Grundrechte sind verankert, und wenn wir sie in unserem Leben so verwirklicht sehen, wie sie dort geschrieben stehen, dürfen wir uns glücklich preisen.

Es wird sich zeigen, was an diesem provisorischen Grundgesetz untauglich ist, wenn sein Mechanismus in Bewegung gesetzt wird. Dieser provisorische Charakter ist stark hervorgehoben. Es tritt außer Kraft, wenn vom deutschen Volke in freier Entscheidung eine endgültige Verfassung geschaffen wird. Auf diese Verfassung des gesamten deutschen Volkes laßt uns hinarbeiten und laßt uns sinnen! Bonn ist nur eine Stufe dazu.

Mit dem Inhalt dieses Grundgesetzes werden wir uns in den kommenden Sitzungen des Landtags noch im einzelnen zu beschäftigen haben. Wer in dieser Stunde großer Not, wo Deutschlands demokratische Kraft ihre erste Bewährungsprobe bestehen soll, brauchen wir ein solches Maß von Loyalität, Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit, daß Deutschlands Stimme in der ganzen Welt hörbar wird. Es ist unser erstes Mittel, mit dem wir der Welt zeigen können, daß wir einig und geschlossen sind. Jetzt ist die Stunde, wo es zu beweisen gilt, daß wir den Einflüssen der Zerfetzung Widerstand zu leisten vermögen.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Nicht elf Erdhügel wollen wir errichten, auf denen jedes Land hinter seinem Gartenzaun seine Blumenbeete pflanzt, nicht elf Erdhügel der Sonderrechte, nicht elf intakte Positionen des Föderalismus, durch die dann die Fluten östlichen Einflusses dringen und alle elf Erdhügel hinwegschwemmen.

(Dr. Vinnert: Sehr richtig! — Zurufe: Sehr gut!)

Einen Dam m wollen wir errichten, so stark, wie das notwendig ist, um den wirtschaftlichen und politischen Aufbau einer Demokratie in Westdeutschland so zu sichern, daß diese Demokratie zum Magnet für das Deutschland im Osten wird. Wir wollen die Linie für Europa halten, wie sie das westliche Berlin in so großartiger Weise für Deutschland und die Welt gehalten hat.

(Zurufe: Sehr gut! — Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Hohes Haus! Die Staatsregierung sagte „Nein“ zu Bonn; sie sprach ein „Ja“ zu Deutschland. Diese Differenzierung ist im jetzigen Augenblick gefährlich, so gefährlich wie einst, ja noch gefährlicher, denn die Bedrohung, in der wir uns heute befinden, ist größer. Angesichts einer internationalen Lage, in der Deutschland zum Brennpunkt von Entscheidungen wird, können wir nicht über Zwirnsfäden stolpern und einem mühevollen Beginnen um Deutschlands Einheit von Bayern her mit einem „Nein“ begegnen. Schaffen wir eine klare Front gegen die Geister der Vergangenheit, die die Zukunft nicht mehr meistern werden! Folgen Sie, hohes Haus, nicht dem Weg, der dieses Land in neue Spannungen mit dem übrigen Deutschland führen muß! Die Schatten einer bitteren Vergangenheit liegen über diesem Weg.

Es ist der Weg, den Herr Dr. Baumgartner vor wenigen Tagen in einer Versammlung in Harlaching so kühn und herausfordernd gewiesen hat, als er ausrief: „Die Zweidrittelmehrheit der Länder entscheidet auch über Bayern. Das bedeutet nicht, daß wir die Verfassung anerkennen.“

(Zurufe: Hört, hört! — Rübler: Wie der Vorig!)

„Wir werden mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dagegen kämpfen und wir hoffen den Tag herbei, an dem wir die Verfassung brechen können.“

(Zurufe von der SPD: Hört, hört! — Dr. Baumgartner: Jawohl! — Psui-Rufe.)

Hören Sie es: „an dem wir die Verfassung brechen können.“

(Dr. Baumgartner: Jawohl, mit allen legalen Mitteln! — Haas: Das war ein Staatsminister!)

In der Erklärung der Staatsregierung wird uns versichert, daß sie diesen Weg nicht gehen will. Wir nehmen diese Erklärung mit Befriedigung zur Kenntnis, aber wir bleiben mißtrauisch, mißtrauisch und wachsam. Vor allem aber will meine Fraktion Klarheit schaffen, Klarheit über die Vergangenheit und Klarheit über unseren Weg in der Zukunft. Darum, Herr Ministerpräsident, muß die Sozialdemokratie verlangen, daß Sie eindeutig die Äußerung des Herrn Staatsministers Dr. Hundhammer zurückweisen. Oder Herr Staatsminister Dr. Hundhammer erklärt, daß er seine Auffassung geändert hat. Diese Klarstellung, Herr Ministerpräsident, sind Sie uns, unserem Volk, der Demokratie und Ihrem politischen Ansehen schuldig.

(Starker und anhaltender Beifall bei der SPD und FDP.)

I. Vizepräsident: Der Herr Ministerpräsident beantwortet die Interpellation. Ich erteile ihm das Wort.

Ministerpräsident Dr. Chard: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Meine Aufgabe ist es, die Interpellation zu beantworten, so wie sie gedruckt vor mir liegt und wie sie auch im Wortlaut gelesen wurde. Ich bin ja nicht Ministerpräsident vor 1933 oder im Jahre 1923 gewesen, sondern ich bin der Ministerpräsident der neuen bayerischen Demokratie.

(Sehr wahr! Sehr gut! bei der CSU.)

Nun, meine Damen und Herren, bin ich allerdings der Auffassung, daß man auch historische Betrachtungen anstellen soll, weil man aus den Fehlern der Vergangenheit seine eigenen Fehler vielleicht korrigieren

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

kann. Aber man soll dann die Fehler nicht nur bei den anderen suchen.

(Rübler: Sehr gut!)

Vor allen Dingen sollte man das eine nicht machen: Wenn man neu anfangen will, soll man nicht den Leuten, die ehrlich neu anfangen wollen, einen bösen Willen unterstieben.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Es wurde gesagt, Föderalismus sei immer so etwas, was mit Separation zu tun habe. Leider ist durch diese Mißdeutungen das Wort „Föderalismus“ sehr stark discreditiert worden; aber ich habe von Anfang an den Standpunkt eingenommen, den ich auch heute noch vertrete, daß Föderation nicht Separation heißt, sondern organischer Zusammenschluß.

(Sehr gut! Ausgezeichnet! bei der CSU. —

Dr. Baumgartner: Sehr gut!)

Darauf habe ich auch immer abgezielt.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Und wenn man einen organischen Zusammenschluß zwischen den Ländern und dem Reich oder dem Bund anstrebt, dann macht man das Gegenteil von Separation; man versucht, ein organisiertes, ein freiwilliges, ein bereites, ein frei von irgendwelchen Belastungen mögliches Zusammenarbeiten zu erreichen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, für mich in Anspruch nehmen zu dürfen, daß ich ebenso bayerisch wie deutsch denke, und ich bin glücklich, zu wissen, daß ja auch in allen Parteien — Ihre eigene Partei, Herr von Knoeringen, nicht ausgeschlossen — Männer sitzen, gar nicht so wenig zahlreich, die sich mit meinen Gedankengängen durchaus befreunden können. Ich sage das deshalb —

(Dr. Korff: Nicht mit Hundhammergedankengängen, Herr Ministerpräsident!)

— Ich rede jetzt nicht von Dr. Hundhammer, sondern ich darf zunächst auch einmal von mir reden; denn ich bin ja auch in der Interpellation angegriffen worden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Erlauben Sie mir, daß ich meinen Standpunkt darlege! Ich lege nämlich nicht bloß darauf Gewicht, mich zu verteidigen, sondern auch darauf, für meine Ausführungen und für das, was ich anstrebe, Verständnis zu finden, selbst wenn man anderer Meinung ist. Ich habe auch vor der Meinung anderer Achtung und möchte darum bitten, daß man vor der meinigen gleichfalls Achtung hat.

(Bravo! bei der CSU. — Rübler: Müßte selbstverständlich sein!)

Dadurch wird nach meiner Auffassung auch wesentlich zur Bereinigung der Atmosphäre beigetragen.

Im übrigen bedauere ich, daß ich Sie mit der Verantwortung der Interpellation einige Zeit in Anspruch nehmen muß. Ich muß Ihnen nämlich beweisen, daß ich deutlich genug — und frühzeitig deutlich genug — gesprochen und alles getan habe, um die etwas verwirrte politische Atmosphäre zu bereinigen.

Die Interpellation sagt, es seien Bemühungen monarchistisch-separatistischer Kreise in Bayern vorhanden und dadurch habe das Ansehen Bayerns einen großen Schaden erlitten. Zweitens wird gesagt, Vertreter dieser Kreise seien auch Mitglieder der bayerischen Staatsregierung. Drittens endlich wird der Vorwurf erhoben, der bayerische Ministerpräsident habe keine klare und deutliche Stellung zu dieser Angelegenheit eingenommen.

Dazu möchte ich, meine Damen und Herren, folgendes sagen: Soweit es sich um den gegen Mitglieder der Staatsregierung erhobenen Vorwurf handelt, daß unter ihnen Vertreter monarchistisch-separatistischer Kreise in Bayern seien, die durch ihre Äußerungen eine für das Land gefährliche Lage geschaffen hätten, kann er sich nur auf Staatsminister Dr. Hundhammer und Staatssekretär Dr. Schwalber beziehen. Das Auftreten des Herrn Staatsministers Dr. Hundhammer auf der fraglichen Versammlung der ehemaligen bayerischen Widerstandskämpfer im Münchner Rathaus spielte sich nach seiner mir und dem Ministerrat gegebenen Erklärung folgendermaßen ab:

Er kam etwa gegen 11 Uhr in die bereits tagende Versammlung und wurde dort gebeten, über den Stand der Bonner Verfassungsverhandlungen zu referieren. In seinen Ausführungen hat er die Probleme der Monarchie, einer Gratulation anlässlich des Geburtstages des Kronprinzen Rupprecht oder einer Beschlagnahme am 18. Mai überhaupt mit keinem Wort berührt.

(Lebhaftes Hört, hört! bei der CSU und von Dr. Baumgartner und Dr. Rief.)

In seiner Gegenwart hat auch von den übrigen Teilnehmern an der Veranstaltung niemand über dieses Thema gesprochen.

(Hört, hört! bei der CSU und von Dr. Baumgartner und Dr. Rief.)

Dr. Hundhammer bezeichnet alle einschlägigen Behauptungen und Kombinationen der Presse, soweit seine Person in die Diskussion einbezogen worden ist, als frei erfunden.

Bezüglich der Verfassungsfrage habe er, so erklärt Herr Minister Dr. Hundhammer, nach dem damaligen Stand der Beratungsergebnisse referiert und hierbei insbesondere die Punkte herausgestellt, bezüglich deren von Bayern aus schwere Bedenken geltend gemacht werden müßten und um derentwillen den bayerischen Wählern eine Ablehnung des Bonner Verfassungsentwurfs empfohlen werden müsse. Er habe darauf verwiesen, daß die Beratungen noch im Gange seien und daß versucht werde, eine auch für Bayern annehmbare Verfassung zu erreichen. Eine Äußerung, was zu geschehen habe, wenn von Bayern aus „nein“ zu der Verfassung gesagt werde, habe er in seiner Ansprache überhaupt nicht gemacht. Erst als er in der nachfolgenden Diskussion gefragt wurde, was wohl sein werde, wenn die Bonner Verfassung von einer Mehrheit abgelehnt würde, habe er darauf geantwortet:

Entweder werden die Alliierten eingreifen und bestimmen, daß Bayern dem Bunde beizutreten habe — die Zustimmung von zwei Dritteln der Länder vorausgesetzt —, oder es bestünde die Möglichkeit, daß Bayern außerhalb des Bundes bleibe, ebenso wie dies nach dem Befehl der Alliierten auch bei Berlin und unter dem Zwang

(Ministerpräsident Dr. Ehard)

der Verhältnisse auch bei der Ostzone der Fall sei. Die wirtschaftlichen Beziehungen im deutschen Raum müssen selbstverständlich aufrechterhalten bleiben, so wie diese auch bestanden vor Errichtung der Bizone und wie sie derzeit bestehen vor dem Zustandekommen des Bonner Verfassungswerkes.

Soweit Herr Staatsminister Dr. Hundhammer.

Soweit Herr Staatssekretär Dr. Schwalber genannt wurde, ist festzustellen, daß er nach seinen Erklärungen auf der fraglichen Heimatfeier in Dachau keinerlei Äußerungen gemacht hat, die monarchistisch oder irgendwie separatistisch gedeutet werden könnten. Soweit ich sehe, ist das auch nirgends behauptet worden.

Zu Äußerungen anderer Persönlichkeiten, die mit der Staatsregierung nichts zu tun haben, kann ich mich nicht erklären. Da Äußerungen gefallen sind, die in der Öffentlichkeit inner- und außerhalb Bayerns Verwirrung angerichtet haben und den Interessen Bayerns sicherlich nicht dienlich waren, habe ich nicht versäumt, durch verschiedene Schritte Aufklärung zu schaffen.

Ich bitte, sich daran zu erinnern, daß diese Vorgänge am 1. Mai waren. Bereits am 2. Mai abends erläuterte ich, um der entstandenen Beunruhigung entgegenzutreten, den Sinn des „Neins“, das die Staatsregierung möglicherweise zum Grundgesetz aussprechen müsse, wenn sie ihre Grundätze und ihre Vorstellungen von einem deutschen Bundesstaat dazu zwingen würden. Ich wies auf den Zweck und die Berechtigung eines solchen rein demokratischen Abstimmungsvorganges hin und machte darauf aufmerksam, daß ja auch in den Londoner Vereinbarungen der Fall vorgesehen ist, daß nicht alle Länder dem Grundgesetz zustimmen, ohne daß dadurch seine Rechtsgültigkeit beeinträchtigt wird, wenn eine Zweidrittelmehrheit der Länderstimmen erreicht ist. Mit besonderer Betonung stellte ich fest, daß, wie auch meine Entscheidung fallen möge, es für mich keine separatistischen Hintergedanken gebe und daß mein Nein, wenn es notwendig werden sollte, so beschaffen wäre, daß es besser zur Befriedung im neuen Bunde beitragen würde als ein falsches, abgepreßtes Ja. Schließlich wandte ich mich mit aller Entschiedenheit dagegen, die Verfassungsfrage irgendwie in Zusammenhang mit monarchistischen Gefühlsaufwallungen zu bringen.

Ich darf bemerken, daß ich diese Erklärung, ausführlicher formuliert, jedem der damals anwesenden zahlreichen Pressevertreter schriftlich in die Hand gegeben habe. Ich habe mich bereit erklärt — und habe das auch getan —, die Erklärung im einzelnen noch zu erläutern, so daß eine mißverständliche Auffassung über meine Meinung und über das, was ich damals wußte, ganz gewiß nicht hätte aufkommen können.

Am 5. Mai erfolgte in Form eines Communiqués über die an diesem Tage abgehaltene Ministerratssitzung eine Stellungnahme der Gesamtstaatsregierung. Die entscheidenden Stellen dieser Verlautbarung lauteten wörtlich:

Die schon bisher aufgestellten grundsätzlichen Forderungen, die vom föderalistischen Standpunkte aus unabdingbar erscheinen, wurden vom Ministerrat erneut festgelegt. Von der Berücksichtigung dieser Forderungen bei den Endberatungen des Parlamentarischen Rates muß die

bayerische Staatsregierung ihre endgültige Stellungnahme abhängig machen. Bei einer Ablehnung ihrer Forderungen muß die Staatsregierung für die demokratische Abstimmung in Bayern ein Nein empfehlen. Eine Ausgliederung Bayerns aus der deutschen Schicksalsgemeinschaft lehnt die Staatsregierung entschieden ab. Die Staatsregierung hält sich an die Verfassung des Freistaates Bayern gebunden. Mit ihrer grundsätzlichen Einstellung zum Bonner Grundgesetz haben monarchistische Bestrebungen nichts zu tun.

Diese Stellungnahme des Ministerrats erfolgte, wie wohlgemerkt ausdrücklich im Communiqué festgestellt wurde, einstimmig, das heißt auch mit Zustimmung des Herrn Staatsministers Dr. Hundhammer, was in diesem Zusammenhang Beachtung verdient.

Am gleichen Tage, an dem jener Ministerrat stattfand, nahm ich auch Gelegenheit, bei der Militärregierung für Bayern persönlich vorzusprechen, um mit dem stellvertretenden Landdirektor der Militärregierung — Mr. van Wagener selbst war damals von München abwesend — eine aufklärende Aussprache zu pflegen. Das von der Militärregierung ausgegebene Communiqué gab meine Stellungnahme für die breiteste Öffentlichkeit, auch für das Ausland, erschöpfend wieder. In ihrer öffentlichen Mitteilung vom 5. Mai 1949, die insbesondere auch an das Ausland gegangen ist, bestätigte die Militärregierung, daß die Aussprache mit dem bayerischen Ministerpräsidenten in begrüßenswerter Weise die Klarstellung der Einstellung der bayerischen Regierung gefördert habe. Wörtlich heißt es dort:

Die Militärregierung begrüßt Dr. Ehard's Erklärungen, da sie die bayerische politische Atmosphäre klären. Diese Atmosphäre ist in den letzten Tagen durch demagogische und unverantwortliche Erklärungen von verschiedenen Seiten vernebelt worden.

(Hört, hört! bei der CSU.)

Die Militärregierung anerkennt das demokratische Recht jeder gutwilligen Person, eine ehrliche und aufrichtige Meinung zum Grundgesetz zum Ausdruck zu bringen. Die Militärregierung glaubt aber nicht, daß eine Angelegenheit von so ausschlaggebender Wichtigkeit für das deutsche Volk von Demagogen mißbraucht werden sollte. Die Militärregierung ist besonders erfreut, von Dr. Ehard zu hören, daß Bayern den demokratischen Spielregeln, den Willen der Mehrheit zu achten, folgen wird.

Am darauffolgenden Tag, am 6. Mai, habe ich mich in einer Rundfunkansprache aufklärend an die breiteste Öffentlichkeit gewandt. Ein Teil dieser Ansprache ist ja von meinem Vorredner zitiert worden, aber Sie gestatten mir, daß ich das bereits dort Gesagte auch hier nochmals wiederhole:

Bekanntlich

— so führte ich aus —

bedarf das Grundgesetz, um rechtswirksam zu werden, der Ratifizierung in den einzelnen Ländern. Ob dies durch die Landtage geschehen wird oder durch einen Volksentscheid, ist noch offen, da die Militärregierungen hier ein Wort mitzureden haben. Erst wenn in zwei Dritteln der in Frage kommenden elf Länder eine Zustimmung

(Ministerpräsident Dr. Chard)

zum Grundgesetz erfolgt, kann es in Kraft gesetzt werden. Voraussetzung ist ferner, daß die Alliierten Regierungen ihre Zustimmung erteilen. In diesen Rahmen, an den die Länder in ihrer zonalen Verflechtung gebunden sind, war die Frage der Entstehung und der rechtlichen Verwirklichung des Grundgesetzes immer eingespannt. Aus diesem Rahmen läßt sich die Frage einer staatlichen Neuordnung Deutschlands nicht herausnehmen. Wie auch die Ordnung aussehen mag, die durch Zustimmung der drei Besatzungsmächte zustande kommt, es wird sich kein einzelnes Land, das diesen Besatzungsbereichen angehört, außerhalb dieser Ordnung oder gar gegen diese Ordnung stellen können! Um die reale Situation nicht aus den Augen zu verlieren, ist es zweckmäßig, sich daran zu erinnern, daß der bayerische Verfassungsgesetzgeber im Oktober 1946 von Seiten des amerikanischen Militärgouverneurs in Deutschland ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Militärregierung mit der Genehmigung der Verfassung in keiner Weise ihre Zustimmung zu einem Separatismus Bayerns oder eines anderen deutschen Staates erteile.

Ich möchte heute an den vollen Wortlaut dieses Schreibens erinnern, das eine authentische Interpretation der Verfassung durch die oberste zuständige Besatzungsbehörde darstellt:

Der Gebrauch des Ausdruckes „bayerischer Staatsangehöriger“

— so heißt es in jenem Schreiben —

wird daher nur anerkannt, wenn damit ein Staatsangehöriger Bayerns gemeint ist, der damit auch ein Staatsangehöriger Deutschlands ist, wie es durch den Alliierten Kontrollrat verwaltet wird. In gleicher Weise muß der Wille, einem zukünftigen deutschen Bundesstaat beizutreten, als eine Anweisung an die Vertreter Bayerns ausgelegt werden, die später an den Beratungen über die zukünftige deutsche Regierung teilnehmen werden, aber nicht als ein Recht, die Teilnahme an irgendeiner Form der deutschen Regierung zu verweigern, ganz gleich, ob sie als Zwischenlösung von den alliierten Behörden oder in Form einer beständigen Regierung vom deutschen Volk in seiner Gesamtheit errichtet wurde.

Soweit die verfassungsrechtliche Lage auf Grund der bindenden Feststellungen der Militärregierung.

Man würde sich

— so fuhr ich in meinem Rundfunkvortrag fort —

viel unnütze und aufgeregte Diskussionen und unbegründete Befürchtungen ersparen, würde man diese festen Tatsachen der Frage zugrunde legen, was geschehen soll und was geschehen kann, wenn das Grundgesetz nicht nach dem Geschmade und nach dem Willen Bayerns ausfällt, so daß die bayerische Regierung seine Ablehnung anraten muß. Die nackte Schlussfolgerung lautet, daß eine Ausgliederung Bayerns aus der deutschen Schicksalsgemeinschaft nach den realpolitischen Ver-

hältnissen überhaupt nicht diskutabel ist!

Aber

— so fuhr ich fort —

wir sagen noch ein Wort mehr: Bayern wird sich nicht lösen, weil es sich nicht lösen kann, sondern weil es sich nicht lösen will!

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Wer dem bayerischen Volk einen solchen Willen andichten wollte, der kennt Bayern nicht.

(Sehr gut! und Beifall bei der CSU.)

Zur monarchischen Frage nahm ich in dem genannten Rundfunkvortrag wie folgt Stellung:

So sehr die Geschichte der deutschen Einigung mit Irrwegen und Fehlentscheidungen belastet ist, Bayern ist in diese Geschichte schicksalsmächtig hineingewoben! Es kann und will sich daraus nicht lösen! Ein Jahrhundert deutschen Staatsdenkens läßt sich nicht auslöschen! In dieser deutschen Staatsentwicklung haben auch die ehemaligen deutschen Dynastien und der Monarchismus eine so erhebliche Rolle gespielt, daß die Erinnerung daran nicht untergegangen ist, um so mehr, als sie kein Hindernis der deutschen Einheit, sondern nach der Einigung im Jahre 1871 der beste Kitt dieser Einheit gewesen ist.

Aber die Frage, ob die monarchische Idee in unserem Volke ausgelöscht ist oder als eine Erinnerung an bessere und glücklichere Zeiten fortlebt, ist heute ohne alle praktische politische Bedeutung. Am allerwenigsten steht sie mit der Verfassungsfrage, um die zur Zeit die Entscheidung geht, in irgendeiner Verbindung! Wer es trotzdem tut, aus irgendwelchen Gründen eine solche Beziehung herzustellen, wirkt nicht nur eine unzeitgemäße Frage zur Unzeit auf, sondern schädigt eine für Bayerns Zukunft so wichtige Angelegenheit, wie es die Lösung der Verfassungsfrage ist, auf das empfindlichste! Da es geschehen ist, kann man nur sagen, daß der bayerischen Sache in einem entscheidenden Augenblick kein guter Dienst erwiesen worden ist.

So betonte ich in meinem Rundfunkvortrag.

Weiterhin erfuhr die Öffentlichkeit aus dem Communiqué über die Ministerratsitzung vom 10. Mai 1949, daß die Staatsregierung dem Landtag gegenüber den Standpunkt vertreten werde, daß bei Annahme des Grundgesetzes in zwei Dritteln der Länder die Rechtsverbindlichkeit dieses Grundgesetzes auch für Bayern anerkannt werden müsse. Die nähere Begründung dieses Standpunktes habe ich in der heutigen Sitzung dem hohen Hause gegeben.

Meine Damen und Herren! Ich habe diesen Erklärungen nur wenig hinzuzufügen. Ich glaube, daß die von mir abgegebenen Erklärungen an Deutlichkeit nichts vermissen lassen und eine eindeutige Erklärung über die Haltung und Auffassung der Staatsregierung, und zwar der gesamten Staatsregierung, darstellen. Die bayerische Staatsregierung lehnt jeden Gedanken an Separation ab und ich möchte hier mit Rücksicht auf die Worte meines verehrten Herrn Vorredners folgendes sagen: Da ist kein Hintergedanke dabei! Wir wollen nicht aufteilen in wirtschaftlichen oder staatspolitischen oder sozialen oder was weiß ich für

(Ministerpräsident Dr. Chard)

welchen Separatismus, wir wollen überhaupt keinen Separatismus!

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Wir wollen eine Föderation und einen Zusammenschluß, und zwar einen Zusammenschluß möglichst auf der Grundlage einer freiwilligen Hingabe an die Arbeit.

(Beifall bei der CSU. — Dr. Baumgartner und Dr. Rief: Sehr gut!)

Wenn wir schon Demokraten sind, erkennen wir die demokratischen Spielregeln an. Aber man sollte sie überall anerkennen. Danach muß ich aber die Möglichkeit haben, zu einer Angelegenheit von so entscheidender Bedeutung auch meine Meinung so zu sagen, wie ich es für richtig halte. Ich glaube übrigens, derselbe Standpunkt ist, wenn ich mich nicht sehr täusche, von Herrn von Knoeringen bei dem Ausschuß in Hannover auch eingenommen worden.

(Abgeordneter von Knoeringen nickt zustimmend.)

Wir erkennen die demokratischen Spielregeln an, wir erkennen aber auch an, daß man sich als Demokrat einer Mehrheit zu fügen hat und daß man nicht einfach schmollend beiseite treten kann. Man hat sich dann vielmehr einfach zu fügen und die Rechtsverbindlichkeit anzuerkennen. Man muß gerne und freiwillig mitarbeiten, wenn man vorher die Möglichkeit gehabt hat, in einer freien demokratischen Abstimmung unbelastet und unbeschimpft von seinem Gegner seine Meinung zu sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Die bayerische Staatsregierung anerkennt ohne Einschränkung die Zugehörigkeit Bayerns zu dem werdenden deutschen Bundesstaat, sobald das Grundgesetz mit der erforderlichen Mehrheit der Stimmen der Länder ratifiziert ist. Diese Stellungnahme ist unabhängig davon, ob das Grundgesetz wegen seines Inhalts von den einen bejaht oder den anderen abgelehnt wird. Die bayerische Staatsregierung bekennt sich zur deutschen Schicksalsgemeinschaft. Die bayerische Staatsregierung steht auf dem Boden der demokratischen Verfassung des Freistaates Bayern und betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, diese Verfassung zu hüten! Sie verurteilt jede Art verfassungswidriger Bestrebungen, nach welcher Richtung sie auch gehen mögen! Sie bedauert, daß durch vereinzelte monarchistische Gefühlsaufwallungen, denen jede reale Grundlage für eine Verwirklichung mangelt, der Einsatz Bayerns für eine echte und gesicherte bundesstaatliche Ordnung der deutschen Verhältnisse Mißdeutungen ausgesetzt wurde, die sich mit dem gesamtdeutschen Empfinden nicht vereinbaren lassen!

Und nun darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, zum Schluß noch etwas sagen: Sie dürfen mir glauben, daß es mir heilig ist mit dem, was ich sage in Bezug auf Monarchie, in Bezug auf Separatismus und in Bezug auf Verfassungstreue. Solange ich hier stehe, werde ich nicht die Hand dazu bieten, daß außerhalb der Verfassung getanzelt wird oder daß man gegen die deutsche Schicksalsgemeinschaft irgend etwas unternimmt!

(Anhaltender lebhafter Beifall und Handeklatschen bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Zum Wort hat sich der Herr Staatsminister Dr. Hundhammer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Staatsminister Dr. Hundhammer (von einem großen Teil der CSU und auch von einigen Abgeordneten in der Mitte, insbesondere von Dr. Baumgartner und Dr. Rief, mit Handeklatschen begrüßt): Hohes Haus! Nachdem die Interpellation und die dazu gegebene Begründung in sehr wesentlichen Teilen auf mich Bezug nehmen, habe ich Anlaß, auch selber mich dazu zu äußern. In diesen Tagen fallen historische Entscheidungen für die deutsche und für unsere bayerische Geschichte. In Bonn ist ein Verfassungswerk ausgearbeitet worden, das in verschiedenen Teilen seines Inhalts schweren Bedenken begegnet, nicht nur bei uns in Bayern, sondern auch in anderen Ländern. Für uns, die wir auf die Bayerische Verfassung vereidigt sind, ist bei der Betrachtung dieser Probleme nicht ganz der Art. 178 dieser Bayerischen Verfassung zu übersehen. Er lautet:

Bayern wird einem künftigen deutschen demokratischen Bundesstaat beitreten. Er soll auf einem freiwilligen Zusammenschluß

(Scharf: freiwilligen!)

der deutschen Einzelstaaten beruhen, deren staatsrechtliches Eigenleben zu sichern ist.

(Brüskent: Das haben Sie — auf die linke Seite des Hausesweisend — mitbeschlossen!)

Es ist nicht unbegründet, wenn man zum Ausdruck bringt, daß das Bonner Ergebnis das staatsrechtliche Eigenleben der einzelnen deutschen Staaten nicht in genügendem Maße sichert.

(Beifall bei der CSU und von Dr. Baumgartner und Dr. Rief.)

Es ist nicht unbegründet, wenn man dagegen Bedenken hat, daß über den freiwilligen Zusammenschluß Bayerns eine außerbayerische Mehrheit entscheidet.

(Sehr richtig! bei der CSU und von Dr. Baumgartner und Dr. Rief.)

Man muß einem Staatsbürger und einem verantwortlichen Mann im Staate das Recht einräumen, solche Bedenken öffentlich vor der Abstimmung zum Ausdruck zu bringen.

(Lebhafter Beifall und Handeklatschen bei der CSU. — Zustimmung der Zusage der Abgeordneten Dr. Baumgartner und Dr. Rief.)

Wir haben die Tatsache zu verzeichnen, daß ein zwingender Befehl der Alliierten dahin vorliegt, daß Bayern sich der Abstimmung der Mehrheit des gesamten Kreises der Länder, die für den Bundesstaat derzeit in Aussicht genommen sind, zu unterwerfen hätte. Das ist ein Auftrag, der von außen her gegeben ist. Es ist Sache des bayerischen Volkes, sich seinerseits darüber zu äußern, ob es innerlich von sich aus diesen Befehl vollziehen will oder ob es sich ihm fügt.

Man hat in dem Sturm, der seit dem 1. Mai entfacht worden ist, das Problem der Abstimmung über Bonn und unsere Haltung dazu in Verbindung gebracht mit dem Problem der monarchischen Staatsform.

(Zietsch: Welchen Haltung? Die der Staatsregierung? Sie sagen „unsere Haltung“, Herr Minister!)

Ich möchte betonen und darauf verweisen, daß ich meinerseits das Problem der monarchischen Staatsform

(Staatsminister Dr. Hundhammer)

nicht mit der Abstimmung über die Bonner Verfassung in Verbindung gebracht habe.

(Zietsch: Das ist auch nicht behauptet worden!)
— Das ist aber behauptet worden. Der ganze Sturm, der außerhalb Bayerns entfacht wurde, — je weiter man von Bayern weggeht,

(Dr. Baumgartner: Zentralisten haben das gemacht!)
desto toller hat dieser Sturm getobt —, hat darauf beruht, daß ich meinerseits diese beiden Probleme, die monarchische Staatsform und die Bonner Verfassung, in Zusammenhang gebracht hätte. Auch hier in München hat eine Zeitung geschrieben, daß ich bei der Kundgebung und dem Treffen der bayerischen Widerstandskämpfer eine Huldigungsadresse an den Kronprinzen Rupprecht gerichtet hätte. Ich halte es für richtig, hier ausdrücklich festzustellen, daß die Verbindung des Problems der Staatsform in Bayern mit dem der Abstimmung über Bonn falsch ist,

(Dr. Baumgartner: sehr richtig!)
daß das aber meines Erachtens Absicht derer war,

(Dr. Baumgartner: jawohl!)
die damit die ablehnende Haltung Bayerns zur Bonner Verfassung diffamieren und womöglich unterminieren wollten.

(Dr. Baumgartner: Bravo! — Lebhaftes Händeklatschen bei der CSU und seitens des Abgeordneten Dr. Baumgartner. — Zuruf: Das ist die Wahrheit, Herr Dr. Hundhammer!)

Es scheint mir aber doch auch am Plage zu sein, zu betonen, daß ich es ablehne, etwa von denen abzurücken, die eine weiß-blaue Fahne zeigen wollen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Baumgartner und bei einem Teil der CSU.)

Ich lese heute in einer Zeitung, in einer Münchner Zeitung, daß man den bayerischen Kronprinzen bedauern solle und müsse, da diejenigen, die ihn in die Debatte gezerrt hätten, jetzt nichts mehr davon wissen wollen.

(Dr. Baumgartner: Das hat der Preuße Butterjack geschrieben! — Dr. Limmert: „Pfui! Nieder mit den Saupreußen! Wann wird der Preuße gehenkt?“ — Zuruf von der SPD.)

Für meine Person stelle ich fest, daß ich den bayerischen Kronprinzen, den ich sehr hoch verehere, was ich auch hier offen sage,

(bravol!)

meinerseits nicht in die Debatte gezogen habe. Ich erkläre aber ebenso eindeutig, daß ich auch heute nicht von ihm abrücke.

(Dr. Baumgartner: Sehr gut!)

Ich habe keinen Anlaß, das eine oder das andere zu tun.

(Zietsch: Ja, gibt es einen bayerischen Kronprinzen in Bayern? — Albert: Es gibt nur einen Exkronprinzen! — Zuruf von der SPD: Wer ist denn das?)

Hohes Haus! Was darum hier über die monarchische Frage gesagt worden ist, kommt mir vor wie eine Parallele zu dem weltbekannten Stück von Cervantes, zu Don Quichotte. Man hat in Deutschland eine Wand von

Zeitungen errichtet, wie die Scheunenwand von Don Quichotte, und hat auf diese Wand der Zeitungen, auf diese Scheunenwand, das monarchische Gespenst gemalt (jawohl!)

und dann sind diese Ritter von der traurigen Gestalt mit dem Federhalter stürmisch und schneidig darauf losgeritten.

(Stürmischer Beifall bei der CSU und von Dr. Baumgartner und Dr. Rief.)

„Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus.“

(Marr: Sie sollten Dichter werden!)

Dann ein Wort zur Abstimmung über die Bonner Verfassung! Kommt mit dem Nein ein Separatismus zum Ausdruck? Woher und warum diese Empörung und Entrüstung über die angeblich nicht nationale Haltung, weil man von Bayern aus, von dem Kreise meiner Freunde ein Nein zu dieser Verfassung ankündigt? — Hohes Haus! Als andere ein Nein zu dieser Verfassung ankündigten — —

(Stürmischer langanhaltender Beifall bei der CSU und von Dr. Baumgartner, Händeklatschen und Trampeln. — Zuruf: Schumacher!)

als andere zu dieser Verfassung von Hannover aus

(Albert: Das ist ein Unterschied!)

unter dem Kommando Schumachers ein Nein ankündigten — —

(Zuruf: Um Deutschlands willen!)

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter Albert, regen Sie sich doch nicht so auf!

Staatsminister Dr. Hundhammer: Herr Abgeordneter Albert, Ihnen wird heute noch etwas Besonderes von mir gewidmet. —

Als andere von Hannover aus ein Nein zur Verfassung ankündigten, war keine Rede davon, daß damit eine unnationale Handlung begangen würde.

(Lebhafteste Zustimmung bei der CSU.)

Es scheinen sich überhaupt die Fronten merkwürdig verändert zu haben.

(Sehr richtig! — Rübler: Auf Kommando!)

In der Begründung, die heute zur Interpellation gegeben wurde, war von den früheren Nationalisten die Rede. Wenn ich mir heute die Fronten anschau, stehen die Nationalisten nicht mehr extrem rechts, sondern extrem links.

(Stürmischer Beifall bei der CSU und von Dr. Baumgartner. — Endemann: Sie machen Witze! — Marr: Das ist Propaganda! — Zuruf des Abgeordneten Zietsch.)

Mit einigem Interesse erinnere ich mich an Ausführungen, die ich in Bonn bei einer interparteilichen Besprechung über die Bonner Verfassung miterlebt habe. Bei dieser kleinen Besprechung — es mögen ein Duzend führende Persönlichkeiten aus Deutschland an ihr teilgenommen haben — hatte der Herr Ministerpräsident Dr. Ehard den bayerischen Standpunkt formuliert. Darauf begann Herr Carlo Schmid seine Erwiderung mit folgenden Worten: „Aber Herr Dr. Ehard, ich konzediere Ihnen ja, daß Sie auch national sind.“

(Hört! — Heiterkeit bei der CSU.)

(Staatsminister Dr. Gundhammer)

Diese Episode ist ein bezeichnendes Schlaglicht für die Situation, die besteht.

(Marg: Diese Reminiszenz ist auch ein Schlaglicht!)

Hohes Haus! Es gibt allerdings Kreise außerhalb Bayerns, die anscheinend Bayern als unter ihrer Oberhoheit stehend betrachten und immer dann, wenn Bayern einmal eine eigene Entscheidung im Rahmen der ihm zustehenden Kompetenzen fällt, sofort von einer bayerischen Unbotmäßigkeit sprechen und sich gebärden, als wäre es ihre Aufgabe, Bayern zur Ordnung zu rufen.

(Körner: Dabei ist der Kultusminister doch so brav!)

Fragen wir uns einmal: Was ist wirklicher Separatismus? Wer waren in der Geschichte und wo waren in der Geschichte die wirklichen Separatisten?

(Dr. Baumgartner: Die Preußen!)

Diejenigen, die seinerzeit Österreich aus dem Verbande der gesamtdeutschen Gemeinschaft hinausgebrängt haben,

(Dr. Baumgartner: Königgrätz!)

um auf diese Weise die Hegemonie, die Vorherrschaft der Hohenzollern im deutschen Raum aufrichten zu können!

(Dr. Baumgartner: Sehr richtig! — Beifall bei der CSU.)

Diejenigen, die ein Kleindeutschland geschaffen haben! Das waren die Separatisten der Tat.

(Dr. Baumgartner: Das habe ich ja immer gesagt! — Zuruf des Abgeordneten Haas.)

Mit noch einem Wort muß ich auf die Ausführungen zu sprechen kommen, die in der Begründung der Interpellation gemacht worden sind, und darauf antworten. Es betrifft die Persönlichkeiten, die früher in der Bayerischen Volkspartei gewesen sind und die heute so schwer angegriffen wurden. Ich habe zur Bayerischen Volkspartei vor 1933 gehört und bin deren Abgeordneter im Bayerischen Landtag gewesen; ich bekenne mich dazu.

(Beifall bei der CSU.)

Es ist gesagt worden, die Bayerische Volkspartei sei die Vorhut auf dem Marsche nach rechts zum Nationalsozialismus gewesen.

(Jawohl! links.)

Ich bin so klar gegen Hitler, gegen den Nationalismus und gegen den Nationalsozialismus gestanden von seinen ersten Anfängen an bis zu dem Tag, an dem ich ins Konzentrationslager gegangen bin, und habe so deutlich und offen dagegen gesprochen und geschrieben und zuletzt noch, wie es feststeht, den Schießbefehl erwirken wollen, daß ich mir diesen Vorwurf nicht gefallen zu lassen brauche.

(Stürmischer Beifall bei der CSU. — Dr. Stang und Meigner: Wir auch nicht! — Zuruf des Abgeordneten Brunner.)

Ich bin damals klar gegen den Nationalsozialismus gestanden. Ich bin die ganze Zeit mit vielen Freunden aus der Bayerischen Volkspartei aber ebenso deutlich in der Front und in der Abwehr gegen die andere Form des Nationalsozialismus gestanden, die an die Stelle der braunen Farbe die knallrote Farbe setzt, aber denselben Inhalt hat.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Bewahre uns der Herr vor Kreisen, die eine Vorhut nach links zum extremen Radikalismus hin bilden könnten!

(Sehr gut! bei der CSU. — Zuruf des Abgeordneten Gräßler.)

Meine Herren Sozialdemokraten! Jetzt ein Wort zu einem Beispiel dafür, wo auch in Bayern ein wirklicher Separatismus herrscht. Der „Münchner Merkur“ hat am 11. April eine ganze Reihe von Interviews gebracht: „Will Franken los von München?“ Darin war ein ausführliches Interview mit dem Herrn Abgeordneten Martin Albert

(Dr. Baumgartner: Wenn ich das gesagt hätte!) von der SPD zitiert; dieser Text lautet:

Je mehr wir gegen den „Münchner Zentralismus“ anrennen,

— wir rennen gegen den Bonner Zentralismus an —
(sehr gut! bei der CSU)

desto mehr nähern wir uns einem zentral gelenkten Bundesstaat.

(Meigner: Sehr gut!)

Sehen Sie, wir wollen im Grunde nur eine Zentrale, die plant und gesetzgeberisch tätig ist, das soll der Bund sein.

Sie kämpfen gegen den Münchner Zentralismus und wollen bewußt den Bonner Zentralismus.

(Zuruf des Abgeordneten Fischer Wilhelm.)

Die Exekutive soll möglichst weit unten, also bei den Kreis- und Bezirksinstanzen liegen.

(Dr. Körff: Das ist doch richtig!)

Deshalb fordern wir einen gewählten Oberpräsidenten für Franken, der seinen Sitz in Nürnberg haben soll, und drei gewählte Regierungspräsidenten für die fränkischen Regierungsbezirke,

— also das norddeutsche Muster —

die zusammen mit den Landräten die Exekutive in der Hand haben sollen. Wozu brauchen wir

— so sagt der Herr Abgeordnete Albert —

da noch eine Landes- bzw. Staatsregierung?

(Zuruf links: Wassertopf!)

Präzis formuliert:

— ich folge immer der Pressemeldung —

wir wollen die Befugnisse der Länder abbauen und die Legislative dem Bund, die Exekutive den Selbstverwaltungsorganen übertragen.

Nun fragt der Interviewer:

Dann kann man also Ihre „Franken-Kampagne“ als eine Aktion in großem Rahmen ansprechen, die nicht nur spontan einem augenblicklichen Notstand entsprang, sondern auch bestimmten weiter gesteckten Zielen dienen soll.

„Genau das!“ antwortete der Herr Abgeordnete Albert. — Das ist ein wirklicher Separatismus.

(Beifall bei der CSU. — Zurufe von der SPD.)

Meine Herren von der Sozialdemokratischen Partei, nehmen Sie sich bei dieser separatistischen Nase!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und von Dr. Baumgartner: — Haas: Das war eine ausweichende Antwort!)

I. Vizepräsident: Zum Wort hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Scharf. Ich erteile ihm das Wort.

Scharf (FDP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Namens meiner Fraktion habe ich zu den Erklärungen der Staatsregierung zu sagen, daß wir diese nur als ein platonisches Bekenntnis betrachten können. Das ergibt sich aus dem Widerspruch, der darin besteht, daß man zu einer Sache nein sagen will, auf der anderen Seite aber die Rechtsverbindlichkeit dieses Gegenstandes anerkennt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linnert.)

Nicht zuletzt aber ist ja die bayerische Staatsregierung der verlängerte Arm der CSU,

(Kühler: Der ist jetzt kürzer geworden, weil Du nicht mehr dabei bist! — Heiterkeit)

deren innere Krisis ja schon lange bekannt ist. Es ist gar kein Geheimnis mehr, daß gerade über die Bonner Frage keine einheitliche Auffassung in dieser Partei besteht.

(Zurufe. — Dr. Linnert: Habt doch Mitleid mit ihm, laßt ihn doch reden!)

Wenn heute erklärt wurde, daß hier eine einmütige Auffassung innerhalb der CSU-Fraktion bestand, so täuscht das über die tatsächlichen Verhältnisse in dieser Partei nicht hinweg.

(Scheffbeck: Sind Sie gut informiert, Herr Kollege Scharf!)

Es fehlt ihr damit die moralische Berechtigung,

(Zurufe: die Zuständigkeit!)

im Namen des ganzen bayerischen Volkes oder eines überwiegenden Teiles desselben zu sprechen.

(Bösl: Es spricht ja nur die Regierung!)

Der Verantwortung für das Zustandekommen dieses unglücklichen Verfassungswerkes kann sich die CSU nicht entziehen, um so weniger, als sie seinerzeit bei der Delegation zum Parlamentarischen Rat aus ihren eigenen Reihen zwei bekannte Zentralisten mitabgeordnet hat.

(Zuruf: Wer bitte?)

Nun verkennen wir ja absolut nicht, daß das Zustandekommen des Verfassungswerkes wesentlich beeinflusst war durch die Änderung der Politik seitens der Alliierten, die den Pyrrhusieg der englischen Arbeiterpartei mitverursacht hat.

(Fischer Wilhelm: Gut informiert!)

Wir wissen, daß die englische Arbeiterpartei in ihrem eigenen Land bereits heute „abgehaut“ hat. Wir glauben, daß sich unsere Gouvernante in der Belehrung der Demokratie hier wieder einmal ebenso gründlich getäuscht hat, wenn sie annahm, eine Front gegen den Kommunismus zu errichten, indem sie dieser Partei die Unterstützung ließ, wie sie sich seinerzeit in der Mentalität von Moskau getäuscht hat, als sie den Russen die Besetzung weiter Gebiete Deutschlands gestattete. Wenn man heute den anständigen Föderalisten als Landesverräter bezeichnet, so ist das denn doch eine Beleidigung, die über das Maß hinausgeht.

(Zuruf bei der SPD: Es fragt sich bloß, ob es wahr ist!)

Denn Föderalismus hat, wie heute betont wurde, mit Nationalismus wahrlich nichts zu tun.

Wir lehnen dieses Grundgesetz ab, weil es nicht nur die Grundlage für die Errichtung einer Diktatur des Proletariats bildet,

(Heiterkeit bei der SPD. — Dr. Franke: Das ist der beste Witz heute!)

sondern weil wir auch die Rechtsverbindlichkeit dieses Gesetzeswerkes in keiner Weise anerkennen. Damit bringen wir absolut nicht zum Ausdruck, daß wir uns gegen den Befehl der Besatzungsmacht stemmen wollen, sondern das soll nur der Ausdruck dessen sein, was unsere wirkliche Meinung ist.

(Scheffbeck: Sie Schlangenkünstler!)

Wir fordern nicht zuletzt die Abstimmung des gesamten Volkes über diese Sache. Wir fügen uns als Demokraten bestimmt der Mehrheit. Wir können aber nicht anerkennen, daß bei der Abstimmung die Länderzahl maßgebend sein soll; nur die Stimmenzahl der Bevölkerung innerhalb dieser Länder kann entscheidend sein. Es ist doch wahrlich ein großer Unterschied, ob ein Land nur ein paar Millionen Einwohner oder zehn und zwölf Millionen Einwohner zählt. Indem wir dies zum Ausdruck bringen, bekennen wir uns zu einem gesamtdeutschen Reich, bestehend aus selbständigen Ländern; weil wir wissen, daß gerade die Eigenstaatlichkeit der Länder mit die beste Grundlage für den Frieden und für die Freiheit der Bevölkerung ist, die wir alle wünschen.

(Beifall bei der FDP. — Dr. Linnert: Na, schwer war's, aber es ist gegangen!)

I. Vizepräsident: Es folgt der Herr Abgeordnete Dr. Dehler.

Dr. Dehler (FDP): Meine Damen und Herren! Es ist eine der vielen Merkwürdigkeiten der Geschichte, daß heute vor hundert Jahren, am 13. Mai 1849, in Nürnberg auf dem Judenbühl, dem heutigen Markfeld, schwäbische und fränkische Demokraten zusammenkamen und einen Eid auf die in Frankfurt beschlossene und verkündete Reichsverfassung ablegten. Ihr Eid zerbrach zum Teil an den Lanzen der Chevaulegers von Ansbach und von Neumarkt, zum andern Teil an dem Nein der bayerischen Regierung, an dem Nein Max II. und seines übrigens aus Sachsen importierten Ministerpräsidenten Ludwig von der Pforden. Und dieses Nein —, ich meine, es ist zum Unheil der deutschen Geschichte geworden. Dieses Nein, es führte dazu, daß alle demokratischen Hoffnungen, die unser Volk vor 100 Jahren hatte, zunichte, zerschanden wurden. Dieses Nein, das führte dazu, Herr Minister Dr. Hundhammer, daß Österreich sich separierte.

(Dr. Linnert: Sehr richtig! — Starker Beifall bei der FDP und SPD.)

Dieses Nein, das führte nach Königgrätz, das führte nach Sedan, das führte nach Verdun und nach Stalingrad.

(Dr. Linnert: Jawohl! — Wiederholter lebhafter Beifall bei der FDP und SPD.)

Es geht heute nicht — —

(Dr. Hundhammer: Bismarck hat das gewollt!)

— Das ist nicht die Fragestellung, Herr Dr. Hundhammer. Die Fragestellung ist die gewesen und die Fragestellung ist auch heute die: Wollen wir die Demo-

(Dr. Dehler [FDP])

fratie? Wollen wir Deutschland? Das sind zwei Fragen, die unlösbar voneinander sind.

(Sehr gut! links.)

Ich glaube, Herr von Knoeringen hat das doch in einer erschreckenden Weise kundgetan und hat das böse Wort des Herrn Ministerpräsidenten, das geschichtlich unwahre Wort widerlegt, daß die einheitsstaatliche Entwicklung der Weimarer Republik zur Beseitigung der Demokratie geführt habe. Das Gegenteil ist wahr.

(Zuruf von der CSU: Das ist Ihre Ansicht!)

Der Geist von 1849, der sich ja fortsetzte,

(von Knoeringen: bis zum heutigen Tag!)

der Geist, der immer am Ende trotz aller schönen Beteuerungen gegen Deutschland und damit gegen die Demokratie stand, der Geist, der nach den Versailler Verträgen von 1871 mit mühsamen Verkrampfungen auch zur kleindeutschen Lösung nur ein sehr beschränktes, ein sehr verhaltenes Ja sagte, der Geist war von Unheil, und das wollen wir uns, meine ich, vergegenwärtigen. Wir wollen — ich stimme da mit dem Herrn Ministerpräsidenten überein — doch versuchen, aus den geschichtlichen Erfahrungen zu lernen, und nicht wieder das tun, was in diesem Jahrhundert an Fehlern begangen wurde, an trassen Fehlern.

Wer aus der Zeit von 1919 bis 1933 gar nichts lernen will — und Herr Minister Dr. Hundhammer ist einer derer, die die Ohren und die Augen verschließen und nicht die geringste Erkenntnis ziehen wollen.

(Sehr richtig! links.)

Er sagt, er sei doch gegen den Nationalsozialismus von Anfang an bis zum Ende gestanden, und hat nicht das geringste Gefühl dafür, wie seine Partei, wie sein Geist die Bastionen für den Nationalsozialismus geschaffen haben.

(Lebhafte Zustimmung bei der FDP und SPD.)

Raum einer weiß es so gut wie ich. Ich habe es erlebt von 1918 bis 1933, ich glaube, mit aufgeschlossenen Augen. Ich habe es erlebt, wie Hitler seinen Kampf in München begann mit den gleichen Schlagworten, mit den gleichen Beteuerungen, wie sie heute die beiden verantwortlichen Vertreter der —

(Stürmische Entrüstungsrufe von der CSU, wie: Oho! — Unerhört! — Pfui! — Unverschämtheit! — Gemeinheit! — Gegenrufe links und in der Mitte. — Glocke des Präsidenten.)

Ich werde doch wenigstens ausreden dürfen.

I. Vizepräsident: Ich bitte um Ruhe!

(Anhaltender Lärm. — Minutenlange stürmische Zurufe rechts: Pfui! — Hinaus! — Abtreten! — Ministerpräsident Dr. Chard: Ich verlange das Wort! — Dr. Linnert: Lassen Sie den Redner doch ausreden! — Weitere Zurufe rechts: Aufhören! — Fortgesetzt Glocke des Präsidenten.)

Ich bitte um Ruhe!

(Ununterbrochene entrüstete Zurufe und Gegenrufe, in denen die Versuche des Redners, weiterzusprechen, untergehen.)

Dr. Dehler (FDP): Sie müssen doch erst einmal anhören, was ich —

(Zurufe: Aufhören! — Unvermindert anhaltende Äußerungen der Erregung.)

Sie werden doch zum mindesten —

(Glocke des Präsidenten. — Der Präsident kann sich nicht mehr Gehör verschaffen.)

Präsident: Die Sitzung wird unterbrochen.

(Fortdauernder Lärm.)

— Herr Abgeordneter Dr. Dehler, die Sitzung ist auf fünf Minuten unterbrochen. Ich werde mir im Protokoll ansehen, was Sie gesagt haben.

(Die Sitzung wird um 11 Uhr 38 Minuten unterbrochen.)

Um 11 Uhr 50 Minuten erfolgt die Wiederaufnahme der Sitzung.

Präsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Das Haus und sämtliche Zuhörer müssen Bescheid wissen, daß der Präsident vollständig geschäftsordnungsmäßig gehandelt hat: Nach § 73 der Geschäftsordnung kann der Präsident eine Sitzung aufheben, wenn er sich nicht mehr oder nur noch schwer Gehör verschaffen kann. Das habe ich getan. Aber, meine Damen und Herren, es wäre mir lieber gewesen, das wäre nicht notwendig gewesen;

(Sehr gut! links)

denn heute wird die Sitzung im Radio übertragen, und selbst wenn beleidigende Äußerungen gegen Mitglieder der Staatsregierung fallen, dann seien Sie doch so gütig und warten Sie wenigstens ab, was der Präsident tut. Wahrscheinlich hätte er das Richtige getan. Warum denn immer gleich die Aufregung? Das war gar keine Aufregung mehr.

(Widerspruch und Zurufe von der CSU.)

— Ich bitte um Ruhe!

(Zietsch: Jetzt schon wieder Aufregung! Warum denn?)

Warum denn die Aufregung? Das sehe ich gar nicht ein.

(Sehr gut! links. — Zuruf links: Die regen sich nach Kommando auf!)

Ich bitte, meine Damen und Herren, nun ruhig anzuhören, was ich Ihnen zu erklären habe. Dabei muß ich vorsorglich sagen: Verfallen Sie mir nicht wieder in den gleichen Fehler, wenn ich das vorlese, was der Herr Abgeordnete Dr. Dehler gesagt hat, sondern nehmen Sie es jetzt einmal ruhig entgegen und warten Sie ab, was der Präsident und die anderen Stellen dazu sagen! Das möchte ich vorausschicken.

Der Herr Abgeordnete Dr. Dehler hat folgendes ausgeführt:

Wer aus der Zeit von 1919 bis 1933 gar nichts lernen will — und Herr Minister Dr. Hundhammer ist einer derer, die die Ohren und die Augen verschließen und nicht die geringste Erkenntnis ziehen wollen. Er sagt, er sei doch gegen den Nationalsozialismus von Anfang an bis zum Ende gestanden, und hat nicht das geringste Gefühl dafür, wie seine Partei, wie sein Geist die Bastionen für den Nationalsozialismus geschaffen hat. Raum einer weiß es so gut wie ich. Ich habe es erlebt von 1918 bis 1933, ich glaube, mit aufgeschlossenen Augen. Ich habe es erlebt, wie

(Präsident)

Hitler seinen Kampf in München begann mit den gleichen Schlagworten, mit den gleichen Be-
teuerungen, wie sie heute die beiden verantwort-
lichen Vertreter der — —

Jetzt, so sehe ich als Präsident dazu, kann es nur heißen:
Staatsregierung. Aber das ist eine Frage, die Herr Ab-
geordneter Dr. Dehler nachher noch aufklären muß.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Dehler
nach § 76 der Geschäftsordnung für diese beleidigenden
Äußerungen gegenüber Mitgliedern der Staatsregierung
eine Rüge.

Ich bitte nun den Herrn Abgeordneten Dr. Dehler,
sich zu äußern, und dann den Herrn Ministerpräsidenten,
zu der Frage Stellung zu nehmen. Zunächst also Herr
Abgeordneter Dr. Dehler nur zu dieser Frage! Spä-
ter bekommen Sie (zum Abgeordneten Dr. Dehler) das
Wort zur Fortsetzung Ihrer Rede.

Dr. Dehler (FDP): Ich halte mich für einen sehr
friedlichen und gutmütigen Menschen.

(Widersprechender Zuruf rechts.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Dr. Dehler (FDP): Aber es ist mein merkwürdiges
Schicksal, daß ich auf dem Rednerpodium hier und dort
gern Entrüstung hervorrufe.

(Zuruf: Stimmt!)

Möglich, daß ich oft zu Formulierungen greife, die etwas
überspitzt sind. Aber gestatten Sie mir die Versicherung:
Es geht mir — genau so wie den anderen — um die
Entscheidung wichtigster Dinge, und ich habe das Ge-
fühl, sie gehen schief. Deswegen meine Leidenschaftlich-
keit, die wie manchmal über die ratio siegte.

Ich wollte sagen — ich kam ja nicht zu Ende —:
Ich habe ein Spruchband aus dem Hofbräuhausaal aus
den Jahren 1922/23 vor Augen, aus einer Hitlerver-
sammlung; auf dem Spruchband stand: Wir wollen ein
starkes Bayern in einem einigen Reich! Das, was ich
sagen wollte, war: Dieses Schlagwort Hitlers — ein
Schlagwort, das er mißbraucht hat! — entspricht den
Beteuerungen der Herren der bayerischen Regierung.
Hitler gab es vor, ich unterstelle, daß es den Herren der
Staatsregierung ein echtes Bedürfnis ist.

Aber nun folgendes: An den geschichtlichen Fest-
stellungen, die Herr von Kriegering machte und die ich
in kurzen Umrissen aufzuzeigen versuchte, wollte ich dar-
legen: Dieser Kampf gegen das Reich, dieser Kampf
gegen die größere Gemeinschaft, das war gleichzeitig
der Kampf gegen die Demokratie. Das ist die große Ge-
fahr und in diese Gefahr wollen wir nicht wieder
verfallen.

Vollkommen fern lag es mir, einem Mann wie dem
Herrn Ministerpräsidenten oder Herrn Dr. Hundhammer
zu unterstellen, sie hätten nationalsozialistische Tendenzen
verfolgt. Das habe ich vorher ausdrücklich ausgeschlossen.

(Zurufe des Abgeordneten Dr. Stang. —
Unruhe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe.

Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Dr. Chard: Hohes Haus,
meine Damen und Herren! Ich nehme gern Kenntnis

von der Entschuldigung, die der Herr Abgeordnete
Dr. Dehler damit ausgesprochen hat,

(Zietsch: Eine Aufklärung!)

— Erlauben Sie mir, es ist auch eine Entschuldigung.

(Zuruf: Eine Richtigstellung! — Zietsch: Aber
auch eine Aufklärung!)

— Eine Aufklärung, aber gleichzeitig auch eine Ent-
schuldigung; ich muß sie als solche auffassen und so ist sie
auch sicher gemeint. Ich muß aber dazu noch ein paar
Bemerkungen machen.

Das, was so schwerwiegend in dieser Erklärung
des Herrn Abgeordneten Dr. Dehler ist, ist nicht etwa
der Umstand, daß er seine Meinung vertritt und daß er
sie mit scharfen Worten vertritt, sondern, daß er mit
dieser Wendung tatsächlich — so mußte es jeder ver-
stehen — einem ehrlichen Menschen seinen ehrlichen
Willen abspricht.

(Sehr richtig! bei der CSU. — Brunner: Man
hat ihn nicht aussprechen lassen, Herr Präsident!)

— Es ist deutlich genug gewesen!

(Dr. Konff: Nein!)

Und der Herr Abgeordnete Dr. Dehler hat ja auch selber
die Empfindung gehabt, daß es so nicht geht.

Nun sagt er selber, er ist ein gutmütiger Mensch,
er neigt aber dazu, wenn er an das Rednerpult tritt,
überspizte Formulierungen zu gebrauchen. Wir haben
das ja schon wiederholt zu erleben Gelegenheit gehabt.
Ich weiß, weil ich den Herrn Abgeordneten Dr. Dehler —
er ist ja aus meiner Heimatstadt — sehr genau kenne,
daß er es als Mensch hinterher selbst bedauert, wenn er
sich von seinem Temperament fortreißen läßt. Aber ich
glaube, in einer so ernstesten Sache sollte man sich von
seinem Temperament eben nicht dazu fortreißen lassen,
einem ehrlichen Menschen seine ehrliche Überzeugung zu
bezwiefeln.

(Lebhafter Beifall von der CSU.)

Präsident: Ich bitte jetzt auf diese Sache nicht mehr
zurückzukommen, Herr Abgeordneter Dr. Dehler, sondern
in Ihrer Rede fortzufahren.

Dr. Dehler (FDP): Es ist nicht leicht, ohne weiteres
die Dinge wegzuschieben. Eines will ich doch noch sagen.
Aus mir spricht die Angst,

(Stoß: Sorge!)

die Sorge, die größte Sorge. Ich habe das Gefühl,
wir gehen einen unheilvollen Weg. Ich habe das Ge-
fühl: So, wie man hier will, kann man es nicht machen.
Die Haltung der Regierung, der Regierungspartei ist
die: Wir sagen nein zum Grundgesetz, aber wir sagen
ja zu Deutschland, wir sagen ja zum Bund; wenn die
Abstimmung in mindestens zwei Dritteln der Länder
das Grundgesetz bejaht, dann fügen wir uns.

Ich halte diese Einstellung, wenn sie Wirklichkeit
wird, für ein Unglück,

(sehr richtig! links und in der Mitte)

für ein Unglück für Deutschland, für ein Unglück für
Bayern.

(Stoß: Sehr richtig!)

Aus den Reden der Herren, die vor mir sprachen,
klang ja auch ein böses Wort auf, das böse Wort „Zen-
tralist“, so als Inbegriff alles Bösen. Der Herr Mi-

(Dr. Dehler [FDP])

nisterpräsident beschwört uns, an die Ehrlichkeit des anderen zu glauben. Ich habe niemals daran gezweifelt, daß der Herr Ministerpräsident Dr. Ehard ehrlich seinen Standpunkt vertritt. Ich habe nur das Empfinden gehabt und habe die Überzeugung vertreten, daß dieser Standpunkt nicht richtig ist. Ich habe mit allen Mitteln versucht, seinem Standpunkt gerecht zu werden, seine Wünsche des Großen, des Ganzen wegen zu erfüllen. Ich habe es aber für nötig gehalten, dort, wo ich diesen Standpunkt nicht mehr für vertretbar hielt, ihm mit Bestimmtheit, mit Klarheit, oft auch mit Schärfe entgegenzutreten. Aber nicht um der Freude am Kampf willen, sondern wirklich deswegen, weil es um eine säkulare Entscheidung unseres Volkes geht.

(Sehr gut! links und in der Mitte.)

Der kann man nicht mit Halbheiten begegnen.

(Sehr richtig! in der Mitte und links.)

Wenn Sie es so machen, wie Sie es vorhaben, dann entziehen Sie sich nach meiner Überzeugung der historischen Verantwortung.

(Dr. Sinnert: Richtig! — Sehr gut! bei der FDP und SPD.)

Ich frage Sie, meine Herren von der CSU, und ich frage Sie, meine Herren vom Regierungstisch: Wie würden Sie handeln, wenn Sie wüßten, daß die Frage des Bundes von Ihrer Stimme abhinge?

(Sehr gut! links.)

Würden Sie auch dann nein sagen? Würden Sie die Verantwortung vor der Geschichte tragen, daß das Grundgesetz scheitert? Beantworten Sie mir diese Frage!

(Michel: Was hätte Schumacher dazu gesagt?)

— Wenn Sie wollen, gehe ich auch auf dieses Problem ein. Ich kann nichts dafür, daß es in Deutschland zu wenig Demokraten meiner Art gibt und daß es zuviel Sozialdemokraten und zuviel christliche Demokraten gibt. Ich bin in Bonn einen ehrlichen Weg gegangen. Wir haben nicht gefehlt, wir haben nicht gesündigt an dem Schicksal unseres Volkes; die anderen haben gesündigt.

(Zuruf von der CSU: Wer denn?)

— Wenn Sie wollen, zeige ich Ihnen die Entwicklung der Dinge auf. Ich war immer ein ehrlicher Makler, der versucht hat, die Dinge zu bereinigen. Ich werde versuchen, auf einige Fragen, die noch strittig sind, einzugehen. Die Dinge hatten sich am Ende unheilvoll verkrampft. Die Schuld? Ich weiß nicht, ob nicht München nachdenken muß, inwieweit hier gefehlt wurde. Wenn es einen Sieger von Bonn gibt — meine Damen und Herren, vergessen Sie das nicht —, dann ist es Herr Ministerpräsident Dr. Ehard, ein Mann, der den größten Erfolg durch die Klarheit seiner Konzeption und durch die Bestimmtheit seines Willens erreichte. Wenn jemand dem Grundgesetz von Bonn den Stempel aufdrückte, dann er; nicht zu 100 Prozent, aber zu 95 Prozent, und deswegen ist es nicht möglich, daß er nein sagt.

Es ergab sich am Ende eine Verkrampfung, die niemand mehr bedauert als ich. Die Verhandlungen in Bonn standen von Anfang an unter der Frage: Wie können wir den bayerischen Wünschen Rechnung tragen?

(Zuruf des Abgeordneten Michel.)

Man wollte, wie mein Freund Heuß es ausdrückte, keinesfalls Bayern vermachen.

(Stoß: Sehr gut!)

Die Möglichkeit, daß ein Bund entsteht, zu dem Bayern nein sagt, war für uns die große Gefahr, der wir begegnen wollten. Die Sozialdemokraten in Bonn haben mit größter Verantwortlichkeit ihre Wünsche zurückgestellt und sind den Wünschen der bayerischen Regierung entgegengekommen.

(Widerspruch von der CSU und Zuruf: Hannover!)

Es kam dann ein politisches Stadium der Reaktion. Ich will hier in diesem Rahmen nicht auf das sehr verhängnisvolle Eingreifen der Militärregierungen eingehen, die nach meiner Meinung denkbar unglücklich taktiert haben.

(Stoß: Sehr gut!)

Aber es kam ein psychologischer Augenblick, wo mit einem Mal die Sozialdemokraten nicht mehr mitmachen konnten, nicht mehr mitmachen wollten.

(Stoß: Konnten!)

— Ja, Herr Kollege Stoß, ich will nicht darüber rechten. Das Unheil von Bonn waren ja die Einflüsse von außen, von München, von der Militärregierung, von den Kirchen, so daß am Ende nicht mehr die Verantwortlichkeit der einzelnen Abgeordneten entscheidend war, sondern die Weisung, der sie unterlagen.

(Staatsminister Dr. Müller: Es wurde nirgends eine Weisung erteilt.)

Dann kam die Reaktion von Hannover. Man hatte dort das Gefühl, man sei zu weit gegangen. Man hatte das Gefühl, Bayern habe keinen guten Willen, man könne Bayern noch so viel zugestehen, am Ende sage es doch nein, und, Herr Ministerpräsident Dr. Ehard, ich sage es ehrlich: Das war auch das beklemmende Gefühl, das ich am Ende hatte. Wir haben darüber einen Briefwechsel geführt. Sie waren mir gram, daß ich auf einer Versammlung einmal sagte, daß Ihre Konzeption am Ende eine andere war, als die, von der Bonn ausging. Sie hatten in der Öffentlichkeit, in einer Versammlung in München, erklärt: Es dürfe keine deutsche Nationalversammlung mehr geben; also nicht mehr das deutsche Volk dürfe über die Frage des Bundes abstimmen, sondern das dürfe nur eine Sache der Regierungen der Länder sein. Hier scheiden sich die Wege. Was Herr Minister Dr. Hundhammer heute ausführte, das war immer noch dieser Standpunkt, und er glaubt, sich dafür auf den Art. 178 der Bayerischen Verfassung berufen zu können. Diese Sache muß bereinigt werden. Ich habe mit meinen Freunden gegen die Bayerische Verfassung in erster Linie wegen dieses Artikels gestimmt. Ich habe schon in der Bayerischen Versammlung den Standpunkt vertreten: Deutschland ist nicht zerfallen, Deutschland besteht noch als Staat, Deutschland hat durch die bedingungslose Kapitulation an seinem Charakter als Staat, an dem Charakter indelebilis des deutschen Staates nichts geändert.

(Scheffed: Und die Staatsorgane?)

— Sehr richtig, Herr Kollege Scheffed! Dieser Staat war desorganisiert und mußte neu organisiert werden. Es war ein Rechtsirrtum der Bayerischen Verfassung, ein kodifizierter Rechtsirrtum, anzunehmen,

(Dr. Dehler [FDP])

man könne das, was wir früher „Reich“ nannten, durch einen Vertrag der Länderregierungen wieder schaffen. Ich will nicht auf die beschämende Tatsache hinweisen, daß die Militärregierung für Bayern mit ihrem Brief vom Oktober 1946 diesen Rechtsirrtum nicht anerkannt hat. Ich flehe Sie an: Distanzieren Sie sich von diesem Irrtum, der nicht nur ein Rechtsirrtum, sondern ein politischer Irrtum ist. Es ist nicht wahr, daß Deutschland nicht mehr besteht. Deutschland ist nur neu zu organisieren, und den Auftrag zu dieser Neuorganisation hat das deutsche Volk, das deutsche Staatsvolk als Träger der deutschen Souveränität. Nur von diesem Ausgangspunkt können Sie an die Frage herangehen.

(Beifall bei der FDP. — Voriz: Das Volk, nicht die Abgeordneten!)

— Da bin ich weitgehend mit Ihnen einer Meinung, und habe diesen Standpunkt auch in Bonn vertreten. Mir gefällt es in keiner Weise, daß die Landtage über diese Schicksalsfrage des deutschen Volkes entscheiden.

(Brunner: Sehr richtig!)

Ich habe mit Leidenschaft dafür gekämpft, daß dieses Grundgesetz wenigstens seine Sanktion durch das deutsche Volk erhält. Ich weiß nicht, ob die Vertreter der CSU in Bonn für meinen Antrag waren.

(Dr. von Brittwitz und Gaffron: Es ist ja nur ein Provisorium!)

— Das ist eine Täuschung, Herr Kollege Dr. von Brittwitz, es ist kein Provisorium. Sie wissen, das Provisorische wird das Endgültige werden.

(Haußleiter: Es muß eines bleiben!)

Das Grundgesetz ist der Start. — Gut, es wird einmal geändert werden. Aber was wissen wir? Wir beginnen in dieser Form wieder unser staatliches Leben. Zu dieser Verfassung sollte unser Volk ja sagen, nicht nur wegen der Art der Organisation, sondern auch wegen der demokratischen Grundsätze, die in ihr ihren Niederschlag gefunden haben, Grundsätze, die uns absetzen sollen von der Zeit hinter uns. Das Bekenntnis zu den Freiheits- und Menschenheitsrechten, die in dieser Verfassung niedergelegt sind, sollte das Volk abgeben, nicht die Landtage, die immerhin nach meiner Meinung in ihrer Zusammensetzung und damit in ihrer Kompetenz reichlich fragwürdig geworden sind. Ich sage: Ausgangspunkt ist die Rechtsstatute, daß wir die Aufgabe haben, das desorganisierte deutsche Volk im Rahmen des Möglichen wieder zu organisieren. Das, meine Damen und Herren, ist auch eine eminent politische Aufgabe. Wir können nicht wollen, daß wir wieder dort anfangen, wo wir 1849 aufgehört haben. Deswegen mein geschichtlicher Rückblick.

Wir können doch das, was in einem Jahrhundert geschah, nicht auslöschen. Wir können die Blutgemeinschaft aller deutschen Stämme auf den Schlachtfeldern nicht verneinen. Mögen wir zu diesen Kriegen, zu ihrer Berechtigung oder Nichtberechtigung stehen, wie wir wollen —: Ausgangspunkt unserer politischen Entwicklung auch in diesem Augenblick muß unser deutsches Volk und muß das Schicksal unseres deutschen Volkes sein. Wir haben Aufgaben vor uns, wenn wir die großen weltpolitischen Zusammenhänge sehen, wie kaum einmal in der Geschichte. Wir müssen mit allen Mitteln

versuchen, daß unser Volk handlungsfähig wird. Clay hat kürzlich einmal das merkwürdige Wort geprägt: Es sei sonderbar, daß man dem deutschen Volk das Ende der Militärgouverneure gewissermaßen aufzwingen müßte. Oder so ähnlich! So ist es doch. Das, was hier geschehen soll, ist ein wesentlicher Schritt dazu, daß das deutsche Volk handlungsfähig wird, daß es auftreten kann, daß es bei der Frage der Anwendung des Ruhrstatuts und des Marshall-Plans mitwirken kann, daß wir unserem deutschen Volk den Ausgang in die Welt schaffen, damit es leben kann,

(Stoß: sehr richtig! — Beifall links und in der Mitte)

daß das, was die deutschen Menschen durch ihre Arbeit fertigen, in die Welt hinausgehen kann, damit wir aus diesem Elend herauskommen. Dazu kann man nicht nein sagen, kann man in keiner Form nein sagen.

Ich beschwöre Sie, meine Herren von der CSU, lassen Sie sich nicht irgend etwas vormachen! Ich will damit nicht etwas Böses sagen. Versuchen Sie wenigstens, von sich aus diesen Dingen nahezu kommen! Ich habe die Überzeugung — es geht mir wirklich hier nicht um parteipolitische Vorwürfe oder um Vorteile für mich oder meine Gruppe, das liegt mir so ferne — und das beklemmende Gefühl — deswegen schreie ich manchmal auf —, daß hier ein Fehler gemacht wird, den Sie nicht mehr rückgängig machen können.

(Huth: Freuen Sie sich doch, daß Sie diese große Errungenschaft für sich in Anspruch nehmen können!)

— Nein, das will ich nicht. Es geht hier nicht um mich, es geht auch nicht um den Landtag oder um das Ansehen des Landtags, sondern es geht um eine deutsche Schicksalsentscheidung. Hier dürfen Sie sich nicht mit leichten Erwägungen über die Dinge hinwegsetzen. Wir wollen — das ist die andere Seite der Sache — eine neue deutsche Demokratie schaffen, eine deutsche Demokratie, die zwangsläufig ihren Niederschlag im Bund hat. Lesen Sie das Grundgesetz, das mit der Anrufung Gottes beginnt und das alle Rechte, die uns heilig sind, verkündet!

(Huth: Alle Gewalt, Herr Dr. Dehler, geht vom Volke aus!)

— Ich werde auf diese Frage eingehen. Diese Verfassung bekennt sich zu allem, was Ihnen und uns, die wir die Dinge anders sehen, heilig sein muß. Dazu wollen Sie nein sagen? Sie wollen glauben, daß das bayerische Volk in einem Bund, in einer Gemeinschaft leben kann, zu dem die verantwortlichen Männer, nämlich der Landtag und die Regierung, nein gesagt haben?

(Widerspruch.)

— Sie haben schon nein gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. von Brittwitz und Gaffron.)

— Aus einem ganz anderen Grund, Herr Dr. von Brittwitz und Gaffron?

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Linnert und Rübner.)

Nein, aus dem gleichen Grund, weshalb ich heute hier stehe, nämlich weil diese Bayerische Verfassung ein großer Irrtum war, weil diese Verfassung in dem Art. 178, der heute wieder beschworen wird, einen politischen und staatsrechtlichen Irrtum niederlegte, der verhängnisvoll wurde, weil in dieser Verfassung nicht das

(Dr. Dehler [FDP])

Bekenntnis enthalten war, daß Bayern ein Glied des deutschen Volkes ist, so wie wir es in unseren Anträgen damals vertreten hatten. Herr Kollege Dr. von Pittwiz, Sie brauchen nicht mit den Fingern drehen, das Bekenntnis, das ich ablege, ist eindeutig und klar. Ich habe nichts zu verbergen.

Glauben Sie wirklich — deswegen habe ich und hat Herr von Knoeringen an die Erfahrungen nach Weimar angeknüpft —, daß so etwas wie ein deutscher demokratischer Sinn aus der Verneinung, aus der Distanzierung heraus erwachsen kann? Sie führen doch Bayern wieder einen abseitigen Weg, zum mindesten einen Weg, der abführt vom Wesentlichen, der abführt von der Gemeinschaft mit den anderen deutschen Menschen, einen Weg, der nach meiner Meinung — das ist meine Sorge — abführt von dem, was sich uns an Werten in der Vorstellung der Demokratie darstellt.

Bestehen nun wirklich hinreichende Gründe; zu diesem Grundgesetz nein zu sagen? Als einer der Mitverantwortlichen muß ich mich dazu wohl äußern. Sind die Dinge so wichtig, daß man zu diesem Grundgesetz nein sagen muß? Meine Damen und Herren, glauben Sie mir: Auch ich habe erhebliche Bedenken gegen dieses Grundgesetz. Ich bin mit Vorstellungen nach Bonn gegangen, die sich nicht verwirklicht haben. Ich sehe auch Gefahren in der Art des Aufbaus der Organe dieses Bundes. Mein Wunsch, eine Präsidialdemokratie zu schaffen, dem Bund eine wirkliche Spitze zu geben, die den Bund handlungsfähig macht, die ihn den Tücken und Wirren des Parlamentarismus entzieht, hat sich nicht erfüllt. Mein Antrag, eine Regierung auf Zeit nach bayerischem Muster zu schaffen — ich habe insoweit auch hinzugelernt in den letzten Jahren — ist abgelehnt worden. Meine Hoffnung, einen Senat auch als ein bündisches Organ zu schaffen, ist nicht erfüllt worden.

(Stoß: Warum? Das müssen Sie auch sagen!)

— Ich will das gar nicht sagen. Ich gönne dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Ehard diesen Erfolg, den er für seine Sache buchen konnte. Es sind in dieser Fassung Bestimmungen über Sozialisierung, über die Behandlung des Eigentums enthalten, die von meinem wirtschaftspolitischen Standpunkt aus überaus bedauerlich sind. Ich war einmal eine Zeitlang geneigt, diese Bedenken sehr wichtig zu nehmen und nein zu sagen, zu sagen: Ich tue nicht mehr mit, auch angesichts des Drucks, der von seiten der Alliierten auf uns lastete und die Gefahr heraufzubeschwören drohte, daß unser Werk von vornherein entwertet ist. Da hatten wir eine Sitzung, auf der ein Parteifreund aus Süd-Württemberg — ich nenne seinen Namen, es ist der Wirtschaftsminister Wildermuth, also nicht der erste Beste, der Verteidiger von Calais, der sich nicht zu schämen braucht, daß er das Ritterkreuz hat — zu mir sagte: Ihre Überzeugung in Ehren; im Grundgesetz kann stehen, was will, Sie müssen das Grundgesetz annehmen um Deutschlands willen und vor allem auch um unsern Willen! Vergessen Sie das nicht, meine Damen und Herren, es gibt eine französisch besetzte Zone, es gibt Menschen, denen es erheblich schlechter als uns geht, es gibt Menschen, die die große Sorge haben, daß dann, wenn das Grundgesetz scheitern könnte, dieser schlechte Zustand sich verewigen und noch verschlechtern würde. Tragen Sie diese

Verantwortung? Wollen Sie trotzdem nein sagen? Ich frage noch einmal: Wollen Sie nein sagen, auch wenn es auf Sie anläge? Diese Frage müssen Sie mir beantworten! Zürnen Sie mir nicht, wenn ich Ihnen sage:

Und handeln sollst Du stets, als hinge von Dir und Deinem Tun allein das Schicksal ab der deutschen Dinge und die Verantwortung sei Dein!

Denken Sie an dieses Wort, wenn Sie abstimmen!

(Huth: Daran hätten Sie früher denken müssen!)

— Ich habe immer daran gedacht. Ich nehme für mich in Anspruch, daß ich in Bonn mich bemüht habe, bis zum äußersten dem bayerischen Standpunkt Rechnung zu tragen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Laforet.)

— Herr Kollege Dr. Laforet, da können Sie nicht nein sagen; Sie sind Politiker genug, um zu wissen, wie schwer es oft in der Demokratie ist. Es war eine merkwürdige Konstellation in Bonn, daß unsere kleine Gruppe entscheidend war; es waren genau so viele CDU/CSU-Leute auf der einen Seite wie SPD-Leute auf der anderen Seite. Auf uns ist es in sehr vielen Fällen angekommen. Wir mußten in uns um die richtige Entscheidung ringen. Am Ende hat man sich mühselig auf Kompromisse geeinigt. Aus diesen Kompromissen konnte man sich nur herauslösen, wenn beide Teile einverstanden waren. Die Dinge waren so — ich brauche nichts zu verbergen —: Ich habe noch in den letzten Tagen den Sozialdemokraten gesagt: Seid Ihr damit einverstanden, daß wir Demokraten in diesem und jenem Punkt gegen das Kompromiß mit der CDU/CSU stimmen? Die SPD sagte: Reinesfalls! Das Kompromiß gilt! Wird es gebrochen, tun wir nicht mehr mit. So war es.

(Hört, hört! und Zurufe.)

— Lassen Sie mich zu Ende reden! Das sind Dinge, die einen quälen.

(Zuruf: Ein sauberer Kuhhandel war das in Bonn!)

— Damit muß sich unser Volk abfinden, daß die Demokratie ein mühsames Werk ist, daß es darauf ankommt, sich in schweren Verhandlungen zusammenzufinden. Die Männer, die nach Bonn kamen, sind dort mit ganz verschiedenen Anschauungen erschienen. Die Sozialdemokratie hat bestimmt erheblich andere Wünsche gehabt, als sie jetzt im Grundgesetz erfüllt sind.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Keine einzige sozialpolitische Forderung, die der SPD am Herzen lag, ist erfüllt, und ich denke an einen Augenblick im Hauptausschuß, als die Kommunisten in ziemlich raffinierter Weise sozialpolitische Forderungen stellten, die den Herren von der SPD aus dem Herzen gesprochen waren, und als diese trotzdem nein sagten. Sie haben sich von der kommunistischen Hege abgesetzt. Und warum? Weil es ihnen darum ging, zu einem Ergebnis zu kommen, sich mit Gewalt zusammenzufinden.

(Stoß: Weil es um Deutschland ging!)

Das erwarte ich auch von Ihnen, meine Damen und Herren! Wenn Ihnen auch vieles nicht gefällt, so ist das doch kein Grund, nein zu sagen.

(Beifall bei der FDP und SPD.)

Es ist kein Grund, all das, was jetzt entsteht, von vornherein zur Ohnmacht zu verurteilen. Ich glaube nicht an

(Dr. Dehler [FDP])

das Wiedererstehen der deutschen Demokratie, wenn ihr Start so aussieht, wie Sie sich ihn jetzt vorstellen, wenn er unter dem Fluch — und es wird ein Fluch sein, meine Damen und Herren! — Ihres Nein steht.

Der Herr Ministerpräsident hat die Gründe, die ihn zu einer starken Kritik am Grundgesetz bestimmen, vorhin gekennzeichnet. Bei dem meisten gebe ich ihm recht; es sind das Bestimmungen, die auch ich bedauere. Es war nur auf die Verkrampfung, von der ich schon berichtete, zurückzuführen, daß es nicht möglich war, darüber hinwegzukommen. Aber diese Bestimmungen sind nicht von einer derartigen Tragweite, daß Sie deshalb das Grundgesetz abzulehnen bräuchten.

Das Grundgesetz ist föderalistisch. Wir haben einen Bund geschaffen — ich unterstreiche da, was Herr von Kriegering gesagt hat —, der den Ländern mehr Rechte gibt als die Weimarer Verfassung. Ich glaube, in keinem Bundesstaat der Welt gibt es so etwas wie den Bundesrat. Schauen Sie alle Bundesstaaten an, von Amerika bis zur Sowjetunion, es gibt keinen Bundesstaat, in dem die Länder an der Willensbildung des Gesamtstaates, des Bundes, beteiligt sind. Der Bundesrat ist eine typische deutsche Vorstellung von einem Bund. In der Schweiz oder in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gibt es keine Wirkung der Länderregierungen auf den Bund. Das ist gar nicht vorstellbar.

(Vorig: Ständerat! — Dr. Linnert: Der Ständerat wird gewählt!)

— Der Ständerat besteht aus gewählten Vertretern, nicht aus Vertretern der Regierungen der Kantone, Herr Kollege Vorig, und das ist das Entscheidende. Wir haben den Bundesrat zugestanden ausschließlich Bayerns wegen, ausschließlich auf den Wunsch des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Ehard hin. Es war eine geschichtliche Stunde, in der sich die SPD dazu bereit erklärt hat, um den bayerischen Wünschen Rechnung zu tragen.

(Stoß: Sehr richtig!)

Nun sagt der Herr Ministerpräsident, man hätte noch weiter gehen müssen. Ursprünglich waren auch dem Bundesrat weitere Kompetenzen zugestanden. Seine Zustimmung zu wichtigen Gesetzen war erforderlich. Es entsprach das auch durchaus meinen Vorstellungen. Es war auch mein Wunsch, daß der Bundesrat bei allen Gesetzen über die Sozialisierung und die Energiewirtschaft, auch bei allen Gesetzen über die Steuern das Zustimmungsrecht haben sollte. Es war nur eine Folge der Komplikationen, von denen ich vorhin gesprochen habe, daß man beiderseits nachgeben mußte und so dieses Zustimmungsrecht des Bundesrats abgeschwächt wurde. Ich habe das mit wehem Herzen mit angesehen. Das ist aber kein Grund, deshalb — einiger Zentimeter wegen, um mit Ihnen zu sprechen, Herr Ministerpräsident! — nein zu sagen.

(Zuruf von der CDU: Es ist aber ein halber Meter daraus geworden.)

Das ändert den Grundcharakter des Grundgesetzes in keiner Weise.

Es war eine unheilvolle Folge der Besprechungen mit den Militärgouverneuren in Frankfurt vor 3 Wochen, daß das Dotationsystem in das Grundgesetz hineinkam. Ich weiß nicht, ob die Herren diese Bestimmung schon im einzelnen kennen. Vielleicht darf ich sie Ihnen zur Kenntnis bringen, damit Sie sich von der

Ungefährlichkeit dieser Bestimmung, mit deren Streichung ich ohne weiteres einverstanden gewesen wäre, überzeugen können. Es heißt:

Der Bund kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrats bedarf, einen Teil der Einkommen- und Körperschaftsteuer zur Deckung seiner durch andere Einkünfte nicht gedeckten Ausgaben, insbesondere zur Deckung von Zuschüssen, welche Ländern zur Deckung von Ausgaben auf dem Gebiet des Schulwesens, des Gesundheitswesens und des Wohlfahrtswesens zu gewähren sind, in Anspruch nehmen.

Um die Leistungsfähigkeit auch der steuer schwachen Länder zu sichern und eine unterschiedliche Belastung der Länder mit Ausgaben auszugleichen, kann der Bund Zuschüsse gewähren und die Mittel hierfür bestimmten, den Ländern zufließenden Steuern entnehmen. Durch Bundesgesetz, welches der Zustimmung des Bundesrats bedarf, wird bestimmt, welche Steuern hierbei herangezogen werden und mit welchen Beträgen und nach welchem Schlüssel die Zuschüsse an die ausgleichsberechtigten Länder verteilt werden. Die Zuschüsse sind den Ländern unmittelbar zu überweisen.

Diese Bestimmung entspricht im wesentlichen den Wünschen der Alliierten. Der Bund soll die Möglichkeit haben, jedoch nur mit Zustimmung des Bundesrats, also der Mehrheit der Länder, beziehungsweise der Mehrheit der Länderstimmen, zu sagen: Es treten auf bestimmten Gebieten, besonders im Schulwesen, im Gesundheitswesen, in der allgemeinen Wohlfahrt in bestimmten Ländern bestimmte Bedürfnisse auf und dafür werden aus den Steuern der Länder, der Einkommen- und Körperschaftsteuer, bestimmte Quoten den Ländern zum Zwecke des Lastenausgleichs zugewiesen. Ich sehe darin keine Gefahr, wenn diese Lösung auch vom bayerischen Standpunkt aus nicht schön ist.

(Zurufe rechts.)

Die Dinge sind heute vom Herrn Ministerpräsidenten angerührt worden! — Die Ereignisse eilen, jede Minute war kostbar. Man muß die Dinge in der richtigen Perspektive sehen.

Die Verteilung der Steuerquellen ist nicht besonders glücklich, wenn die Umsatzsteuer, die im wesentlichen eine stabile Steuer ist, beim Bund liegt, die Einkommen- und Körperschaftsteuer dagegen, die von Krisen leicht beeinflusst werden, bei den Ländern. Irgendwo mußte aber eine Grenze gezogen werden. Ich sehe aber auch hierin keine ernste Gefahr; denn der Bund ist doch nichts Feindseliges, ist nichts, was uns gegnerisch wäre. Der Bund sind doch auch wir.

(Dr. Linnert: Sehr richtig!)

Ich habe das Gefühl: Bei Ihnen überwiegt das Mißtrauen, Sie sehen nur die Gefahren.

(Zillibiller: Wir haben unsere Erfahrungen mit Frankfurt. — Dr. Baumgartner: Wir haben Erfahrungen, Herr Kollege!)

Ich habe, als die Frage des Bundesitzes erörtert wurde, aus diesem Grunde angeregt, man sollte den Sitz des Bundes nach Bayern legen, nach Bamberg, in die Heimat des Herrn Ministerpräsidenten und meine Heimat, damit das Gefühl der Fremde zwischen der Gemeinschaft und uns aufhört. Ich habe leider Gottes keine Gegenliebe dafür gefunden.

(Dr. Dehler [FDP])

Wenn wir aber diesen Bund nicht bejahen und nicht im Herzen tragen, wenn wir ihn als etwas Feindseliges erachten, dann trägt das Grundgesetz, mag es so oder anders angenommen werden, den Keim der Zersetzung in sich. Mir liegt daran, daß Sie erkennen: Die Bedenken, die vorgetragen werden, rechtfertigen kein Nein. Ich wäre damit einverstanden gewesen, daß die Verwaltung der Umsatzsteuer im Auftrag den Ländern gegeben wird, was an sich notwendig ist; denn die Veranlagung der Umsatz-, der Einkommen-, der Körperschafts- und Vermögensteuer muß in einer Hand liegen. Nehmen Sie aber doch nicht so wichtig, was hier auf dem Papier steht! In der Praxis muß das so geschehen: Da die wesentlichen Steuern bei den Ländern liegen, die Einkommensteuer, die Körperschaftssteuer, die Vermögensteuer, muß der gleiche Beamte auch die Umsatzsteuer veranlagern. Das ist anders gar nicht denkbar. Wenn diese Konzession in Wirklichkeit nicht in das Grundgesetz hereinkam, so infolge der Überstürzung der Dinge und der Verkrampfung der Fronten; stoßen Sie sich nicht daran! Glauben Sie an die Kraft des Faktischen, das sich durchsetzen wird! Glauben Sie an den guten Willen der anderen!

Bei der Frage, ob das Grundgesetz föderal genug ist oder nicht, vergessen Sie nicht, wie weit, ganz abgesehen von der Einrichtung des Bundesrats, die Regelung der Verwaltung den Ländern entgegenkommt! Die gesamten Verwaltungsaufgaben, die innere Verwaltung, die Polizeiverwaltung, die Verwaltung der Kirchen- und Schulangelegenheiten, die Justizverwaltung liegen bei den Ländern. Es gibt in den Ländern keine Bundesbeamten, abgesehen von der Finanzverwaltung.

(Teilweiser Widerspruch. — Zuruf von der CSU:

Die ist aber die Hauptsache!)

— Ich komme auf Ihre Bedenken zurück. Das Grundgesetz geht von der Vermutung aus, daß die Länder ihr eigenstaatliches Leben haben und daß der Bund nur ganz ausnahmsweise diese Rechte zurückdrängt. Es gibt in Bayern in der ganzen inneren Verwaltung keinen Bundesbeamten. Es gibt auf dem Gebiete des Kirchen- und Schulwesens und auch im Polizeiwesen keinen Bundesbeamten. Es gibt auch keinen Bundesrichter. Wir sind im Gegensatz zur Weimarer Verfassung so weit gegangen, daß auch die Finanzgerichte Ländergerichte sind. Es gibt dann nur über den Ländern die zusammenfassenden Bundesgerichte.

(Zuruf des Abgeordneten Huth.)

Ich wollte nur kurz darstellen, wie sehr wir diesen Bund föderalistisch fundiert haben. Sehen Sie nicht die kleinen Schönheitsfehler, sondern sehen Sie die Gesamtstruktur, zu der Sie nach meiner Meinung ja sagen können!

(Zurufe.)

Nun ist eine etwas weniger schöne Bestimmung im Grundgesetz, die dem Bund die Möglichkeit gibt, in besonderen Fällen, bei besonders wichtigen Anlässen mittlere und untere Behörden des Bundes in den Ländern zu errichten, eine anscheinend unheilvolle Bestimmung.

(Zuruf von der CSU: Das ist der Pferdefuß!)

— Nein! Wenn ich Ihnen die Entstehungsgeschichte aufzeigen würde, würden Sie erkennen, wie wenig verhäng-

lich diese Bestimmung im Grunde ist. Ich hätte unbedingt gegen sie gestimmt, wenn sie nicht auch bei den Schlußabstimmungen durch das Kompromiß festgelegt worden wäre. Die Dinge sind aber so verknäult, daß Sie eine Gefahr für das eigenstaatliche Leben keinesfalls daraus folgern können. Die Einrichtung dieser Behörden kann nur erfolgen bei wichtigen Anlässen aus ganz dringenden Gründen. Praktisch ist sie kaum vorstellbar. Sie kann auch nur geschehen, wenn sich sowohl im Bundestag als im Bundesrat die Mehrheit der Stimmen dafür ausspricht.

Ich will es mir ersparen, auf alle anderen technischen Einzelheiten einzugehen. Ich beteuere Ihnen: ich habe mich in Bonn als Sachwalter der bayerischen Belange gefühlt.

(Zurufe.)

Keine Bestimmung enthält das Grundgesetz, die ein Nein rechtfertigen könnte. Etwas hat mich betroffen gemacht, nämlich daß die bayerische Staatsregierung in ihren letzten Vorschlägen und auch noch in den heutigen Erklärungen zum Ausdruck bringt, sie nehme daran Anstoß, daß im Grundgesetz das Reichskonkordat und das Elternrecht nicht hinreichend fundiert seien. Wir haben aber doch unsere Bayerische Verfassung, die in ihrem Bestand durch das Grundgesetz nicht berührt wird, weder hinsichtlich der Grundrechte noch auch hinsichtlich der Vorschriften für Kirche und Schule. In der Bayerischen Verfassung aber ist das Bayerische Konkordat aufrechterhalten, ist das Elternrecht festgelegt und ist die Form der Konfessionsschule sichergestellt. Die Regelung, die das Grundgesetz in den kirchen- und schulpolitischen Fragen trifft, berührt diese Rechte in Bayern nicht. Ich frage also: Warum nimmt die bayerische Staatsregierung das Reichskonkordat und das Elternrecht zum Anlaß, ihr Nein zu begründen, obwohl diese Fragen für Bayern ohne Bedeutung sind?

(Marr: Das ist schwer zu erraten!)

Hier komme ich nicht mit. Ich will keinen Verdacht äußern. Ich hatte, als ich zum erstenmal in Bonn von diesen Dingen las und ihre Wirkung auf den anderen Teil des Hauses, auf die Sozialdemokraten, beobachtete — diese Forderungen schlossen jede Vergleichsgeneigntheit aus —, das Gefühl, daß hier der hinreichende gute Wille fehlt.

Dieses Gefühl aber, meine Damen und Herren, dürfen Sie nicht aufkommen lassen. Der Herr Ministerpräsident hat seinen guten Willen beteuert. Ich spreche ihm diesen nicht ab. Ich denke auch nicht daran, Sie, meine Damen und Herren, irgendwie zu beschuldigen, Sie wären bösen Willens. Ich kann nur das eine tun, Sie zu beschwören: Sehen Sie die Frage in dem großen Zusammenhang der deutschen Geschichte, sehen Sie sie im Zusammenhang mit der schauerlichen Lage des deutschen Volkes zu den Mächten der Welt, erkennen Sie die Verantwortung, die jeder Deutsche hat! Und wenn Sie das bedenken, dann gibt es keinen, aber auch gar keinen Grund, aus dem Sie zu diesem Grundgesetz nein sagen könnten.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und SPD.)

Präsident: Ich schlage dem hohen Hause vor, die Sitzung jetzt zu unterbrechen und sie um 1/2 3 Uhr oder 3 Uhr fortzusetzen.

(Zurufe: 1/2 3 Uhr!)

(Präsident)

Fortsetzung der Sitzung also pünktlich um 1/2 3 Uhr!
(Die Sitzung wird um 12 Uhr 37 Minuten unterbrochen.)

Die Sitzung wird um 14 Uhr 37 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher wieder aufgenommen.

Präsident: Die Sitzung ist wieder eröffnet. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Baumgartner.

Dr. Baumgartner (FDP): Meine Damen und Herren! Ich werde Ihnen keine aufgesetzte Rede verlesen, sondern hauptsächlich zu den Punkten Stellung nehmen, die heute vormittag behandelt worden sind. Lassen Sie mich zunächst einiges zur Interpellation sagen!

Mit keinem einzigen Wort und an keinem Ort habe ich irgendwann einmal das Haus Wittelsbach mit Bonn in Verbindung gebracht. All dies ist erst von anderer Seite hereingetragen worden.

(Zuruf von der SPD: Von welcher?)

Ich habe wörtlich erklärt und darf das heute noch einmal kurz in Ihr Gedächtnis zurückschicken: „Ich spreche nicht für und nicht gegen eine Monarchie, weil man auf einen Trümmerhaufen keine Königskrone setzen kann.“

(Rübler: Das hast Du früher gesagt!)

Das bayerische Volk muß selbst einmal bestimmen, welche Staatsform es haben will, und nicht ein norddeutscher Abgeordneter. Wenn ich an historischer Stätte, von Eichenhofen bei Dachau aus, von wo die Benediktiner nach Kloster Scheyern kamen, das den Benediktinern von den Wittelsbachern geschenkt wurde, des Repräsentanten des Hauses Wittelsbach gedachte, der 80 Jahre alt wird, dann habe ich einen Höflichkeitsakt und keinen politischen Akt vollzogen. Ich bitte Sie herzlichst, davon Kenntnis zu nehmen, weil die Dinge in der Öffentlichkeit aufgebauscht und vollständig falsch dargestellt worden sind.

(Marg: Wenn Sie nur immer so höflich wären! — Heiterkeit.)

Das war auch alles! — Ich bin immer so höflich, wie man mir selbst begegnet.

(Oho! und Heiterkeit bei der SPD.)

Ich möchte die Herren der Sozialdemokratie bitten, mir einmal im Bayerischen Landtag zu sagen, wann und wo ich dem Separatismus das Wort gesprochen habe!

(Marg: Das ist nicht schwer!)

Man muß mir sagen, wo und wann das war, und darf nicht mit Phrasen herumwerfen, ich hätte den Separatismus gepredigt. Ich möchte Sie dringend bitten, diese Frage in aller Öffentlichkeit vor dem ganzen bayerischen Volk zu beantworten!

(Suchkul von der SPD.)

Meine Damen und Herren! Nun lassen Sie mich Stellung nehmen zu den Problemen, die heute vormittag angeschnitten worden sind! Der Herr Abgeordnete Dehler hat vor wenigen Stunden erklärt: „Aus mir spricht die Angst, daß wir etwas falsch machen“. Ich glaube dem Herrn Abgeordneten Dehler und ich möchte ihn bitten, auch uns zu glauben, daß wir ebenfalls schwere Angst haben, etwas falsch zu machen, wenn wir Bonn anerkennen würden.

(Zuruf von der FDP: Begreiflich!)

Der Herr Abgeordnete Dehler hat gesagt, das Unheil des „Mein“ von 1849 habe zu einer unglücklichen Entwicklung geführt. Ich bin hier anderer Ansicht mit meinen Freunden, die zu Bonn nein sagen müssen. Der Herr Abgeordnete Dehler meinte, Österreich sei 1849 deshalb nicht zu Deutschland gestanden, weil die Entwicklung falsch gelaufen sei. Das heißt man Ursache und Wirkung verwechseln.

(Zuruf: Sehr gut!)

König Max II. von Bayern hat deshalb mit seiner Regierung und mit seinem historischen Landtag vor genau hundert Jahren zu diesem Zentralismus nein gesagt, weil es eine kleindeutsche Lösung ohne Österreich geworden ist.

(Kaiser: Sehr richtig!)

Das ist die wirkliche historische Entwicklung, meine Damen und Herren! Herr Dr. Dehler meinte, man könne von einer Schuld sprechen, wenn wir zu Bonn nicht ja sagen. Meine Damen und Herren! Wir sind uns dieser schweren Verantwortung bewußt, und Sie dürfen uns ebenso den guten Willen zubilligen, den wir jedem, der zu dieser Frage spricht, zuerkennen. Wir haben aber große Bedenken, daß die Dinge nicht den richtigen Weg gehen.

(Zuruf von der FDP.)

Vor 78 Jahren ist der Abgeordnete Jörg im Landtag gestanden und hat — 43 Jahre vor Ausbruch des ersten Weltkrieges — gesagt: Non possumus! Wir können nicht, weil das für Deutschland die Katastrophe, den Weltkrieg und den Untergang bedeuten würde! Das war 43 Jahre vor Ausbruch des ersten Weltkriegs!

Meine Damen und Herren! Ich frage Sie alle: Was war denn das für ein Erfolg, den dieser Zentralismus seit 1849 gehabt hat? Was war das für ein Erfolg? Drei Kriege, die Hälfte der deutschen Jugend auf den Schlachtfeldern Europas verblutet und über Deutschland ein Trümmerhaufen ohnegleichen!

(Rübler: Deshalb zurück zur Monarchie!)

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Entwicklung falsch gegangen ist. Meine Damen und Herren! Es dreht sich nicht darum, ob Sie bessere Deutsche sind oder ob wir bessere Deutsche sind!

(Dr. Linnert: Sehr richtig, darum geht es nicht!)

Darum geht es nicht, sondern um die Methode, wie wir unser unglückseliges deutsches Vaterland wieder neu aufbauen wollen. Es geht also nicht darum, daß wir miteinander streiten, wer ein besserer Deutscher oder ein besserer Bayer ist, sondern um die Methode des Aufbaus unseres unglücklichen Vaterlands.

Das, was wir heute hier besprechen und erleben, mag gerade bei der Rundfunkübertragung vor dem bayerischen Volk so erscheinen, als ob es etwas Neues wäre. Wir haben heute die dritte historische Sitzung des Bayerischen Landtags seit hundert Jahren, die das Problem „Bayern und Deutschland“ behandeln muß; die erste war im Jahre 1849, die zweite 1871 und die dritte haben wir jetzt im Jahre 1949.

(Marg: Dazwischen war überhaupt nichts mehr?)

Meine Damen und Herren! Es geht nicht an, wie ich schon gesagt habe, daß man einfach über die Bayerische Verfassung hinweggeht. Wir haben heute vormittag viel zu wenig davon gehört, daß sich das bayerische Volk durch den Bayerischen Landtag eine Staats-

(Dr. Baumgartner [FDP])

verfassung gegeben hat und daß wir einen bayerischen Staat haben, der fünfmal zu Eingang der Verfassung als solcher, und zwar als Freistaat und Volksstaat, als Rechtsstaat, Kulturstaat und Sozialstaat verankert ist. Wir müssen diese Bayerische Verfassung bei der Bonner Frage zugrunde legen, wenn wir uns heute hier ernstlich darüber auseinanderlegen, ob wir dieser Bonner Verfassung zustimmen können, oder ob wir nein sagen müssen.

Es ist auch nicht davon gesprochen worden, daß die Meinungen darüber auseinandergehen, ob das Deutsche Reich noch existiert oder nicht. Meine sehr verehrten Kollegen! Professor Nawiaschy steht auf dem Standpunkt, das Deutsche Reich existiere de jure und de facto seit dem 5. Juni 1945 abends 18 Uhr nicht mehr.

(Brunner: Der ist nicht allein maßgebend!)

Am 6. September 1945 ist durch einen rechtsschöpferischen Akt des General Eisenhower ein neuer Tatbestand geschaffen worden.

(Staatsminister Dr. Müller: Organisationsakt!)

— Durch eine Proklamation Eisenhowers sind Staaten in der amerikanischen Zone geschaffen worden.

Meine Damen und Herren! Bevor ich auf die durch die Bonner Verfassung verletzten Grundrechte eingehe, möchte ich kurz Stellung nehmen zu den Ausführungen des Herrn Kollegen von Knoeringen, die heute vormittag eine stürmische Debatte hervorgerufen haben. Herr von Knoeringen hat die Dinge etwa heute so dargestellt, als ob nur Bayern am Nationalsozialismus schuld wäre. Herr Kollege! Man muß die Dinge auch einmal von einer anderen Seite sehen. Die Offiziere um Ludendorff haben in Bayern den Nationalsozialismus begonnen. Aber Sie wissen genau so gut wie ich, daß es in Bayern keine Landkreise gab, die mit so überwältigender Mehrheit den Nationalsozialismus gewählt haben, wie es in Norddeutschland vielfach der Fall war.

(Mazg: Sie wissen nicht, was Sie da sagen! — Ruhe und Gegenrufe.)

— Ich habe die Statistiken selbst gelesen, Herr Kollege! Dann ist schon angedeutet worden, daß Herr Hitler ja erst durch die Harzburger Front groß geworden ist.

(Sehr richtig! und Beifall.)

Er ist nicht in Bayern Regierungsrat geworden! Herr Hitler ist erst groß geworden durch die Industrie, durch

(Dr. Korff: Papen!)

die Junker, durch Papen, Schleicher, Brauchitsch und Hindenburg und durch das Versagen dieser Leute! Seien wir doch alle zusammen ehrlich: Es sind auf beiden Seiten Fehler gemacht worden. Herr Severing in Preußen hat seine Fehler gemacht, wie auch in Bayern Fehler gemacht worden sind.

(Sehr richtig!)

Wir können doch heute diese Dinge nicht mehr in die so schwerwiegende Debatte hineinwerfen.

Ich möchte mich bemühen, genau so sachlich zu sein wie Herr Dr. Dehler, der dann seine Ausführungen in Ruhe hat zu Ende führen können. Zunächst möchte ich beweisen, daß die Grundrechte der Bayerischen Verfassung durch die Bonner Verfassung ver-

letzt, beschränkt und verändert werden. Gerade Sie, meine Herren von der Sozialdemokratie, legen doch so besonders großen Wert auf die Grundrechte der Menschen, die uns in Bayern durch die Verfassung gegeben worden sind.

(Dr. Rindt: Nicht mehr als wir!)

Die Bonner Verfassung verletzt die Grundrechte, beschränkt und verändert sie. Das darf ich Ihnen in ein paar Minuten kurz beweisen.

Die Bayerische Verfassung kennt erstens einen besseren Schutz des Eigentums. Eine Sozialisierung ist nach der Bayerischen Verfassung nur möglich für die Produktionsmittel, die für die Allgemeinheit lebenswichtig sind. Die Bonner Verfassung sieht in Art. 15 vor, daß sämtliche Produktionsmittel und Grund und Boden sozialisiert und in Gemeineigentum überführt werden können.

Nach Art. 15 der Bayerischen Verfassung dürfen solche Wählergruppen, die gegen die Verfassung sind, sich nur dann nicht an Wahlen beteiligen, wenn sie für Gewaltanwendung sind; im übrigen gelten die strafgesetlichen Bestimmungen. Nach Art. 21 der Bonner Verfassung können, ähnlich wie bei den Nazis, alle Parteien verboten werden, die gegen die Bundesrepublik sind. Ein Entwurf sieht sogar lebenslangliches Zuchthaus vor. Anhänger der Idee zum Beispiel eines Staatenbundes können politisch verfolgt werden. Ich erinnere Sie daran, daß wir eine solch draconische Maßnahme gegen eine freie politische Willensbildung in den Nazzeiten gehabt haben.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Sie stellt einen sehr schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte unseres bayerischen Volkes dar.

(Zuruf von der SPD. — Fischer Wilhelm: Ein hoffnungsloser Fall!)

Hinsichtlich des Eigentumschutzes, hinsichtlich der freien politischen Meinungsäußerung und Willensbildung liegt in der Bonner Verfassung also eine öffentliche Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte vor, die jedem Bayern feierlich garantiert sind.

Ich frage Sie: Warum machen wir denn in Bayern eine Verfassung, wenn sie ein paar Monate darauf gebrochen wird? Warum machen wir eine Verfassung, wenn die Grundrechte, die dem bayerischen Volk feierlich garantiert wurden, nicht mehr gelten, sondern beschränkt, verletzt und aufgehoben werden? Über diese schwerwiegenden Dinge müssen wir uns unterhalten, und nicht darüber, ob jemand ein besserer Deutscher ist oder nicht.

Die Bayerische Verfassung schützt in Art. 113 die Versammlungsfreiheit. Die Bonner Verfassung kennt die Freiheit in dieser Art nicht mehr so unbedingt.

Die Bayerische Verfassung zählt in Art. 112 das Briefgeheimnis zu den Grundrechten. Die Bonner Verfassung hält das Briefgeheimnis nicht mehr unbedingt aufrecht.

(Dr. Dehler: Das gehört doch zum Postgeheimnis!)

Ihnen, Herr Kollege Dehler, als bayerischem Oberlandesgerichtspräsidenten möchte ich sagen, daß durch Art. 98 der Bonner Verfassung sogar der Grundsatz der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der Richter durchbrochen ist. Das hat es noch in keiner Verfassung gegeben, daß der Richter mit der Bundesrepublik so verbunden wird wie jetzt in der Bundesverfassung von

(Dr. Baumgartner [FDP])

Bonn. Das ist eine Verletzung der Unabhängigkeit der Richter.

(Abgeordneter Dr. Dehler nickt.)

Meine Herren Kollegen! Ich bitte das zu überlegen, denn wir müssen uns bei der Debatte ja auf die Bayerische Verfassung stützen. Die bayerische Bevölkerung wird in der Bonner Verfassung hinsichtlich der Grundrechte, die wir dem bayerischen Volk und den Bewohnern Bayerns feierlich garantiert haben, schlechter gestellt. Der bayerischen Bevölkerung werden die verfassungsmäßigen Grundrechte genommen oder geschmälert. Ich wundere mich, daß das freiheitsliebende Amerika, das so großen Wert auf die Freiheit des Bürgers und auf die Freiheit der Bevölkerung legt, dieser Haltung in Bonn zugestimmt hat. Ich weiß nicht, ob man in Amerika und in England gewußt hat, was in Bonn vor sich geht.

Aber das Unerhörteste ist folgendes: Nach Art. 18 der Bonner Verfassung kann jemand, der nach Ansicht von Bonn die Grundrechte mißbraucht, sämtlicher Grundrechte für verlustig erklärt werden.

(Widerspruch bei der SPD.)

Es gibt auf der ganzen Welt in den zivilisierten Staaten keine einzige Verfassung, die einen so unerhörten Artikel enthält. Wenn zum Beispiel eine sozialistische Mehrheit in Bonn der Ansicht ist, daß ein Waldbesitzer einen Baum zu viel oder zu wenig gefällt habe, daß er also sein Eigentum mißbraucht habe, wie es im Wortlaut heißt, dann kann dieser Mann sämtlicher Grundrechte für verlustig erklärt werden.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie Grimms Märchen gelesen?)

— Das steht ja doch in der Verfassung, Herr Kollege!

(Hagen Lorenz: Nein, das steht nicht drin!)

— Lesen Sie Art. 18 der Bonner Verfassung!

(Zuruf des Staatsministers Dr. Müller.)

Weiß man in Washington und London, was vor sich gegangen ist? Es gibt nur im Strafrecht einen Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, aber niemals den Verlust der menschlichen Grundrechte. Ich frage öffentlich vor dem ganzen Bayerischen Landtag, ob wir damit einverstanden sind, daß man mit diesem Artikel eine Bevölkerungsklasse schaffen will, die zweitrangig ist, daß man in Deutschland vogelfreie Menschen schaffen will, wie es die Juden während der Nazizeit waren?

(Dr. Müller: Das ist nur die kampfbereite Demokratie. — Dr. Rindt: Sie müssen den Paragraphen lesen!)

— Ich habe ihn gelesen. Nach Art. 21 Abs. 2 können Parteien, die den Bestand der Bundesrepublik gefährden, als verfassungswidrig erklärt werden.

(Dr. Müller: Hast Du Angst?)

Das ist nicht einmal in der Weimarer Verfassung der Fall gewesen.

(Zuruf von der SPD: Leider!)

Ich weiß, daß bereits ein Gesetzentwurf und Ausführungsbestimmungen vorgelegen sind, daß man Leute, die sich nicht hundertprozentig zur Bundesrepublik bekennen, mit Zuchthaus bestrafen kann.

(Dr. Linnert: Oho!)

Ich frage Sie, meine Damen und Herren, wo liegt hier die Freiheit, die bürgerliche Freiheit, die Sie predigen? Wo sind die Grundrechte des Menschen, die wir garantiert haben?

Die Bonner Verfassung verletzt dann durch Art. 28 auch die Verfassungshoheit, die ebenfalls ein Hoheitsrecht des bayerischen Staates darstellt. Wollen Sie es dem bayerischen Volk nicht zuerkennen, daß es in fünf, zehn oder zwanzig Jahren selbst über seine Staatsform entscheiden soll? Es soll doch das bayerische Volk — nicht einige norddeutsche Abgeordnete — entscheiden, welche Staatsform es in Bayern haben will.

(Dr. Linnert: Wuu! — Zuruf des Abgeordneten Drechsel.)

Nach Art. 29 der Bonner Verfassung ist auch die Gebietshoheit gefährdet. Das Bundesgebiet soll neu geregelt werden. Art. 29 bezieht sich auf die Neugliederung der Länder. Wir haben doch in unserer Verfassung das Staatsgebiet festgelegt. Man kann doch nicht das Staatsgebiet von einem überbayerischen Gremium aus — —

(Dr. Müller: Wer spricht denn dabei von Bayern?)

Dr. Linnert: Das sind doch lauter Phantasien. Kein Wort steht drin!

Herr Justizminister! Mit jedem Mehrheitsbeschluß in Bonn können diese Dinge auch gegen Bayern sich auswirken.

(Dr. Linnert: Wu, wu! — Dr. Müller: Wo ist denn von Bayern die Rede?)

— Mit jedem Mehrheitsbeschluß kann das geschehen.

Dann bringt Art. 31 die berühmte Bestimmung: Bundesrecht bricht Landesrecht. Statt daß das Bundesrecht das Landesrecht schützt, bricht das Bundesrecht das Landesrecht. Das ist doch kein Bund mehr, wenn sich zwei zusammen verbünden und der eine sagt: Wenn Du nicht meiner Meinung bist, breche ich Dich!

(Lachen bei der SPD.)

Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Bundesrecht das Landesrecht zu schützen, aber nicht zu brechen hat.

Von der konkurrierenden Gesetzgebung will ich ganz schweigen. Wir werden es ja erleben, daß wir uns im Landtag noch öfters darüber unterhalten müssen. In Art. 74, der die konkurrierende Gesetzgebung behandelt, sind Dinge enthalten, die eine Verletzung der Gesetzgebungshoheit dieses Parlaments hier darstellen. Es war noch nie der Fall, daß der Bund über die bayerischen Forsten bestimmt hat; es war noch nie der Fall, daß der Bund über die bayerische Landwirtschaft bestimmt hat, und es war noch nie der Fall, daß der Bund über die Staatsangehörigkeit in den einzelnen Ländern, über den Grundstücksverkehr, über das Bodenrecht usw. bestimmt hat. Sie kennen ja selbst diesen gefährlichen Artikel 74, den wir niemals anerkennen können.

Ganz zu schweigen von dem Art. 105, der die Finanzhoheit verletzt! Das älteste Recht — ich darf Sie an die Parlamentsgeschichte erinnern, meine Damen und Herren! —, das einem Parlament überhaupt zusteht, ist die Steuerbewilligung. Wenn man uns aber sagt: Ihr könnt ja nicht leben, Ihr seid ja so steuerschwach, dann darf ich darauf aufmerksam machen, daß diejenigen Länder in Deutschland, die pro Kopf der Bevölkerung ein größeres Steueraufkommen

(Dr. Baumgartner [F.P.])

als Bayern haben, in ihrem Haushalt auch größere Defizite aufweisen. Ferner darf ich daran erinnern, daß ja die Steuerschwachheit Bayerns nicht nur strukturell in der wirtschaftlichen Struktur von Landwirtschaft und Industrie begründet ist, sondern auch darin — und das haben ja viele von uns aus allen Parteien bereits gerügt —, daß Bayern in den letzten drei Jahren bei der Belieferung mit Kohle, Strom, Eisen, Rohstoffen, Importen, bei der Kreditgewährung sowie bei der Belegung mit Heimatvertriebenen nachgewiesenermaßen einwandfrei und offensichtlich um Millionen und aber Millionen Mark geschädigt wurde und unser bayerischer Staat deshalb in dieser Hinsicht kein entsprechend starkes Steuer-aufkommen haben konnte.

Meine Damen und Herren! Nach diesen kurzen Ausführungen müssen wir also rein staatsrechtlich zu der Überzeugung kommen, daß die Bayerische Verfassung durch die Bonner Verfassung geändert wird. Das muß jeder, der sich mit diesen beiden Verfassungen befaßt, anerkennen. Die Bayerische Verfassung wird geändert und es würde mich sehr interessieren, was der Herr Staatsrat Dr. Hoegner zu dieser meiner Auffassung sagt.

(Dr. Hoegner: Sie ist richtig!)

Nach Art. 75 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung bedürfen Beschlüsse des Landtags auf Änderung der Verfassung einer Zweidrittelmehrheit dieses hohen Hauses und müssen noch dazu dem bayerischen Volk zur Entscheidung vorgelegt werden.

Ich beantrage daher, daß wir einen Volksentscheid über die Änderung der Bayerischen Verfassung durch das Bonner Grundgesetz herbeiführen, und zwar mit einer Fragestellung, auf die das bayerische Volk nur mit Ja oder Nein antworten kann. Der Landtag ist hier ja gar nicht allein zuständig, weil es sich um eine Verfassungsänderung handelt und das Volk nach Art. 75 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung dazu Stellung nehmen muß. Die bayerische Staatsregierung hat zwei Fragen vorgeschlagen, die vorgelegt werden sollen:

1. Ja oder Nein zu Bonn;
2. ob man die Bonner Verfassung bei Nein trotzdem als rechtsverbindlich bezeichnen soll.

Der Beitritt zur Bonner Verfassung kann von der Militärregierung befohlen werden nach dem Dokument Nr. I der Londoner Empfehlungen. Die bayerische Staatsregierung muß sich daher vor dem Bayerischen Landtag ganz klar darüber äußern, ob sie die Anerkennung des Bonner Grundgesetzes als einen Befehl der Militärregierung auffaßt oder ob sie diese Bonner Verfassung freiwillig als rechtsverbindlich gelten lassen will mit Rücksicht auf die Folgen, die wir in späteren Parlamenten, in späteren Regierungen und gegenüber dem bayerischen Volk zu befürchten haben werden.

(Scheffbeck: Jetzt kommen Sie auf das Problem! —

Zuruf des Staatsministers Dr. Müller.)

— Ich will von der bayerischen Staatsregierung genau hören, ob sie das als Befehl der Militärregierung auffaßt! —

(Zuruf vom Regierungstisch: Nein! — Dr. Müller: Nein, weil wir Deutsche sein wollen, Baumgartner!)

— Herr Justizminister, dann ist es erst recht eine Verfassungsänderung und wir müssen erst recht einen Volksentscheid über die Verfassungsänderungen herbeiführen, die durch das Bonner Grundgesetz der Bayerischen Verfassung gegenüber gegeben sind. Über Militärbefehle kann man keinen Volksentscheid stattfinden lassen.

Der Herr Kollege von Knoeringen ist es wohl gewesen — ich weiß es nicht mehr genau —, der heute vormittag auch den Art. 178 der Bayerischen Verfassung wegen eines freiwilligen Beitritts Bayerns zu einem künftigen deutschen demokratischen Bundesstaat angeschnitten hat. Meiner Ansicht nach spielt dieser Artikel hier gar nicht herein, weil er von den Verfassungsgesgebern in Bayern für einen Beitritt Bayerns zu einem Gesamtdeutschland gedacht ist, und diese Frage, die wir gegenwärtig klären —

(Zuruf links: Au! Au! — Weitere Zurufe.)

— Es werden ja noch Staatsrechtler zu dieser Frage Stellung nehmen. Für das Bonner Provisorium, meine Damen und Herren, kommt Art. 180 der Bayerischen Verfassung in Frage, wonach mit Zustimmung des Landtags nur ganz bestimmte konkrete Dinge an einen Bund abgetreten werden können, und zwar nur — so heißt es dort wörtlich — „auf den Gebieten der auswärtigen Beziehungen, der Wirtschaft, der Ernährung, des Geldwesens und des Verkehrs“, und auch nur, „so weit es unumgänglich notwendig ist“.

(Zuruf des Abgeordneten Hansheinz Bauer.)

Das, meine Damen und Herren, sind die staatsrechtlichen Erwägungen, die wir unseren Debatten zugrunde legen müssen, wenn wir uns für ein Ja oder ein Nein zu Bonn und darüber entscheiden sollen, ob ein Volksentscheid stattfinden soll oder nicht. Wir müssen von der Bayerischen Verfassung und ihren Grundlagen ausgehen.

Bei dieser Debatte haben wir bisher auch am allermeisten vergessen, daß wir durch das Abkommen zwischen Amerika und Rußland in Deutschland vor einer vollständig neuen Situation stehen.

(Dr. Hoegner: Richtig, das ist der Kernpunkt!)

— Das ist der Kernpunkt dieser ganzen gegenwärtigen Situation. Deshalb müssen wir von der Bayerischen Verfassung aus all diese Fragen behandeln. Ich möchte ausdrücklich betonen, meine Damen und Herren, und Sie dringend bitten, in der Öffentlichkeit doch nicht immer mit Schlagworten wie „Separatismus“ usw. herumzuwerfen. Wir müssen uns vielmehr alle zusammen zu dem unglückseligen Deutschland bekennen.

(Zuruf des Abgeordneten Pittroff.)

Aber es ist nur eine Frage der Methode, wie wir dieses Deutschland neu gestalten wollen.

Ich darf Ihnen hierzu meine persönliche Ansicht sagen, und viele von Ihnen, meine Damen und Herren, werden dieser Meinung sein: Wir können ja unseren Föderalismus aus dem Naturrecht und aus der christlichen Staatslehre heraus begründen. Die christliche Staatslehre in „Quadragesimo Anno“ von 1931 und der große evangelische Theologe Niebuhr stehen beide auf dem Standpunkt, daß ein kleineres Gemeinwesen nach dem Subsidiaritätsprinzip niemals etwas an ein größeres abzutreten braucht, wenn es die Dinge selbst durchführen kann.

(Dr. Müller: Da gehst Du also mit Albert Hand in Hand!)

(Dr. Baumgartner. [FPB])

— Wieso?

(Dr. Müller: Der will doch auch Franken als kleines Gemeinwesen! — Dr. Linnert: Ausgezeichnet!)

— Herr Justizminister, ich bin sehr überrascht, daß Sie als der Führer der Christlichen Partei Bayerns die Enzyklika „Quadragesimo Anno“ staatsrechtlich falsch auslegen.

(Dr. Linnert: Hoho! — Heiterkeit. — Dr. Müller: Nein! Ich wollte nur feststellen, daß Du mit Albert Hand in Hand gehst.)

— Nein! Ich gehe mit Albert nicht Hand in Hand, weil er Franken losrennen will.

(Dr. Linnert: Als kleineres Gemeinwesen!)

— Nein, er will ja kein kleineres Gemeinwesen bilden, sondern er will Franken losrennen, um nach seiner Ansicht ein größeres Deutschland ohne Bayern zu bilden. Das, was der Herr Kollege Albert will, ist ja separatistisch.

(Dr. Müller: Aber die Geschichte vom kleineren Gemeinwesen?)

Nein, meine Damen und Herren! Nach diesem naturrechtlichen Gedankengang, den Sie uns, den Föderalisten, zugute halten müssen, habe ich Ihnen die staatsrechtliche Auffassung bereits gezeigt. Die Geschichte hat uns gelehrt, daß wir mit dem föderalistischen Gedanken recht bekommen haben.

(Dr. Korff: Wieso?)

Seit 1849, seitdem die Bemühungen im Gange waren, ein kleindeutsches Reich ohne Österreich zu bilden — Herr Kollege Dr. Dehler, Sie haben in Bonn Königgrätz genannt —, seit der Schlacht bei Königgrätz, seit die Österreicher aus der deutschen Geschichte ausgeschaltet sind, gibt es keinen deutschen Gesamtgedanken mehr,

(Dr. Dehler nickt zustimmend)

und das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das uns allen in der Seele liegt,

(Dr. Linnert: bravo!)

meine Damen und Herren, ist durch die kleindeutsche Lösung verhindert worden. So liegen geschichtlich die Dinge. Seit 1871, seitdem ein Souveränitätsrecht nach dem anderen den Ländern und den Staaten genommen wurde, haben wir in einem Menschenalter drei Kriege erlebt mit all ihren Massenmorden, haben die Hälfte unserer Jugend auf den Schlachtfeldern gelassen und stehen heute wieder vor einem Chaos. Seien wir der Geschichte gegenüber doch ehrlich! Wir alle fragen uns, wie eines der größten Kulturvölker der Erde, das Volk der Dichter und Denker, in eine solche Katastrophe abhinken konnte — nur durch den unglückseligen Zentralismus!

(Dr. Dehler: Ach, wo! — Zuruf des Abgeordneten Bodesheim.)

Das sind die Gedankengänge, meine Damen und Herren, die ich Ihnen aufzeigen wollte. Und wenn Sie sich immer darauf berufen, wirtschaftlich könne Bayern nicht existieren, und wenn Sie uns vorwerfen, wir wollten eine Autarkie und wollten uns losrennen, so frage ich Sie: Wo und von wem ist jemals der Gedanke ausgesprochen worden, daß wir Föderalisten uns von

Deutschland losrennen und eine Autarkie herbeiführen wollen? Kein Mensch hat das behauptet!

(Rübler: Ihre Agitatoren! — Dr. Müller: Berr!)

Halten Sie mich doch nicht für volkswirtschaftlich so ungebildet, daß ich nicht wüßte, daß wir alle im Zeitalter der Atombombe wirtschaftlich aufeinander angewiesen sind! Es gibt keine autarken Staaten. Auch die Schweiz, Dänemark, Holland und England sind nicht autark. Aber was ich in Bezug auf die Behandlung Bayerns zweieinhalb Jahre lang haben erleben müssen, ist gekennzeichnet mit den Worten: Befehl, Befehl, Befehl! — liefern, liefern, liefern! — und als Gegenleistung so gut wie nichts oder nur wenig! Das waren die Tatsachen, und wir wollen, daß das anders wird.

(Dr. Müller: Baumgartner, das Plakat „Wir kommen!“ — Zuruf rechts: Sehr richtig!)

— Ich weiß nicht, was Sie wollen, Herr Justizminister. Ich stelle nur fest, daß mir der Herr Justizminister dauernd in die Parade fährt, wenn ich hier den Föderalismus vertritt.

(Dr. Müller: Ich bin hier Abgeordneter! — Heiterkeit.)

— Meine Damen und Herren, ich glaube, daß die CDU-Abgeordneten, die in Bonn gegen das Grundgesetz gestimmt haben, doch etwas anderer Auffassung sind als Herr Dr. Josef Müller.

(Dr. Müller: Wir halten alle zusammen, Herr Dr. Baumgartner. — Es geht nur um die Demagogie!)

— Herr Justizminister, Sie können ja zu meinen sachlichen Ausführungen über die Verfassung sachlich Stellung nehmen.

(Dr. Müller: Mit Vergnügen!)

Man sagt also, Bayern könne wirtschaftlich nicht existieren. Meine Damen und Herren, in Friedenszeiten hat Bayern dem Ausland gegenüber eine aktive Handelsbilanz gehabt. Bayern hat im Jahre 1946 um 118 Millionen Mark mehr ins Ausland geliefert

(Zuruf: ins Ausland! — Heiterkeit und Zurufe von der SPD und FPB)

— in die deutschen Staaten, wollte ich sagen. Aber, meine Herren Kollegen, wenn Sie „ins Ausland“ sagen, will ich Ihnen auch gleich die Antwort darauf geben. Von sämtlichen Staaten Westdeutschlands, also von den elf Ländern der Trizone, hat Bayern im vorigen Jahr 56 Prozent aller Dollars verdient und nur neun Prozent zurückbekommen.

(Dr. Korff: Aber Sie haben die Rahe aus dem Sack gelassen!)

— Ich habe keine Rahe im Sack.

(Heiterkeit.)

Im Jahre 1947 hat Bayern um 194 Millionen Mark mehr in die deutschen Länder geliefert, als wir bekommen haben, und 1948 um monatlich 25 Millionen Mark mehr.

(Op den Orth: Franken hat das geliefert!)

Wir haben Schnittholz geliefert, Keramik, Textilien, Kugellager, Dieselmotoren, Fahrräder, optische Instrumente, Chemikalien usw.

(Dr. Müller: Hopfen! — Dr. Korff: Alles aus Franken!)

— Meine lieben Freunde, Franken hat sehr viel geliefert, aber es ist nicht alles aus Franken. Der Hopfen ist

(Dr. Baumgartner [SPD])

aus der Hallertau und der Käse aus dem Allgäu. Im übrigen möchte ich damit doch nur festgestellt haben, daß es nicht richtig ist, wenn dauernd behauptet wird, Bayern könne nicht selbständig existieren. Wir wissen aber auch, daß wir alle wechselseitig aufeinander angewiesen sind, und wollen uns willig zusammenschließen, wie schon der Herr Ministerpräsident heute gesagt hat, und uns nicht einem Zentralismus unterwerfen, der in der Bonner Verfassung die Bayerische Verfassung bricht. Wir wollen uns freiwillig in einem Deutschen Bund zusammenschließen. Der Grundsatz der Freiwilligkeit, der in der Bayerischen Verfassung verankert ist, muß hier aufrecht erhalten werden. Wir stehen daher auf dem Standpunkt, daß wir diese Bonner Verfassung, wie sie uns hier vorgelegt worden ist, dem bayerischen Volke nicht zur Annahme empfehlen können, und schlagen vor, die Bonner Verfassung abzulehnen und einen Volksentscheid herbeizuführen.

(Zuruf von der SPD: Suchhu! — Rufe und Gegenrufe. — Rübler: Zur Geschäftsordnung!)

Präsident: Herr Abgeordneter Rübler zur Geschäftsordnung!

Rübler (CSU): Ich frage den Herrn Präsidenten, ob nun eine Aussprache über die Regierungserklärung und außerdem über die Interpellation stattfindet oder ob wir bereits in der Diskussion über das Bonner Grundgesetz stehen.

Präsident: Es ist schon gesagt worden, daß die Aussprache zur Regierungserklärung gleichzeitig mit der Aussprache zur Interpellation erfolgt. Ich möchte selbst nicht in die Debatte eingreifen, aber dem hohen Hause folgendes erklären:

Bei der Verabschiedung der Bayerischen Verfassung habe ich als der damalige Präsident der Verfassungsgebenden Landesversammlung vom Herrn General Lucius Clay folgenden Brief erhalten:

(Scheßbeck: Das ist gar nicht wichtig!)

— Der Brief ist wichtig, weil er gewisse Grundlinien aufzeigt.

(Scheßbeck: Aber nicht in diesem Augenblick!)

— Ich bitte das dem Präsidenten zu überlassen!

(Zuruf: Sehr gut!)

Der Brief lautet:

Im Namen der amerikanischen Militärregierung habe ich die Vorlage der vorgeschlagenen Verfassung des Staates Bayern, wie sie von der Verfassungsgebenden Landesversammlung am 20. September 1946 angenommen wurde, geprüft. Ich bin darüber unterrichtet, daß der Verfassungsausschuß der Volksversammlung in seinen Sitzungen vom 11. und 22. Oktober Verbesserungen in gewissen Artikeln vorgeschlagen hat. Die Verbesserungen sind dieser Dienststelle vorgelegt worden und sind in einem diesem Schreiben beigefügten Anhang aufgeführt.

Dann kommt folgender Passus:

Die Genehmigung, die die Militärregierung für diese Verfassung gibt, muß selbstverständlich mit-

den internationalen Abkommen übereinstimmen, an denen die Regierung der Vereinigten Staaten beteiligt ist, sowie mit der Viermächtegesetzgebung und mit den Vollmachten, die sich die Militärregierung vorbehalten muß, um die grundlegenden Richtlinien für die Besatzung in die Tat umzusetzen.

Außerdem muß darauf hingewiesen werden, daß die Militärregierung mit der Genehmigung der Verfassung in keiner Weise ihre Zustimmung zu einem Separatismus Bayerns oder eines anderen deutschen Staates erteilt. Der Gebrauch des Ausdrucks „bayerischer Staatsangehöriger“ wird daher nur anerkannt, wenn damit ein Staatsangehöriger Bayerns gemeint ist, der damit auch ein Staatsangehöriger Deutschlands ist, wie es durch den Alliierten Kontrollrat verwaltet wird oder wie es später durch irgendeine deutsche Regierung verwaltet wird.

In gleicher Weise muß der Wille, einem zukünftigen deutschen Bundesstaat beizutreten, als eine Anweisung an die Vertreter Bayerns ausgelegt werden, die später an den Beratungen über die zukünftige deutsche Regierung teilnehmen werden, aber nicht als ein Recht, die Teilnahme an irgendeiner Form der deutschen Regierung zu verweigern, ganz gleich, ob sie als Zwischenlösung von den alliierten Behörden oder in Form einer beständigen Regierung vom deutschen Volk in seiner Gesamtheit errichtet wurde.

Damit ist zu dem deutschen Problem, wie es in der Besatzungszeit in Erscheinung getreten ist, ganz eindeutig Stellung genommen. Das wollte ich dem hohen Hause zur Kenntnis bringen, weil dadurch manche Ausführungen plötzlich in ganz anderem Licht erscheinen.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Kroll.

Dr. Kroll (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Wellen der Erregung in diesem Hause sind heute sehr hoch gegangen. Es ist von dem Für und Wider des Bonner Statuts gesprochen worden und ich habe nicht den Eindruck gewinnen können, daß in jedem Fall sachliche und nüchterne Erwägungen im Mittelpunkt der Erörterungen gestanden haben. Ich glaube, daß sich die Leidenschaften im Laufe der Auseinandersetzung sehr stark erhitzt haben und daß einige Grundlagen, von denen wir in Bonn eigentlich ausgingen, darüber vergessen wurden. Ich darf versuchen, den Ausgangspunkt der Diskussion wieder herzustellen.

Wenn die Abgeordneten der CSU, die in Bonn mit „Nein“ stimmten, ihrem Nein eine Erklärung vorausschicken, in welcher sie bekundeten, daß sie einmütig in dem Willen sind, das gesamte deutsche Volk zu einer kraftvollen Einheit zusammenzufassen, und daß sie in der Bundesrepublik Deutschland einen Weg zur Erreichung dieses Zieles sehen, dann ergibt sich daraus zunächst einmal ein eindeutiger Tatbestand. Wir ringen hier um die Form des Statuts und gar nicht um die grundsätzliche Frage des Ja oder des Nein. Auch die bayerische Staatsregierung gibt dem Ausdruck, indem sie anerkennt, daß sie die Zustimmung zu dem Statut in der vorliegenden Form nicht geben kann, was aber nicht bedeutet, daß daraus ein un-demokratisches Verhalten in dem Sinne einer Separierung Bayerns vom künftigen Bund folgen würde.

(Dr. Kroll [CSU])

Dieses Nein — das sei hier einmal vermerkt — hat nicht nur die CSU in Bonn gesprochen, sondern auch andere Parteien haben so gestimmt: das Zentrum und die Deutsche Partei. In anderen Parteien ist bis zur letzten Minute darum gerungen worden und es liegen gewichtige Gründe dafür vor, auf die hier hingewiesen werden muß und die nicht einmal immer nur allein in der Frage Föderalismus oder Zentralismus gipfeln.

Ich möchte Sie hier auf ein paar Punkte aufmerksam machen und dabei eine Überlegung an den Eingang meiner Betrachtungen stellen, die vielleicht als Grundlage für weitere Diskussionen dienen kann. Wir zogen nach Bonn — auch zusammen mit Dr. Dehler, mit dem ich ja sehr oft im gleichen Wagen fuhr —, einmütig im Gespräch über folgenden Tatbestand: Eine bloße Wiederherstellung der Weimarer Verfassung wäre für Deutschland kein Fortschritt. Die Weimarer Verfassung hat zweifellos die Grundrechte alle besessen und hat sie zu verwirklichen versucht. Aber man kann heute die Formulierung wagen: Sie ist letzten Endes gerade daran gescheitert, daß die Grundrechte sowohl zum sittlichen wie zum unsittlichen Gebrauch freigegeben wurden. Wir haben die Demagogie der Weimarer Zeit erlebt und wir wissen, wie der Zerfall sich allmählich entwickelt hat; wir wissen, daß diese Form irgendwo zu schwach war, um die Freiheitsrechte kämpferisch zu behaupten. Darum bestand in Bonn eine sehr eigentümliche Situation, die ich einmal hier herausstellen möchte und die die anderen Vertreter mir bestätigen werden. Während auf der einen Seite im Sinne des Föderalismus für die berechtigten Interessen der Länder gekämpft wurde, wurde auf der anderen Seite gerade von Bayern darauf hingewiesen: Macht die Bundesgewalt an der Stelle, wo ihr die Aufgaben übertragen werden, nicht wiederum so schwach, daß sie eines Tages an ihrer eigenen Schwäche zugrunde geht! Es zog sich durch die ganze Bonner Diskussion ein Problem hindurch, das nicht unmittelbar in der Verfassung verankert ist, das aber doch weitgehend politisch das Feld bestimmte, nämlich die Frage, die ich in der Formulierung einmal so zuspitzen möchte: Was kann geschehen, daß die dem Bunde übertragenen Aufgaben auch wirklich in kraftvoller Weise gemeistert werden?

Es gab zwei große Richtungen, die sich um diese Probleme bemühten. Die eine Richtung bildeten die Anhänger einer Wahlrechtsreform. Sie wissen, daß kein anderer als der frühere Reichskanzler Luther von sich aus zu Bonn gleichfalls bereits nein gesagt hat. Es waren die Vertreter des Mehrheitswahlrechts, die erklärten: Wir müssen zunächst eine Wahlrechtsreform haben, damit wir einen Integrationsprozeß in der Verfassung festlegen, bei dem die unselige Zersplitterung des Parteienwesens nicht möglich ist. Ein englischer Verbindungsoffizier hat einmal in einer Aussprache, die er mit Abgeordneten des Parlamentarischen Rats hatte, gesagt: Meine Herren, machen Sie ein vernünftiges Wahlrecht und Sie werden keine allzu großen Schwierigkeiten im Zuge der ganzen Verfassung mehr bekommen! — Aber wir haben uns nicht entschließen können, ein vernünftiges Wahlrecht zu machen. Daran werden wir in der kommenden Zeit franken. Wir werden die ganze Entwicklung des Weimarer Gefüges wieder bekommen. Wir haben ja bereits diese Aufsplitterung und es ist nur eine Frage der politischen Gestaltung, ob man

die Spaltpilze sich beliebig vermehren läßt, ob man diese Nährböden mit Hefe füttert, ob man alles tut, um einer weiteren Aufsplitterung Vorstoß zu leisten, oder ob man eine Form wählt, die in sich stark und kräftig genug ist, heimtückische und hinterlistige Angriffe gegen den Staat rechtzeitig abzuwehren. Ich darf hier sagen, daß diese Diskussion auch in den Reihen der SPD in durchaus ernster Weise gepflogen wurde und daß Männer wie Carlo Schmid erklärten, sie seien an sich durchaus Anhänger des Mehrheitswahlrechts, aber sie könnten sich im Augenblick aus taktischen Erwägungen nicht dazu entschließen.

Nun will ich Ihnen sagen, wie die Geschichte weiterlief. Die Sorge, die man ja haben mußte, daß auch die kommende Bundesrepublik Deutschland einen ständigen Wechsel der Kabinette erfahren werde, ohne daß die Regierung regierungsfähige Mehrheiten hinter sich haben würde, hat zu sehr eigentümlichen Konstruktionen geführt. An einer Stelle bin ich selber nicht ganz unschuldig daran. Sie hat nämlich dazu geführt, daß man zunächst im Herrenkloster Entwurf den berühmten Ministerienkanzler schuf, der dann auch in das Bonner Verfassungswerk einging. Sie hat dazu geführt, daß man sich zu einem Gesetzgebungsnotstand entschließen mußte, wobei, sofern es nicht gelingt, den Sturz eines Bundeskanzlers durch einen neuen Kanzler auszugleichen, nach der Verfassung auch jetzt wieder Notverordnungen, etwa so ähnlich wie seinerzeit auf Grund des berühmten Artikels 48, möglich sein müssen. Man muß mit diesem Notstand rechnen. Hier versuchte Dr. Dehler, als sich im Verlauf der Diskussion herausstellte, daß eine Mehrheit für das relative Mehrheitswahlrecht nicht zu erzielen war, eine Form zu finden ähnlich derjenigen der Bayerischen Verfassung, die es wenigstens ermöglicht hätte, eine stabile Regierung auf eine bestimmte Zeit herzustellen: das Präsidialsystem. Ich bedauere außerordentlich, daß hier nicht festgestellt wurde, daß gerade von bayerischer Seite diesem Gedanken immer wieder Hilfsstellung geleistet wurde und daß wir — und ich persönlich — auch alles getan haben, um diesen Gedanken durchzusetzen. Wie wäre denn die Situation gewesen? Man hätte auf der einen Seite klaren Föderalismus gehabt; die Angelegenheiten, die die unteren Einheiten selbständig gestalten und verwalten können, wären ihnen geblieben. Aber das, was wirklich Sache des Bundes gewesen wäre, hätte er in einer kraftvollen Art und Weise meistern können.

Meine verehrten Damen und Herren, die Gestaltung ist anders vor sich gegangen. Wir erleben heute die merkwürdige Tatsache, daß diejenigen, die den Ländern ihre föderalistischen Rechte an sich mehr und mehr entziehen, auf der anderen Seite nicht einmal dafür Sorge tragen, daß die Zentralgewalt im entscheidenden Moment auch so stark ist, um überhaupt regierungsfähig zu sein.

(Sehr richtig! rechts.)

Dieser ungeheure Nachteil wird sich in Kürze sehr intensiv bemerkbar machen. Ich habe es einmal so formuliert: Wenn wir heute eine Wiederauflage der Weimarer Verfassung bekommen, dann wäre es am besten, wir würden im Parlamentarischen Rat einen Beschluß dahingehend fassen, daß wir den kommenden Diktator gleich mitliefern; dann wisse man wenigstens, wer er ist.

(Sehr gut! bei der CSU.)

(Dr. Kroll [CSU])

Denn es ist Tatsache, daß wir heute der kommenden Entwicklung der Demokratie mit größter Sorge entgegensehen müssen, nachdem sich im Grunde neue Gedanken nicht durchgesetzt haben.

Meine Damen und Herren! Ich bin der heutigen Debatte mit Aufmerksamkeit gefolgt. Ich bin insbesondere ein sehr eifrig lauschender Hörer der Ausführungen des Herrn von Knoeringen gewesen, und ich muß ihm eines durchaus konzedieren: daß er seine Ausführungen in einer bestechend logischen Form aufgebaut und vorgetragen hat. Wenn man diese Gedanken untersucht und wenn man auf der anderen Seite den Ausführungen Baumgartners gelauscht hat, dann scheint sich schließlich die ganze ungeheure Schulfrage, die wir hinter uns, aber nicht erledigt haben, einer Zuspitzung dahingehend zu nähern, daß das Problem des Nationalsozialismus letzten Endes ein Problem von Zentralismus und Föderalismus ist. Das wird aber im Ernst niemand behaupten können.

(Sehr richtig!)

Richtig ist weder die Umkehrung, die Herr von Knoeringen heute gebracht hat, indem er Bayern eine gewisse Hilfsstellung in der Ausgangsposition des Nationalsozialismus nachzuweisen versuchte, noch die Ansicht des Herrn Baumgartner, der das ganze Heil der Entwicklung allein in einem Föderalismus — ich möchte einmal sagen: in einem säkularisierten Föderalismus — erblickt. So einfach liegen die Dinge unserer Geschichte nicht.

Aber etwas anderes darf ich in diesem Zusammenhang wohl ausführen: Es gibt gar keinen Zweifel darüber, daß man in der Geisteshaltung durchaus weitgehende Unterschiede zwischen Nord und Süd beobachten kann, daß die Tatsache des Föderalismus im Süden zunächst einmal bedeutet: im Rahmen der eigenen Geisteshaltung möglichst weitgehend Selbstverwaltung und eigene Regierung zu besitzen. Das scheint mir ein selbstverständlicher Anspruch zu sein. Wir sind oben mit unserem Anliegen auch nicht immer verstanden worden. Aber dies genügt nicht, um die Katastrophe zu erklären, die wir hinter uns haben; und hier komme ich zu einem Punkt, der für mich sehr wesentlich ist.

Erschütternd war ein Tatbestand: Heute wurde gesagt — auch Dr. Dehler sagte das —, wir hätten Störungen durch die Einflüsse von außen gehabt. Er hat das mit anderen gesagt. Nicht hier, sondern in Bonn waren es andere, die immer auf den Kardinal Frings hinwiesen. Ich weiß, daß er mit diesen Leuten nichts zu tun haben will, aber er hat es in ähnlicher Weise gesagt und er hat im übrigen in zögernder Weise auch Hannover als Störungsfaktor genannt. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn diese sogenannten Einflüsse von außen uns als Christen gegenüber angeführt werden, dann möchte ich hier einmal eines feststellen: Für uns gibt es gegenüber unseren Kirchen kein Innen und kein Außen; das ist eine große Gemeinschaft, in der wir drinstehen, zu der wir uns bekennen und die wir nicht als einen Fremdkörper empfinden, der irgendwann einmal an uns herangetragen wird.

(Meigner: Sehr gut!)

Was wir aber hier betonen, ist etwas ganz anderes. In Bonn wurde in einer geradezu entsetzlichen Weise um

ein Grundrecht gerungen, ein Grundrecht, das die Bayerische Verfassung — ich möchte sagen: zugunsten der Nichtchristen — verankert hat, nämlich das Elternrecht. Es war nicht möglich, das Recht der Eltern auf die Erziehung der eigenen Kinder in der ihnen genehmen Form durchzusetzen, und gerade die Liberalen haben den Ausschlag gegeben.

(Meigner: Hört, hört!)

Es hat im letzten an Heuß gehangen, der sich mit größtem Nachdruck immer wieder aus Gründen der Vermeidung der Spaltung usw. usw. gegen das Elternrecht ausgesprochen hat.

Ich möchte hier einmal folgendes fragen: Haben wir vergessen, daß die christliche Erziehung es war, die mit größtem Nachdruck den Kampf gegen die Hitlerjugend geführt hat,

(Zustimmung bei der CSU — Widerspruch bei der SPD)

und daß in den christlichen Elternhäusern der größte Widerstand gegen die kirchenfeindliche und achristliche Haltung des Nationalsozialismus zu finden war?

(Beifall bei der CSU. — Zietsch: Dann muß es aber wenig christliche Elternhäuser gegeben haben!)

— Herr Zietsch, ich glaube, diesen Ausspruch können Sie nicht aufrechterhalten; denn Sie können in sehr vielen Familien feststellen, daß sie diese Kämpfe haben ausfechten müssen!

Hier müssen wir aber einmal eine Tatsache aussprechen, die auch in einem Parlament ausgesprochen gehört: Die Weltanschauung, die so geformt ist, daß sie das Bewußtsein der Endlichkeit umspannt, von der Geburt bis zum Tode, ist nicht die unsere. Wenn es so wäre, hätten wir in allen Dingen viel mehr mit Ihnen gemeinsam, als wir aus weltanschaulichen Gründen überzeugungsgemäß gemein haben können. Die Tatsache, daß wir dieses Leben in einer anderen Weise sehen, und die Tatsache, daß die religiöse Erziehung für uns unter Umständen noch wichtiger ist — ja, viel wichtiger ist, wenn es Ernst wird — als alle materiellen Bedingungen des Daseins, ist eine Klippe, über die wir nicht hinwegspringen können.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Ich ließe mir niemals vorschreiben, ob meine Kinder konfessionell so oder so zu erziehen sind. Und wenn ich wüßte, daß meine Kinder in eine Schule geschickt werden, in der, während ich ihnen vielleicht — ich sage es deutlich — das Abendgebet beibringe, ein Lehrer irgendeine zynische Bemerkung macht, dann würde ich meine Kinder aus dieser Schule herausnehmen, gleichgültig, was der Staat dazu sagen würde.

(Starker Beifall bei der CSU. — Dr. Dehler: Herr Dr. Kroll, wer nimmt Ihnen das Recht?)

— Das Recht wird mir genommen in dem Augenblick, in dem erklärt wird, daß die Schule allein eine Sache des Staates ist.

(Dr. Dehler: Wo ist das gesagt? — Op den Orth: Das ist Stimmungsmache! — Brunner: Verdrehungskünstler!)

— Ich sage das, weil wir gemeinsam mit der CDU und mit dem Zentrum in Bonn um die Verwirklichung des

(Dr. Kroll [CSU])

Elternrechts gekämpft haben und weil es nicht möglich war, dieses Recht durchzusetzen.

(Dr. Korff: Sie wollten das Reichskonkordat mit Adolf! — Widerspruch bei der CSU. —

Dr. Müller: Ach wo denn! Korff! Alter Kulturkämpfer!)

Meine Damen und Herren, vergessen Sie eines nicht: Es ist uns immer gesagt worden, daß wir die Kinder einander entfremden, daß wir spalten wollen, daß wir die Gemeinschaft des Volkes zerstören. Ich muß darauf eines erwidern: Die Auseinandersetzung zwischen Christentum und Atheismus wird geführt werden, solange die Welt steht!

(Dr. Müller: Sehr richtig!)

Wir werden dieser Auseinandersetzung niemals entgehen können, und wann wir damit beginnen, ist unsere Sache. Wir wünschen aber nicht, daß der Keim des Atheismus bereits in die Kinderseele gesenkt wird, während wir uns auf der anderen Seite Mühe geben, in einem säkularisierten Jahrhundert am Ende einer Untergangszeit das Hochzuhalten, was wir als das Höchste in diesem Dasein einschätzen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU. — Dr. Dehler: Herr Dr. Kroll, es ist so ungeheuerlich, daß Sie sagen, daß in Bonn zwischen Atheismus und Christentum gekämpft worden ist!)

Die Invocatio Dei geht — —

(Dr. Korff: Das ist eine Verfälschung! — Dr. Dehler: Mit Gott haben wir angefangen! — Zuruf von der SPD: Das ist Vorbereitung des Wahlkampfes, was Sie machen! — Wimmer: Wenn Sie als Vertreter der Besitzenden überall nach Ihren Worten handeln, dann sind wir nicht so weit auseinander!)

— Diese Forderung dürfen Sie stellen, Herr Wimmer.

(Wimmer: Jawohl, die stellen wir!)

die stellen wir auch an unsere eigenen Leute. Hier gebe ich Ihnen hundertprozentig recht.

Aber jetzt möchte ich etwas über die Invocatio Dei sagen. Jawohl, Herr Dr. Dehler war in diesem Punkt einer der Entgegenkommendsten; ich habe mit ihm keine persönliche Differenz darüber. Die Invocatio Dei habe ich in der Fraktion beantragt. In der Fraktion hat man erklärt, man wird sie nicht durchbringen. Man hat verhandelt. Wir haben dann am Rundfunk ein Rundgespräch gehabt, das auch über den Bayerischen Sender gegangen ist. Theodor Heuß war es, der erklärt hat, man soll den lieben Gott nicht in alle möglichen Dinge hineinziehen, am wenigsten in die Politik.

(Brunner: Sehr richtig! — Dr. Linnert: Das ist doch richtig! — Zuruf von der SPD: Wir sprechen doch über das Grundgesetz!)

— Jawohl, wir sprechen hier über die Präambel des Grundgesetzes.

(Op den Orth: Steht das auch drin, was Sie gesagt haben?)

— Die Dinge haben wohl einen Zusammenhang, und ich werde ihn ausführen müssen. — Die Tatsache, daß man die Anrufung Gottes in die Präambel hineinschreibt, und auf der anderen Seite den Antrag ablehnt, entsprechend der Bayerischen Verfassung das Volk als

Träger der Staatsgewalt zu bezeichnen und nicht zu erklären, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgehe, birgt in sich einen Widerspruch. Borne steht sozusagen „Mit Gott!“ und dann steht da: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus —: eine völlig säkularisierte Formel des Herrn Rousseau, auf die wir uns nicht mehr festlegen lassen!

(Beifall bei der CSU.)

Das sind ein paar Bedenken, die vielleicht eine Schicht tiefer greifen als die Diskussion, die nur über das Thema Zentralismus und Föderalismus geht. Nun lassen Sie mich noch etwas hinzufügen! Ich bin überzeugt davon, daß, wenn Deutschland in stärkerem Maße ein föderalistischer Staat gewesen wäre, der Nationalsozialismus sich vielleicht sehr viel schwerer hätte durchsetzen können; aber ich bin nicht überzeugt davon, daß er sich überhaupt nicht hätte durchsetzen können. Ich glaube vielmehr, daß wir hier ein Phänomen tiefgreifender Zersetzung vor uns haben; dieses Phänomen ist eben ein vollkommen säkularisiertes Jahrhundert, ein Jahrhundert, in dem das menschliche Gewissen erschlagen ist und erschlagen wurde, längst bevor es einen Nationalsozialismus gab.

(Raifer: Sehr richtig!)

Ich könnte Ihnen in der Wissenschaft die ganzen Fragen der Euthanasie usw., die später durch den Nationalsozialismus in verbrecherischer Weise praktiziert wurden, schon längst, viele Jahrzehnte vorher aufzeigen. Von Wissenschaftlern sind diese Dinge gelehrt worden, und sie werden zum Teil heute schon wieder gelehrt! Wir haben allmählich ein säkularisiertes Menschenbild bekommen, nicht zuletzt auch dank des glorreichen Biologismus, des Darwinismus, wonach der Mensch sich im Grunde ja nicht mehr viel vom Tier unterscheidet; er ist kein Ebenbild Gottes mehr, das ist eine Lüge im Bewußtsein der meisten. Ob es von diesen Menschen ein paar mehr oder weniger gibt, ob Clemenceau das Wort von den „20 Millionen Deutschen zuviel“ gesprochen hat oder ob man damals nach dem Morgenthau-Plan aus Deutschland eine Ziegenweide machen wollte —: wo immer man Menschen auszulöschen bereit ist, haben wir in irgendeiner Form ein säkularisiertes Menschenbild, haben wir eine Zerstörung des Menschen, haben wir Gewissenlosigkeit. Und aus der Gewissenlosigkeit kann jederzeit der Umschlag kommen, der uns immer wieder von innen bedroht.

(Bezold Otto: Wer hat damals die Azteken ausgerottet? So etwas an Geschichtsschreibung war überhaupt noch nicht da!)

und wir werden mit diesen Dingen nicht fertig werden.

Die Form der Verfassung rüge ich nicht allein. Den größeren Wert legen wir auf die Verankerung der christlichen Grundrechte und besonders großes Gewicht müssen wir darauf legen, daß nicht nur in Bayern, sondern auch in den Diasporagebieten diejenigen, die es wollen, die christlichen Grundrechte erhalten und daß nicht nur immer diejenigen zum Zuge kommen, die bekenntnisfreie Schulen haben wollen; die sind ja hier verankert.

(Dr. Dehler: Ich wollte sie nicht; ich habe nicht zugestimmt. — Zuruf von der SPD.)

— Die Dinge sind nicht mehr durchführbar. Lesen Sie die Verfassung genau!

Diese Punkte — ich darf sie zusammenfassen: die christliche Grundlage, die Tatsache der Aufspaltung der

(Dr. Kroll [CSU])

Staatsgewalt, die mangelhafte Konzeption der Staatsführung und dann auf der anderen Seite eine völlig überflüssige Zentralisierung — diese Punkte zusammengekommen, haben uns bewogen, mit Nein zu stimmen, und werden uns voraussichtlich bewegen, in diesem Hause bei der Endabstimmung die gleiche Haltung einzunehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Präsident: Meine verehrten Damen und Herren! Nach der stürmischen Aussprache von heute vormittag, die sich besonders um die Interpellation entwickelt hatte, sind wir jetzt in eine reine Debatte über das Bonner Grundgesetz hineingeraten. Ich darf Ihnen nun nach Rücksprache mit der Regierung im Gegensatz zu dem Ältestenratsbeschuß vorschlagen, nächsten Donnerstag, den 19. Mai, vormittags 9 Uhr, mit der Erörterung über das Bonner Grundgesetz zu beginnen.

(Scheffbeck: Fortzufahren!)

— Zu beginnen, weil die Regierung dann das Bonner Grundgesetz mit ihren Anträgen vorlegen wird. Dann ergibt sich schon eine gewisse andere Lage. Daran soll sich die eingehende Aussprache über das Bonner Grundgesetz anschließen. Die Redner, die jetzt gemeldet sind, sollen, soweit sie nicht mehr zur Interpellation sprechen wollen, vorgemerkt bleiben; sie kommen dann bei der Aussprache über das Bonner Grundgesetz am nächsten Donnerstag zum Zuge.

Ich würde dem hohen Hause weiter vorschlagen, die nächste Landtagsitzung nicht für Dienstag, den 17. Mai, sondern für Mittwoch, den 18. Mai, nachmittags 3 Uhr festzusetzen, wobei dann der Rest der Punkte der Tagesordnung, die heute verteilt wurde, und daneben noch das erledigt werden kann, was bis dahin an regulären Tagesordnungspunkten anfällt. Für Donnerstag, den 19. Mai, ist dann die Beratung und Abstimmung über das Bonner Grundgesetz mit den einschlägigen Anträgen vorgesehen. Die Rednerliste bleibt vorgemerkt. — Das Haus ist damit einverstanden.

(Hausleiter: Ich habe mich zur Interpellation gemeldet.)

Zur Interpellation gebe ich zunächst das Wort dem Herrn Abgeordneten Loritz.

Loritz (fraktionslos): Meine Damen und Herren! Es wäre eigentlich selbstverständlich gewesen, daß diesmal vor allem über die Regierungserklärung und über die Interpellation der SPD gesprochen worden wäre und daß man den so umfangreichen Fragenkomplex „Bonner Verfassung, ja oder nein“ zum Gegenstand einer eigenen Debatte gemacht hätte. Aber ich bin sehr zufrieden, daß jetzt endlich einmal zur Sache selbst gesprochen werden kann, nachdem der Vormittag dem Ansehen des Parlaments wirklich nicht gedient hat.

(Dr. Korff: Haha!)

— Ich sage mit Absicht: dem Ansehen des Parlaments nicht gedient hat, nicht gedient haben kann,

(Gelächter)

denn es gehört sich nicht, ganz unabhängig von unserer politischen Einstellung, daß immer dann, wenn einer eine gegensätzliche Meinung gegenüber dem anderen vertritt, der Betreffende schon als zweiter Hitler gekenn-

zeichnet oder sonst in Beziehung zu der Zeit gebracht wird, die wir alle vermünschen.

(Rübler: Das tun aber Sie!)

Heute ist es ja in Bayern schon so, daß unter denen, die im politischen Kampf von gewissen Seiten angeprangert werden, mindestens 20 Personen aufzählbar sind, die von ihren Gegnern kurzer Hand als zweiter Hitler bezeichnet werden. Mögen wir endlich einmal mit diesen Methoden aufhören. Wenn wir unseren politischen Gegnern etwas zu sagen haben, dann bitte: klar und deutlich und kein Blatt vor den Mund genommen, aber nicht mit dem Ausdruck „zweiter Hitler“ operieren, ganz egal, ob es sich hier um den bösen Loritz handelt oder um Herrn Dr. Hundhammer oder um irgendeinen anderen!

(Rübler: Merken Sie es sich nur!)

— Herr Kollege Rübler, ich habe Sie noch niemals einen zweiten Hitler geheißen und werde es auch nie tun.

(Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Was ich sage, dafür können Sie mich ja belangen, wenn Sie wollen. Sie haben es nur noch nicht getan, jedenfalls nicht mit Erfolg. Was ich sage, dafür kann ich Beweise bringen und habe sie noch jedesmal gebracht.

(Dr. Müller: Wollen wir warten! —
Hagen Lorenz: Stadelheim!)

Nun möchte ich zur Sache, zur Interpellation sprechen.

(Hagen Lorenz: Siehe Stadelheim!)

— Ja, siehe Stadelheim! Da werden Sie Ihre blauen Wunder erleben, was in diesem Gerichtsverfahren aufkommt. Ich habe bis heute die Anklageschrift noch nicht zugestellt bekommen.

(Dr. Müller: Sie sind doch schon vernommen worden!)

— Ich habe die Anklageschrift noch nicht zugestellt bekommen.

(Dr. Linnert: Das ist typisch für Loritz!)

Herr Dr. Müller, Sie als Jurist müssen den Unterschied zwischen Vernehmung und Anklageschrift wissen.

(Dr. Müller: Haben Sie vergessen, daß Sie schon vernommen worden sind?)

— Sie als Jurist müssen den Unterschied zwischen Zustellung der Anklageschrift, Terminansetzung und Vernehmung durch den Staatsanwalt schon wissen, Herr Dr. Josef Müller!

(Dr. Müller: Sie müssen ja zuerst vernommen werden!)

Jedenfalls, was ich gesagt habe, hat gestimmt, das streiten Sie mir nicht ab! Sie werden noch weitere Antwort kriegten vom Volk.

(Dr. Müller: Darnach hat kein Mensch gefragt.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe!

Loritz (fraktionslos): Ich spreche zur Interpellation (Gelächter)

und möchte Ihnen eines sagen: Das, was sich in den letzten 14 Tagen abgespielt hat, war ein Sturm im Wasserglas.

(Zurufe. — Dr. Linnert: Macht keine Zwischenrufe, die geben ihm nur einen Auftrieb!)

(Corik [fraktionslos])

Da sind nichts anderes als alte Schlagworte in die Debatte geworfen worden wie Zentralismus, Föderalismus und wie sie so heißen. Das komischste an der Sache ist, daß man sich heute noch nicht einmal darauf geeinigt hat, was man unter den Begriffen Zentralismus und Föderalismus versteht, sondern daß jeder, der darüber spricht, im Grunde genommen etwas anderes meint.

(Dr. Linnert: Davon steht in der Interpellation kein Wort.)

— Beruhigen Sie sich, Herr Dr. Linnert, die Interpellation ist jedenfalls mit Rücksicht auf die Pressemeldungen entstanden. Diese Pressemeldungen gingen davon aus, daß in Bayern Gruppierungen bestehen, die eine Losreißung des Landes Bayern von Deutschland wünschen würden. Wir haben dazu folgendes zu sagen.

(Zuruf: Wer, wir? — Heiterkeit.)

— Wir von der W.B. Ich bitte, mir endlich Ruhe zu verschaffen.

(Schallendes Gelächter. — Miehling: Sie haben doch keine W.B. mehr!)

— Das werden Sie noch sehen bei den kommenden Wahlen, wie das Volk denkt,

(Heiterkeit)

und wenn Sie Demokraten sein wollen, dann lassen Sie mich jetzt in Ruhe sprechen.

(Dr. Linnert: Wir lachen ja bloß!)

— Sie lachen? Ja, wenn Sie eine Rundgebung haben, dann sind Sie froh, wenn 400 Leute zugegen sind; wir haben viele Tausende.

(Dr. Linnert: Die Ihnen wollen wir gar nicht!)

— Die wollen Sie nicht? Sie sind eben ein guter Demokrat, der großzügig auf unsere Mitbürger verzichtet.

(Dr. Linnert: Nein, auf Ihre!)

— Gut, dann lassen Sie uns an diejenigen Wähler wenden, die zu uns kommen wollen, und bleiben Sie bei denen, die zu Ihnen kommen wollen, und wir beide können schließlich — friedlich nebeneinander leben.

(Dr. Müller: Zur Sache!)

— Selbstverständlich zur Sache, Herr Dr. Josef Müller;

(Gelächter)

aber wenn ich unterbrochen werde, dann gebe ich die Antwort.

(Heiterkeit. — Op den Orth: Zahlen Sie die Vermögensschatzungen in Schweinfurt und Nürnberg?)

— Fragen Sie doch beim Herrn Ministerpräsidenten! Der sagt, wir seien eine so reiche Partei. Bald sind wir eine reiche, dann wieder eine arme Partei, alles das nur, um uns lächerlich zu machen.

(Schallendes Gelächter.)

Das bringen Sie aber alle miteinander nicht mehr fertig; Sie alle miteinander werden die Stimme unseres Volkes nicht mehr übertönen können. Heute will ich nun darüber sprechen, worüber man sich eigentlich in diesem Hause hätte unterhalten sollen.

(Dr. Müller: Also zur Sache!)

Wenn man nämlich hergeht und immer wieder spricht über die Probleme Zentralismus, Föderalismus, Monarchie und alles mögliche andere, so sollte man sich

zuerst darüber unterhalten, was das Volk zu sagen hat. Das sollte zu diesen so wichtigen Problemen gefragt worden sein, und es ist wirklich ein Hohn und ein Spott, wenn in der Einleitung zum neuen Bonner Grundgesetz steht: Das deutsche Volk hat sich diese Verfassung gegeben! Dabei soll dann das Volk über diese Verfassung und alles, was drin steht, überhaupt nicht gefragt werden, sondern dann sollen lediglich einige hundert Abgeordnete darüber entscheiden, ob diese Verfassung in Kraft treten soll oder nicht. Ob man mit Zentralismus oder mit Föderalismus kommt —: was sind das für Gedankengänge! Alles andere, nur keine demokratischen! Am nächsten Donnerstag werden wir wohl ausführlicher darüber zu reden haben, was für die kommende Verfassung notwendig ist, nämlich mehr Rechte für das Volk und weniger Rechte für einige hundert Abgeordnete und Minister.

Ich möchte nicht zu jedem Satz der Interpellation Stellung nehmen. Sie war durch ein Zögern der Regierung verursacht, klare Erklärungen abzugeben, und umgekehrt ist wieder zu sagen, daß uns die Erklärung, die die Regierung heute bezüglich der Frage Bonn und bezüglich der Interpellation abgegeben hat, in keiner Weise zufriedenstellt. Wir haben immer und immer wieder das selbe betrübliche Bild bei uns im Lande: Alle diese so wichtigen Probleme werden ausgehandelt und besprochen zwischen einigen hundert Politikern und Parlamentariern, während das Volk nichts zu sagen hat. Dagegen wenden wir uns mit aller Schärfe.

(Dr. Müller: Sie sind doch auch Volksvertreter!)

— Volksvertreter? Das Wichtigste ist, daß in den entscheidenden Fragen das Volk selbst gehört wird und nicht etwa einige hundert Volksvertreter, die dabei das Volk leider zum großen Teil nicht fragen, wenn es sich um so wichtige Probleme wie den Neubau des kommenden demokratischen Deutschland dreht. Acht Monate wurden in Bonn durch ein Hin und Her versäumt, von dem wir heute bezeichnende Details hörten. Hätte man dem Volk doch rechtzeitig die sieben oder acht oder neun Kernfragen, die tatsächlich den wichtigsten Inhalt der kommenden Verfassung und auch schon des Verfassungsentwurfs bilden, zur Beantwortung mit Ja oder Nein vorgelegt, dann hätte man eine sichere Mehrheit gehabt und klar gesehen und es wäre zu all diesem Streit und Disput nicht gekommen. Dann hätten Sie meinetwegen auch die Frage Monarchie oder Republik zur Debatte stellen können und das Volk hätte dann zu entscheiden gehabt. Dann wären alle Fragen, über die sich die Herren Abgeordneten in Bonn hätten einigen können, nur noch zweitrangig oder drittrangig gewesen, während die Grundprobleme durch das Volk selbst gelöst gewesen wären. Dann wäre die Überschrift: „Das deutsche Volk hat sich diese Verfassung gegeben“ mit Recht so gewählt gewesen.

Eines möchte ich heute schon gegenüber der Interpellation und gegenüber der Vorgeschichte, die zu der Interpellation geführt hat, betonen. Wir selbst werden gegen diesen Verfassungsentwurf stimmen, und zwar vor allem deswegen, weil er wiederum vier Jahre lang gar kein Recht für das Volk gewährt und alle Rechte einigen hundert Abgeordneten und Ministern vorbehält. Die Sache mit dem Volksreferendum, die noch schamhaft in der Weimarer Verfassung zur Täuschung derer drin stand, die nicht weiter denken können, hat man dieses Mal gleich gar nicht erst in den neuen Verfassungs-

(Loritz [fraktionslos])

entwurf hineingebracht. Also überhaupt kein Recht mehr für das Volk, sondern alle Rechte für einige hundert Abgeordnete, die vier Jahre lang jedes Gesetz mit Mehrheit beschließen können, wie ihnen das gerade in den Sinn kommt! „Volksvertreter“ haben Sie mir entgegengerufen, Herr Zwischenrufer. Nein, das sind keine Volksvertreter, sondern Autokraten.

(Dr. Korff: Haha!)

Ein Vertreter ist derjenige, der an die Weisungen seines Auftraggebers gebunden ist. Das versteht man unter einem Vertreter.

(Dr. Müller: Herr Loritz, Sie sind doch Mitglied dieses Hauses!)

— Ich selbst, Herr Dr. Josef Müller, verlange für mich nicht mehr Rechte als jeder andere. Ich selbst bin Abgeordneter und davon überzeugt, daß kein Abgeordneter und auch keine Mehrheit dieses Hauses, heiße sie, wie sie wolle, über die wichtigsten Fragen bestimmen kann, von denen Wohl und Wehe unserer Zukunft abhängen. Das habe ich schon immer gesagt und darnach richten wir uns. Über dieses wichtige Problem, nämlich wie wir zur Regierung und wie wir zum Bonner Verfassungsentwurf stehen, habe ich in den letzten vier Monaten vor vielen Hunderttausenden von Zuhörern gesprochen und habe mich darnach gerichtet, was unser Volk dazu sagt. Ich könnte Ihnen nur gratulieren, Herr Dr. Josef Müller, wenn Sie nur den zehnten Teil der Besucher hätten wie wir in unseren Versammlungen.

(Dr. Müller: Oh, geh doch zu!)

Jedenfalls wehren wir uns mit allen Kräften dagegen, daß das Volk ausgeschaltet wird und daß auf das Volk keine Rücksicht genommen wird. Deswegen lehnen wir diesen Bonner Verfassungsentwurf ab.

Aber wir lassen unser „Nein“ zu Bonn keineswegs irgendwie umdeuten. Nein zu Bonn heißt Nein zu Bonn und sonst nichts anderes. Aber keineswegs heißt Nein zu Bonn Nein zu Deutschland, sondern im Gegenteil Ja zu Deutschland und vor allem Ja zu unserem deutschen Volk und zu den Rechten unseres Volkes, zur Demokratie durch das Volk und für das Volk, nicht zu einer Demokratie für einige hundert Abgeordnete!

Das sagen wir Ihnen zu dieser Interpellation und es ist traurig genug, daß es überhaupt zu der Interpellation gekommen ist. Es ist schlimm genug, daß hier solche Fragen in die Debatte hineingeworfen wurden und die Front derer, die im Interesse des ganzen deutschen Volkes sich gegen diesen Bonner Verfassungsentwurf wenden, aufgeplittet wurde. Hunderttausende von Stimmen werden höchstwahrscheinlich durch das Hineinwerfen von Fragen zur Unzeit, die das Volk heute gar nicht interessieren, verloren gehen. Denn unser Volk interessiert heute brennend nur eines: Wie bekommen wir die 350 000 Arbeitslosen in Bayern weg? Wie können wir die Flüchtlinge in die deutsche Wirtschaft eingliedern? Wie können wir den Kriegsverletzten und den Kriegerwitwen und -waisen helfen und wie können wir unsere Wirtschaft und unser ganzes Leben wieder in Ordnung bringen?

Weiter sage ich Ihnen: Wenn wir eine Volksabstimmung über Bonn durchführen, dann muß die erste Frage lauten: Seid ihr für den Verfassungsentwurf, ja oder nein? Aber diese Abstimmung ist nur dann

richtig und in Ordnung, wenn die zweite Frage, unmittelbar daran anschließend heißt: Wollt ihr bei Deutschland bleiben, ja oder nein? Dann werden Sie sehen, daß wir eine erdrückende Mehrheit dafür bekommen. Diese Idee, Herr Hausleiter, habe ich nicht bei Ihnen kopiert, sondern schon vorher öffentlich ausgesprochen. Ich freue mich aber, daß auch von anderen Seiten dieses Hauses ganz ähnliche oder sogar gleiche Gedankengänge geäußert worden sind.

Wir möchten jedenfalls der Regierung eines sagen: Wenn in der Presse schon solch lügenhafte Erklärungen auftauchen — und wir haben heute aus berufenem Munde gehört, daß die Presse wieder falsche Meldungen gebracht hat —, dann müßte es Sache der Regierung und der zuständigen Referenten sein, mit dem Dementi nicht etwa so lange zu warten, bis sich schon das Gewitter zusammenzieht oder gar bis von der anderen Seite des Hauses her eine Interpellation kommt, sondern sofort, in der nächsten Stunde schon, diese Dinge richtig zu stellen. Das haben wir von der WAB zu der Interpellation zu sagen. Die einzelnen Bemerkungen zum Bonner Grundgesetz werden am nächsten Donnerstag in diesem Hause wohl von den verschiedensten Seiten kritisch beleuchtet werden.

(Vereinzelter Beifall.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Hausleiter hat das Wort.

Hausleiter (CSU): Meine Damen und Herren! Der erste Satz der Interpellation, über die wir uns eigentlich hier aussprechen sollten, lautet:

Die Bemühungen monarchistisch-separatistischer Kreise in Bayern haben durch die Äußerungen führender bayerischer Politiker eine für das Land gefährliche Lage geschaffen...

Ich glaube, daß die Diskussion von dieser Interpellation weit abgeirrt ist.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Wir haben uns statt dessen über unsere Stellungnahme zu Bonn unterhalten und haben dabei vielleicht zwei Dinge versäumt. Wir hätten einmal sehr deutlich sagen müssen, was denn Separatismus heißt. Wenn man gegen ihn angeht, muß man ihn vorher definieren. Das scheint mir schon sehr logisch zu sein. Weiter muß man genau und auch mit etwas Material begründet sagen, wo denn diese Kreise sind.

Statt dessen haben wir eine merkwürdige Vertauschung der Fronten erlebt. Wir fränkischen Abgeordneten sind nämlich des Separatismus bezichtigt worden, während Herr Dr. Baumgartner für Großdeutschland und das Heilige Römische Reich

(Dr. Linnert: Deutscher Nation!)

in einer Weise gekämpft hat, die uns immerhin nicht wenig beeindruckt hat. Wir haben in gleicher Weise aus Anlaß dieser nicht uninteressanten Interpellation mit merkwürdig vertauschten Fronten gekämpft; das darf ich zuerst einmal feststellen.

Und nun folgendes: Ich bin der Meinung, daß man etwa über den fränkischen Föderalismus nicht so sehr entsetzt sein sollte. Ich habe in dieser Beziehung den Herrn Kultusminister nicht ganz verstanden. Das Subsidaritätsprinzip sollte doch auch dann gelten, wenn es für Bayreuth oder für Nürnberg geltend gemacht wird.

(Haußleiter [CSU])

Aber Separatismus sieht ein wenig anders aus. Separatismus will ohne Zweifel die Loslösung unseres Landes aus einem größeren Zusammenhang definitiv fixieren, und da muß ich Ihnen sagen, daß wir zwei Dinge beobachtet haben, die nebeneinander hergelaufen sind: Mißverständnisse, von denen ich nicht das Gefühl habe, daß sie definitiv aufgeklärt worden sind und die vielleicht noch einer bestimmten Klärung bedürften, und als Folge dieser Mißverständnisse so klar separatistische Äußerungen hier und dort, daß man gesehen hat, es gibt einige wenige, aber echte Separatisten im Lande Bayern. Diese haben, sehr seltsam, eine bestimmte Konzeption verfolgt, die ungefähr folgendermaßen aussah: Es wird uns gelingen, das Volk zum Nein zu Bonn zu bewegen. Und nun gab es eine Gruppe sehr geschickter Taktiker, die etwa sagten: Das Nein zu Bonn ist die Voraussetzung für die Monarchie in Bayern. Diese Äußerung ist doch von einem gar nicht unmaßgeblichen Manne gemacht worden, der dem Kollegen Dr. Baumgartner nahesteht.

(Dr. Baumgartner: Die Voraussetzung für die Staatsform!)

Ich muß sagen, die Art und Weise, wie der Monarch hier in die Diskussion gezogen worden ist, muß jedem peinlich sein, der vor einem Achtzigjährigen, der sein Leben in Würde vollendet hat, Achtung hat. Aber wir haben noch etwas sehr Interessantes erlebt: Da waren Monarchisten, deren Vorprellen ebenso peinlich war. Hier hatte man das Gefühl einer merkwürdigen Überlegung, um nicht zu sagen, Konspiration. Man hatte da das Gefühl einer gewissen Frühzündung.

(Sehr gut! bei der SPD)

und auch das Gefühl, daß diese Frühzündung zu einer Fehlzündung geworden ist, und daß die vorgeprellten Haufen der Konspiratoren sich jetzt auf eiligem Rückzug befinden.

(Sehr gut! bei der SPD. — Dr. Baumgartner: Herr Abgeordneter Haußleiter, Parlament kommt von parlare gleich schwätzen!)

— Herr Kollege Dr. Baumgartner, zunächst einmal möchte ich Ihnen sagen, daß Sie auch hier gesprochen haben. Aber zweitens darf ich auch noch ein wenig über Sie selbst reden, da Ihre Stellung in diesem Zusammenhang nicht ganz klar war.

(Dr. Baumgartner: Sie haben meine Erklärung nicht gehört, wie es scheint.)

Ich muß Ihnen sagen, daß da der Zusammenhang zwischen denen, die frühgezündet haben, und dem Parteivorstand der Bayernpartei ein wenig zu offensichtlich war.

(Sehr gut! links.)

Meiner Ansicht nach könnte man da sagen, daß seine Stellung zur Monarchie in den letzten zehn Tagen eine merkwürdig schillernde Form angenommen hat.

(Beifall, insbesondere bei der SPD. — Zuruf: Wie so oft!)

Sie hat variiert. Zuerst einmal hat er zögernd, vielleicht veranlaßt durch Fehlmeldungen über die Rede des Herrn Kultusministers, aber doch offenkundig, sich treiben lassen,

der Herr Kollege Dr. Baumgartner, und eine zunehmend positive Stellung eingenommen.

(Dr. Baumgartner: Phantasieren Sie doch nicht! Ich habe doch ganz unabhängig von Dr. Hundhammer gesprochen.)

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter Dr. Baumgartner, unterbrechen Sie doch den Redner nicht immer!

(Dr. Baumgartner: Er phantasiert ja!)

Unterbrechen Sie den Redner nicht ständig!

Haußleiter (CSU): Ich gehe nur von den Erklärungen Ihrer Parteizeitung aus, die allerdings in der letzten Zeit ein wenig phantasiert zu haben scheint.

(Beifall links.)

Da muß ich Ihnen nun folgendes sagen: Es kam dieses Wort vor, das mir ganz gut gefallen hat, das sicher richtig ist und dem wir, glaube ich, wohl alle zustimmen können: daß man auf Ruinen keine Krone setzen könne. Zwei Tage später hieß es: Ich habe mich für die Monarchie entschieden. Da sind doch plötzlich Entscheidungen gefallen! Dazwischen lag merkwürdigerweise die andere Erklärung, daß das Nein zu Bonn die Voraussetzung für das Ja zur Monarchie ist. Ich muß ehrlich sagen, Herr Dr. Baumgartner, ich habe Ihre Sorgen um Ihre monarchistischen Freunde in der Bayernpartei durchaus mitempfinden können.

(Heiterkeit bei der SPD)

und habe mir vorgestellt, daß das, was Sie gesprochen haben, der Ausdruck dieser wandelnden Sorge um einen gewissen inneren Druck in Ihrer auch nicht allzu homogenen Partei gewesen ist.

(Dr. Baumgartner: So homogen wie die Union sind wir auch!)

— Gut, Herr Dr. Baumgartner, dann sind wir uns in diesem Punkte wenigstens einig.

(Heiterkeit.)

Aber ich möchte Ihnen folgendes sagen: Es scheint mir wesentlich zu sein, daß hier zwei Dinge festzustellen waren: zunächst die Überlegung, die Monarchie, wie Sie es nun nennen wollen, für die Loslösung Bayerns aus dem gesamtdeutschen Zusammenhange zu gebrauchen oder zu mißbrauchen.

(Dr. Baumgartner: Wer hat das gesagt?)

— Das war doch ganz deutlich, wenn Sie das Nein zu Bonn und damit die Distanzierung von dem gesamtdeutschen und westdeutschen Verband als die Voraussetzung einer eigenstaatlichen Monarchie bezeichnet haben.

(Dr. Baumgartner: Für die Staatsform!)

Und dann, sehr geehrter Herr Dr. Baumgartner, können Sie Ihre Erklärung, daß Bayern so selbständig sein soll wie Österreich,

(Rübler: sehr richtig!)

und Ihre wunderbaren Wahlplakate mit den anderen selbständigen europäischen Staaten, die noch kleiner als Bayern sind, hier, wo Sie vor uns für das Heilige Römische Reich schwärmten, nicht plötzlich verleugnen!

(Dr. Baumgartner: Das Heilige Römische Reich war ein Staatenbund, Sie kennen ja die Geschichte nicht!)

(Haußleiter (CSU))

— Dänemark ist doch nicht Mitglied eines Staatenbundes, wenn Sie uns das dänische Vorbild empfehlen!

(Dr. Baumgartner: Dann haben Sie die Geschichte nicht studiert! — Bezold Otto: Friedrich war das! Der dreht sich wie ein Ventilator im Grabe, wenn er das hört! — Gegenruf des Abgeordneten Dr. Baumgartner.)

Ich will Ihnen nur sagen, daß eines deutlich ist: Bestimmte Gruppen bedenken eine Loslösung Bayerns aus dem deutschen Bestande. Wie man das dann bezeichnet, ob man da noch von wirtschaftlichen Zusammenhängen spricht, ist meiner Ansicht nach belanglos. Das sollte kein Alibi sein für einen echten Separatisten, der hier oder dort ein wenig vorgeprellt ist und sich jetzt wieder ins Dunkel und Halbdunkel zurückzieht.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Ich meine, diese Form des Separatismus hat dem Lande Bayern innerhalb Deutschlands in einer Weise geschadet, daß wir alle dagegen Stellung nehmen und sie ablehnen müssen.

(Dr. Baumgartner: Ich verbüte mir Ihre Bemerkung über Separatismus, von einem Nazischristleiter schon besonders. — Oh! — Hört, hört! — Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter Dr. Baumgartner, ich möchte diese Redewendung schärfstens zurückweisen und in diesem Zusammenhange noch eines bemerken: Sie haben vorhin gesagt, Parlament kommt von parlare gleich schwätzen. Das weiß ich gleichfalls ganz energisch zurück. Dies war nämlich die Ausdrucksweise der Nazis.

(Dr. Baumgartner: Also kann man jeden schwätzen lassen, wie er will! Er beschimpft uns dauernd als Separatisten, während ich zur Sache gesprochen habe!)

Herr Abgeordneter Dr. Baumgartner, ich bitte jetzt dringend, die Ruhe zu bewahren!

(Dr. Baumgartner: Herr Präsident, dann bitte ich Sie, daß Sie dem Redner verbieten, uns dauernd als Separatisten zu beschimpfen.)

— Herr Abgeordneter Dr. Baumgartner, die Ordnung habe ich aufrechtzuerhalten.

Haußleiter (CSU): Ich darf mich sehr entschieden dagegen wenden, daß das Wort Föderalismus von Leuten mißbraucht wird, die Bayern aus dem gesamtdeutschen Zusammenhalt lösen wollen. Es gibt hier bestimmte Grenzen, die wir innehalten wollen. Diese Grenzen zu analysieren, muß das Recht eines deutschen Abgeordneten sein.

Ich möchte nicht auf die Diskussion über Bonn eingehen, weil dies in einem anderen Zusammenhang steht.

(Fischer Wilhelm, während Dr. Baumgartner das Haus verläßt: Er separiert sich! — Heiterkeit. — Dr. Baumgartner: Ich lasse mich nicht dauernd beleidigen, ohne daß der betreffende Abgeordnete dafür gerügt wird.)

I. Vizepräsident: Herr Abgeordneter **Haußleiter**, ich bitte weiterzufahren.

Haußleiter (CSU): In dem Punkte sind wir wohl alle einig: Wir ringen um den Aufbau eines neuen Deutschlands. Dieses Ringen um die Form des neuen Deutschlands mag uns da und dort in Einzelheiten auseinanderführen. Gerade wenn dies aber der Fall ist, müssen wir es mit der größten Schärfe vermeiden, daß das Ringen um die Form einer deutschen Entwicklung durch Leute kompromittiert wird, die, wenn sie Fanfarentöne hören, plötzlich sich als echte Gegner des deutschen Zusammenhangs entlarven und dann wieder ins Dunkle entschwinden. Hier müssen wir einen klaren Trennungstrich ziehen. Ich glaube, daß sich in diesen Tagen hier einiges gezeigt hat, was einer genaueren Untersuchung wert wäre.

Wir haben vor 1933 auch in Bayern solche Entwicklungen zu verzeichnen gehabt. Da gab es einen Fuchs-Machaus-Prozeß,

(Zuruf von der SPD)

der sehr interessant war. Ich meine, wenn wir das Ansehen Bayerns nach solchen merkwürdigen Frühexplosionen wiederherstellen wollen, könnte eine sehr exakte Untersuchung des Verhaltens derer, die in einer so elenden und schwierigen Lage unseres Landes und Volkes ein wenig im Dunkeln mit dem Feuer spielen, nicht nachteilig sein. Dies ist eine Frage, die man in dieser Stunde sehr genau prüfen sollte.

(Dr. Dehler: Sehr richtig!)

Was aber die Interpellation anlangt, um die es hier geht, möchte ich nur eines sagen: Es wird hier von Leuten mit unserem bayerischen Volke Schindluder getrieben. Ich habe die Gründung der **Königspartei** genau beobachtet. Da gab es Leute, die plötzlich sagten, daß es mindestens 200 000 Mitglieder der Königspartei in München gebe. Man hat mit falschen Zahlen manövriert. Lebsche und andere Leute sagen jetzt, daß 70 Prozent des bayerischen Volkes für die Monarchie seien. Ich stelle es jedem frei, wofür er ist, wehre mich aber dagegen, daß man die Tatbestände vernebelt. Und wenn ich ein wenig heftig reagiert und gesagt habe, daß wir einmal die Fahnen zählen werden, und daß es dann gar nicht so viele sein werden, so wende ich mich dagegen, daß diese Bemerkung in eine ganz andere Tonart umgewandelt wird. Das bayerische Volk muß sich das eine klarmachen, daß der bayerische Arbeiter und der bayerische Bauer, ganz gleichgültig ob in Franken oder Oberbayern, die Loslösung des alten deutschen Landes aus dem alten deutschen Zusammenhalt nicht wünscht. Er hat mit solchen Entwicklungen gar nichts zu tun, wie sie sich plötzlich verfrüht gezeigt haben, weil man vielleicht geglaubt hat, es sei die erste, vielleicht auch, es sei die allerletzte Stunde für die Verwirklichung solcher Hoffnungen. Davon will der Arbeiter und Bauer nichts wissen. Wenn wir sagen, wir wollen keine Vernebelungen, keine falschen Illusionen und keine falschen Zahlen uns vorsetzen lassen, so halte ich allerdings eine Abstimmung mit Fahnen in einem Augenblick für unrichtig, wo die Flüchtlinge keinen Stoff haben, um sich Kleider und Hemden daraus fertigen zu lassen.

Aber diese Fragen müssen ausgefochten werden, damit die Verdächtigung des Landes Bayern von uns allen genommen wird. Woher wir auch kommen und welcher Partei wir zugehören: Wenn wir draußen stehen und für Bayern sprechen, kommt immer wieder das gleiche Wort: Ihr seltsames Volk! Wenn Herr von Cube am Rundfunk sagt, wir sind nun einmal ein eigen-

(Haußleiter [CSU])

artiges Volk, so meine ich, wir sollten die Eigenart nicht bis zur Farce und Lächerlichkeit übertreiben, sondern sollten denen, die diese Eigenart so sehr übersteigern, ein wenig bedeuten, daß dieses Volk ruhig und gelassen und vernünftig seinen Weg geht. Dann können wir uns über Bonn unterhalten. Das ist Sache des nächsten Donnerstags. Vielleicht darf ich Herrn Dr. Dehler sagen, daß es uns um ganz bestimmte Probleme geht. Auch Herrn von Knoeringen gegenüber darf ich sehr nachdenklich bemerken, daß man vielleicht eine ganze Reihe von Problemen miteinander verbinden muß und nicht eine Verfassung machen darf, nur um damit den Bereich zusammenzuhalten, obwohl das Zusammenhalten des deutschen Reiches eine oberste und wichtigste Aufgabe ist. Aber erlauben Sie uns, die Verfassung zu prüfen!

Herr von Knoeringen hat im Grunde eine tief pessimistische Äußerung über die Lage unseres Volkes zwischen 1919 und 1933 gebraucht. Er hat gesagt — ich zitiere aus dem Gedächtnis —: Der Freiheitswille, repräsentiert durch die Weimarer Verfassung, hat in unserem Volke nicht ein wirkliches Echo gefunden. Vielleicht hat er recht, aber vielleicht ist heute die Situation grundlegend anders, weil in unserem Volke ein Wille zur Freiheit und zum Recht lebt, wie er ernsthaft in Berlin und anderswo in einer Weise demonstriert wurde wie nie zuvor. Vielleicht müssen wir aus diesem Grunde die richtige Form der Verfassung bedenken.

Der Herr Kollege Dr. Kroll hat einiges gesagt, was man überlegen muß und überlegen kann. Eine Verfassung, die so schwach ist, daß sie in dieser Form von Demokratie den Diktator fast zwangsläufig in einer Art von Physik des Untergangs aus sich hervorbringt, müssen wir uns sehr genau daraufhin ansehen, ob man nicht besser gleich neue Lösungen suchen und andere Wege gehen sollte. Das ist ein sehr ernstes Problem. Eine Verfassung zu schaffen, die latent den Diktator in sich schlummern hat, müssen wir genau so ablehnen, wie wir etwa Lockungen aus dem Osten ablehnen müssen, daß wir nur ein einheitliches Deutschland verlangen sollen, wobei es gleichgültig sei, wie es vorläufig aussieht. Wir müssen hier Form und Einheit in einen Zusammenklang bringen, der es uns erlaubt, Demokratie und Deutschland in einer echten Synthese zusammenzufassen.

Ich möchte hier ein Wort von Dr. Dehler unterstreichen, zu dem wir uns, glaube ich, alle bekennen. Er hat uns heute gereizt, weil er die seltsame Fähigkeit besitzt,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Korff)

einen Nachsatz vor dem Vordersatz zu bringen, und zwar in einer sehr präzisen Form. Aber ich möchte betonen, daß ich persönlich die Ansicht nicht für vertretbar halte, Deutschland sei untergegangen. Erlauben Sie mir, dieses Geständnis hier zu machen. Kein Flüchtling in Deutschland und in unserer Heimat Bayern hier würde dies ertragen. Eine solche Behauptung würde ein sehr merkwürdiges Echo auslösen. Ich glaube, Professor Nafsky hat Deutschland keinen guten Dienst erwiesen, als er jene Theorie entwickelte, die wir nicht teilen können.

(Beifall.)

Ich glaube, eines wollen wir tun: Bonn durchdiskutieren! Das Ja und das Nein zu Bonn, wie es

hier vorgelegt wird, steht unter zwei Vorzeichen. Das eine heißt: Haltet Ihr die Verfassung für richtig? Darüber kann man sprechen. Hier hat die SPD Bedenken, hat die FDP Bedenken und haben auch wir sehr starke Bedenken. Man kann diese Frage genau und aufmerksam durchdiskutieren. Aber auch die Frage müssen wir noch beantworten: Haltet Ihr jetzt eine solche Festigung des westdeutschen Bestandes für richtig? Oder liegt hier nicht etwa ein Versäumnis vor? Hätten wir nicht rascher ein Provisorium schaffen müssen und sind wir nicht allzu sehr schon in das Definitivum hineingeraten? Um diese Frage, die uns die Entscheidung so tragisch schwer macht, geht es.

Wie immer wir uns im einzelnen darüber entscheiden, zweierlei sollte maßgeblich sein: Wir müssen eine so klare und so starke demokratische Verfassung schaffen, daß die Tendenzen zum Selbstmord der Demokratie aus sich heraus verhindert werden. Wir alle haben diese Sorge, gestehen wir es uns ganz offen! Und wir versuchen auf verschiedenen Wegen, diese Gefahr zu bannen. Der eine sagt, dies könne nur verhindert werden durch ein klares Verhältnismahlssystem, das richtig angewandt wird. Ich stehe auf dem entgegengesetzten Standpunkt und bin der Überzeugung, daß man klare Verantwortlichkeiten schaffen muß. Dies ist eine Frage für sich. Aber eines müssen wir auf alle Fälle tun: wir müssen einen Trennungsstrich zum Separatismus ziehen, so scharf, als dies nur möglich ist, und wir müssen das Bekenntnis zum Deutschland, das noch besteht, aus Anlaß dieser Diskussion so deutlich als möglich ablegen!

(Lebhafter Beifall bei einem Teile der CSU und der SPD.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Franke.

Dr. Franke (SPD): Meine Damen und Herren! Die kurzen Bemerkungen, die ich jetzt machen möchte, sind gewissermaßen als Zwischenruf aufzufassen, den ich gerne gelegentlich der Ausführungen unseres Herrn Staatsministers Dr. Hundhammer gemacht hätte. Ich zitiere zunächst einmal Bismarck. Ich bin zwar nicht sein unbedingter Anhänger, aber er hat gelegentlich einer Debatte, die auch sehr lebhaft wurde, ein schönes Wort gesprochen. Als die eine Partei die andere für total verrückt erklärte, sagte er: Sagen wir, sie befindet sich in der Minorität! Es gibt nun auch politische Ansichten in Bayern, von denen ich hoffen möchte, daß sie in der Minorität bleiben. Und zu dieser Parteirichtung gehört natürlich auch das, was man früher als Königs-
partei bezeichnet hat. Da ist in der Diskussion — es handelt sich ja hier direkt um die Interpellation — gesagt worden, daß beispielsweise in Bayern jeder schlagen könne, wie er will. Es ist mir dies, wenn ich richtig gehört habe, ungefähr so in Erinnerung. Die Flaggenfrage erscheint mir aber in diesem Lichte etwas verniedlicht und in ihrer Bedeutung sogar stark herabgemindert. Für mich ist eine Flaggen- und Fahnenfrage durchaus nicht etwa ganz Belangloses. Die Fahne ist nicht nur irgendein kleiner Fetisch für irgend wen, sondern Fahnen können wirklich Symbole von internationaler Bedeutung werden. Insofern möchte ich mich auf die Fahnenfrage kurz einlassen.

Als ich seinerzeit zur Eröffnung unseres bayerischen Parlaments ging und als uns das wallende Weiß-Blau

(Dr. Franke [SPD])

rechts und links des historischen Gebäudes im Sonnenschein entgegenstrahlte, hatte man doch ein erhebend schönes Gefühl, als Abgeordneter in dieses Parlament hineinschreiten zu können. Diese Fahnen symbolisierten gewissermaßen einen konkreten demokratischen Staat und brachten den Willen des Volkes zum Ausdruck, vertreten durch seine Abgeordneten, die von den Symbolen des Bayernlandes Weiß und Blau eingerahmt waren. In diesem Sinne ist, wie ich ganz offen bekennen möchte, Heimatgefühl, auch wenn man „Zugereister“ ist, noch lange kein angenommener Partikularismus. Ein klein wenig Lokalpatriotismus, aus dem heraus man vielleicht irgendwo gerne einmal diese Landesfarben zeigt, sei schon vergönnt! Man möchte nämlich sein Land gerne so haben, daß man stolz darauf sein kann.

Nun wird aber auf einmal anlässlich der Geburtstagsfeier des Kronprinzen Rupprecht zur Beschlagnahme mit Weiß und Blau aufgerufen! Zunächst zur Frage des Kronprinzen selbst! Kronprinz Rupprecht war Kommandeur der Armee, zu der ich seinerzeit im Weltkrieg gehört habe. Es tut mir leid, daß der Name Rupprecht jetzt in dieser Weise in die Öffentlichkeit gezogen wurde. Da muß man wirklich sagen: Laßt ruhen mir den Alten! Man hat auch einen anderen Alten schmählich mißbraucht.

(Rübler: Sehr gut!)

Das war auch ein Feldherr. Wir sollten den Prinzen warnen, sich in dieser Weise ins Gespräch ziehen zu lassen. Aber daß er sich zum Geburtstag hat gratulieren lassen, das war sein gutes Recht.

Anders ist es aber mit der weiß-blauen Fahne. Sehen Sie, jetzt im Augenblick hat, wenn wir es konsequent nehmen wollen, der demokratische Bayer keine Fahne mehr. Denn weiß-blau wird diskriminiert zum Zeichen der Königstreue beziehungsweise monarchistisch-reaktionärer Gesinnung.

(Haußleiter: Sehr richtig!)

Das ist für mich, verzeihen Sie, die erschütternde Konsequenz: Diese Leute haben mir meine bayerische Flagge niedergeholt.

(Haußleiter: Jawohl.)

Das ist mein Gefühl. Wir haben also vielleicht im Augenblick keine Flagge mehr. Sie muß aber wieder eindeutig aufgezo-gen und rehabilitiert werden durch ein klares Bekenntnis zu dem, was wir alle wollen, was jeder von uns will.

Vor einigen Wochen bekam ich einen Brief von einem Freund in Dänemark. Entschuldigen Sie eine niedliche kleine Geschichte, die doch zu denken gibt. Da hatte mir der kleine Jan ein hübsches Bildchen gezeichnet, eine englische Flagge. Darunter hatten die Eltern geschrieben: „Das schickt Ihnen Jan, — entschuldigen Sie, wir wollen keine Gefühle verletzen — da er gehört hat, Ihr Deutschen hättet zur Zeit keine Flagge mehr.“ Sehen Sie, unser Elend, unser Unglück, daß wir im Augenblick keine Flagge mehr haben, kennt sogar im Ausland auch ein kleines Kind.

Deswegen komme ich abschließend auf die Flaggenfrage zurück. Hätten wir doch recht bald wieder eine Flagge, die uns sagt und uns beweist: Wer sie aufzieht, hat das Bekenntnis zum größeren und echten demokratischen Deutschland abgelegt. Diese neue Flagge soll

wieder die Farben Schwarz-Rot-Gold haben. Man kann über Farben diskutieren; sie sagen nichts. Es soll aber wieder eine neue Flagge gehißt werden, die uns vor der Welt wieder repräsentiert und rehabilitiert.

Deshalb muß ich sagen — nun komme ich kurz auf die Verfassungsangelegenheit zu sprechen —: Ich selbst würde mir wünschen, daß wir recht bald zu einem positiven Entschluß kommen, damit wir auch bald wieder unsere Fahne vor der Welt hissen können.

(Beifall bei der SPD.)

I. Vizepräsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Linnert.

Dr. Linnert (FDP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben an und für sich heute erwartet, daß nur die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion behandelt wird. Das sollte bereits am vergangenen Mittwoch geschehen. Die Ereignisse haben es mit sich gebracht, daß nun durch die Erklärung der bayerischen Staatsregierung die Frage des Bonner Grundgesetzes beinahe zur Dominante des heutigen Tages geworden ist. Es wird auch jeden, der in diesem Hause sitzt, reizen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen; denn sie geht weit über das hinaus, was in der Interpellation enthalten ist. Aber ich füge mich dem Wunsche des Präsidiums. Wir werden am nächsten Donnerstag Gelegenheit haben, zu dem Bonner Grundgesetz eingehend Stellung zu nehmen, vor allen Dingen zu der ganz — ich sage das bewußt — demagogischen Art, wie hier von Herrn Dr. Baumgartner das Bonner Grundgesetz zerrissen worden ist, ohne einen einzigen seiner guten Gedanken überhaupt auch nur zu erwähnen.

Nun beschäftigt sich die Interpellation vor allen Dingen mit den „Bemühungen monarchistisch-separatistischer Kreise in Bayern, die durch Äußerungen führender bayerischer Politiker eine für das Land gefährliche Lage geschaffen und dadurch dem Ansehen Bayerns großen Schaden zugefügt haben“. Es ist heute morgen von Herrn von Knoeringen bei der Interpellation sehr eingehend auf die geschichtliche Entwicklung zurückgegriffen worden. Als ich dies hörte, dachte ich an ein Wort von Nietzsche, das ich zwar nicht im Wortlaut zitieren kann, das aber ungefähr lautet: Die Völker lernen nichts aus ihrer Geschichte. Ich habe eigentlich bedauert, daß so auf die geschichtliche Entwicklung eingegangen wurde; denn ich habe in diesem Hause den Eindruck gewonnen, daß es auch nichts aus der Geschichte gelernt hat. Es geht hier nicht um reine Fakta, es geht hier sehr vielfach um Gefühle. Vor allen Dingen wenn man ins Land hinausgeht, so spielen dort Gefühlsfragen eine viel größere Rolle als in diesem Hause, in dem immerhin einigermaßen erfahrene Politiker sitzen. Dieses Gefühl spielt auch für die Frage eine Rolle, die in der Interpellation angeschnitten worden ist. Wenn wir heute die Redner gehört haben, so war kein einziger darunter, der etwa das Wort Separatist für sich in Anspruch genommen hätte; im Gegenteil, es wurde immer mit den schärfsten Worten zurückgewiesen. Was das Wort monarchistisch angeht, werden wir auch in diesem Hause niemand finden — auch Herrn Dr. Baumgartner nicht, der seine Unwesenheit anscheinend jetzt für überflüssig hält —, der sich etwa noch zu monarchistischen Gedankengängen bekennen würde. Was Herrn Dr. Baumgartner anlangt, so hat er ja klar und deutlich in einem Interview, das er der Dena gegeben hat, erklärt: „Ich werde mich als

(Dr. Linneri [FDP])

Landesvorsitzender der Bayernpartei dafür einsetzen, daß die Frage der Wiedereinführung der Monarchie bei nächster Gelegenheit — man höre, bei nächster Gelegenheit! — gestellt wird, und werde hierüber eine Volksabstimmung fordern". Er hat dann noch weiter behauptet: „Ich jedenfalls werde mich für die Monarchie entscheiden; es werden wohl 70 Prozent des bayerischen Volkes für die Monarchie eintreten". Da diese Äußerung, die durch die Dena wiedergegeben worden ist, nirgendwo bestritten wurde, kann doch nicht geleugnet werden, daß Herr Dr. Baumgartner die Gelegenheit für günstig gehalten hat — ich muß das Perfekt gebrauchen —, die Königsfrage aufzurollen. Ich habe in einer Erklärung, die ich meinerseits der Presse gegeben habe, schon gesagt, daß es ein Unglück ist, in einer solchen Zeit der Not eine solche Frage überhaupt aufzuwerfen. Denn wir haben andere Probleme zu lösen als die Frage, ob Bayern einen König haben oder eine Republik sein soll, wie es die Verfassung vorsieht. Ich stimme auch darin bis zu einem gewissen Grade dem Herrn Löriz zu, der auch schon das Haus wieder verlassen hat, wie er es ja immer macht, wenn er seinen Speech losgebracht hat, daß das Volk andere Interessen hat. Die Wohnungsfrage, die Flüchtlingsfrage, die Steuerfrage und was es sonst gibt, beschäftigen das Volk selbstverständlich viel mehr. Um so mehr muß ich mich aber wundern, daß es gerade Herr Löriz ist, der jedenfalls im Bayerischen Landtag in keiner dieser Fragen aktiv mitgearbeitet hat.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Er sitzt in keinem einzigen Ausschuß, in dem diese Fragen auf das eingehendste erörtert werden. Wir wissen alle ganz genau, daß die Verhandlungen im Plenum nicht die Arbeit darstellen, die tatsächlich geleistet wird, sondern daß hier nur die letzte Entscheidung fällt, und daß die wirkliche Arbeit in den von früh bis spät dauernden Ausschüssen geleistet wird, bei denen auch die Sachverständigen anwesend sind.

(Beifall.)

Wer eine Ahnung hat, wie wir uns in den Ausschüssen bemühen, zum Beispiel die Wohnungsfrage zu lösen, wie wir große und kleine Ausschüsse zusammenlegen, Unterausschüsse bilden, um alle einzelnen Fragen zu lösen, der weiß, wie intensiv sich die bayerischen Abgeordneten mit diesen dringenden Fragen des bayerischen Volkes beschäftigen. Selbstverständlich kann man, wenn man nur Wert darauf legt, draußen Massenversammlungen und Kundgebungen abzuhalten, dem Volk weismachen, es würde nichts geleistet, und sagen: Wenn ich in der Regierung bin, dann kriegt ihr ein Kilo! Warum sagt er nicht zehn Kilo? Es ist ja vollkommen gleichgültig, was er sagt. Er hat das Buch „Die Psychologie der Massenseele" sehr eingehend studiert. Deswegen redet er draußen so. Es ist kein Kunststück, dem Volk etwas vorzuerzählen. Es ist kein Kunststück, zu sagen: Ich werfe Tausende von Beamten hinaus, wenn ich zur Regierung komme. Wenn man dann sieht, wie die praktische Arbeit geleistet werden muß, wenn man sieht, wie wir in den Ausschüssen um Sach für Sach ringen, wie wir mit dem Finanzminister um Hunderte, Tausende oder Millionen von Mark ringen müssen, um überhaupt etwas schaffen zu können, wie wir nachforschen, wo wir noch etwas hernehmen können — letzten Endes kann man nur dort etwas wegnehmen, wo noch etwas ist —, wenn man das

alles in diesen fast drei Jahren, die der Bayerische Landtag besteht, mitgemacht hat, muß man solchen Demagogen das Recht absprechen, draußen das Volk aufzuheizen und ihm zu sagen, in diesem Hause werde keine positive Arbeit geleistet.

(Lebhafter Beifall.)

Wir Freien Demokraten gehören nicht zur Regierung und nicht zur Regierungspartei, wir sind eine Oppositionspartei, aber ich glaube, dort, wo das bayerische Volk der Schuh drückt, waren wir immer beisammen, ganz gleichgültig, welcher Partei wir angehörten, ob wir von links oder von rechts waren.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn man sich ernsthaft mit den Fragen beschäftigt, die das bayerische Volk und nicht nur das bayerische Volk beschäftigen, muß man einen kleinen Unterschied machen. Daß die Heimatvertriebenen, die zum bayerischen Staat gehören, bei uns noch keine Heimat gefunden haben, ist nicht unsere Schuld. Wenn man hier davon spricht, wie es Herr Dr. Baumgartner getan hat, daß wir zu viele Flüchtlinge haben —: ist das vielleicht die Schuld der Bayern- oder die Schuld der bayerischen Staatsregierung? Das ist nicht unsere Schuld, das sind Verhältnisse, die wir nicht bewältigen können. Das ist wieder ein Grund mehr, warum wir zu einem Bund streben müssen. Denn nur dann ist es überhaupt möglich, diese brennenden Fragen zu lösen, zu lösen mit den schwachen Kräften, die auch der Bund in diesem Falle haben wird; denn er wird auch nicht zaubern können, sondern wird mit den gegebenen Größen rechnen müssen. Die gegebenen Größen sind leider außerordentlich klein. Darum ist es so bedauerlich, wenn von einer bestimmten Seite die Frage einer Änderung der Staatsverfassung hereingeworfen wird, indem man wieder eine Königskrone schaffen will. Auch das hat einen geschichtlichen Hintergrund. Heute morgen wurde mit Recht gesagt, daß es sich hier vielleicht weniger um Tatsachen als um Gefühle dreht, die nicht erst heute und nicht erst vor vierzehn Tagen, sondern schon bei der Beratung der Bayerischen Verfassung entstanden sind. Damals ging es ja schon im Hintergrund um diese Frage. Für uns wenigstens ist es doch klar gewesen, daß man die Frage des Staatspräsidenten schon im Hinblick auf eine spätere Änderung aufgeworfen hat. Wir haben es ja erlebt, was man mit einem Staatspräsidenten machen kann.

(Schesbeck: Nein!)

— Herr Schesbeck, Sie können ja meine Meinung und meine Gefühle nicht ändern. Ich sage nur, daß das Gefühl viele gehabt haben, auch Leute in Ihren eigenen Reihen; denn sonst hätten wir den Staatspräsidenten beschert bekommen. Gott sei Dank ist es nicht so gekommen. Das ist der Ausgangspunkt. Jetzt glaubte eine gewisse Gruppe, die verschiedenartig verteilt ist und durchaus nicht etwa nur auf einer Seite sitzt, den Zeitpunkt für gekommen, einmal die Frage der Monarchie in Bayern wieder aufrollen zu können, um mit ihr das Bonner Grundgesetz anzugreifen. Denn diese Manipulationen beruhen auf zwei Absichten. Wir müssen uns damit beschäftigen, wenn es in der Interpellation heißt, daß Vertreter dieser Kreise auch Mitglieder der bayerischen Staatsregierung sind. In der Abendzeitung vom 10. Mai lese ich über eine Ausführung von Herrn Kultusminister Dr. Hundhamer:

(Dr. Einnert [SDP])

Kultusminister Dr. Hundhammer nahm am Freitag in einer Rede, die er auf einer Veranstaltung des Katholischen Frauenbundes hielt, zu dem „Sturm im Wasserglas“ Stellung, der sich über die Frage einer eventuellen Einführung der Monarchie in Bayern erhoben hat. Dr. Hundhammer sagte wörtlich: In meiner Gegenwart ist weder das Wort Monarchie gefallen noch die Frage einer Besetzung am Geburtstag des früheren Kronprinzen erörtert worden. Es wäre auch keine Schande gewesen, wenn dies geschehen wäre. Aber ich würde es für falsch halten, das Problem Monarchie oder Republik in Bayern mit der Abstimmung über das Bonner Grundgesetz in Verbindung zu bringen.

Meine Damen und Herren! Lesen Sie diese Sätze, die angeblich wortwörtlich wiedergegeben worden sind, einmal mit dem Mißtrauen, das wir nun einmal haben. Ich lese den letzten noch einmal vor:

Ich würde es für falsch halten, das Problem Monarchie oder Republik in Bayern mit der Abstimmung über das Bonner Grundgesetz in Verbindung zu bringen.

Das Problem an sich wird also nicht abgelehnt. Abgelehnt wird nur, das Problem mit dem Bonner Grundgesetz in Verbindung zu bringen. Ich habe schon vorhin gesagt, es ist ein Unglück, wenn man in einer solchen Zeit wie jetzt dieses Problem überhaupt erörtert. Vor dem Alter haben wir alle Respekt. Wer achtzig Jahre alt ist, hat im allgemeinen ein arbeitsreiches Leben hinter sich. Man muß sich aber eigentlich einmal fragen, warum es denn so weit gekommen ist, warum denn dieser Staat Deutschland oder Bayern usw. plötzlich in ein solches Chaos hineingeraten ist. Wo waren denn damals diese Monarchen?

(Donsberger: Weil Nichtbayern da waren und die Bayern draußen gewesen sind!)

— Das ist auch nicht richtig, Herr Kollege Donsberger, ich werde es Ihnen gleich sagen. Wo waren denn diese Monarchen, auch die preussischen Monarchen, wiewohl diese „Preußen“ ja bekanntlich aus Schwaben stammen und jahrhundertlang in Nürnberg waren? Aber die Nürnberger sind, glaube ich, auch schon „Südpreußen“, was höchst verdächtig ist.

(Heiterkeit.)

Diese Monarchen sind doch seinerzeit alle ohne Ausnahme davongelaufen. Es hat sich doch kein einziger seinem Volk gestellt. Hätten sie es doch getan! Ich bin heute noch der Überzeugung, daß dem Kaiser, wenn er nicht davongefahren wäre, in Deutschland niemand etwas getan hätte. Die Deutschen sind das gutmütigste Volk der Welt überhaupt, in dem kaum jemals ein Attentat vorkam.

(Meigner: In der Räterepublik?)

Wie war es mit König Ludwig dem Vielsältigen? Genau so, er ist auch ausgerissen!

(Protest des Abgeordneten Dr. Hundhammer.)

Jetzt sage ich Herrn Kollegen Donsberger ein Wort: Vor den Toren Münchens stand damals die Alpendivision, eine vollkommen ausgerüstete Division!

(Dr. Hundhammer: Einen toten König zu höhnen, ist keine anständige Haltung!)

— Ich kann doch nichts dafür, daß der König nicht mehr lebt.

(Dr. Hundhammer: Es war die Nebenbemerkung „vielsältig“, die ich beanstandet habe!)

— Wenn Sie daran Anstoß nehmen, würde es mir leid tun. Das ist ein Ausdruck, der bei den „Südpreußen“ in Franken des öfteren vorkommt; deshalb habe ich ihn hier gebraucht.

Es ist so gewesen, daß die Monarchen alle davongelaufen sind. Wer sich selber aufgibt, kann auch nicht wieder ausgegraben werden. In der heutigen Zeit können wir diese Monarchen nicht mehr gebrauchen. Man darf sich nicht auf England, Norwegen, Schweden oder sonst etwas beziehen; denn dort war die historische Entwicklung eine ganz andere. Wären die Monarchen nicht fortgelaufen, wären sie vielleicht heute noch da. Aber sie jetzt wiederzuholen, ist in dieser Zeit mehr wie überflüssig. Wären sie nicht gegangen, wäre vielleicht manches anders.

(Donsberger: Mit solchen Äußerungen muß man sehr vorsichtig sein; man müßte sie eines Tages eventuell revidieren.)

— Das glaube ich nicht, Herr Kollege Donsberger.

(Donsberger: Es war bereits einmal so weit, nämlich im Februar 1933!)

— Das weiß ich. Ich möchte aber auf diese Zeit nicht eingehen, Herr Kollege Donsberger. Ich könnte zum Beispiel eine Rede des damaligen bayerischen Landtagsabgeordneten Dr. Hundhammer vorlesen, die ich hier im Stenogramm vor mir liegen habe. Ich will das aber nicht tun, weil es gar keinen Zweck hat, immer wieder in der Vergangenheit herumzuwühlen. Aber wir sollten aus dieser Vergangenheit etwas lernen. Wir sollten daraus lernen, daß es darauf ankommt, daß wir endlich als gute Demokraten selbständig werden und nicht immer nach irgendeinem Führer ausschauen, ob er eine Krone trägt oder sonst etwas. Wenn wir das nicht tun, nützen uns alle Verfassungen nichts.

Ich komme nun insbesondere zur Bayerischen Verfassung. Es ist in diesem Hause bekannt, daß wir Freien Demokraten gegen die Bayerische Verfassung gestimmt haben. Wir haben unsere guten Gründe dazu gehabt, daß wir diese Verfassung nicht anerkannt haben. Der eine Grund war, daß die Zugehörigkeit zur Deutschen Bundesrepublik, wie sie jetzt heißen soll, so verfassungsmäßig war, daß man heute mit Herrn Dr. Baumgartner daraus das Gegenteil von dem machen kann, was damals von der Sozialdemokratie sicher gutgläubig beabsichtigt worden ist.

(Dr. Dehler: Sehr richtig!)

Der zweite Grund, warum wir gegen die Verfassung gestimmt haben, war, daß wir damals schon der Ansicht gewesen sind: Eine Verfassung, die von Besatzungs Gnaden gegeben worden ist, steht auf schwachen Füßen. Der Herr Präsident Dr. Horlacher hat ja einen Brief verlesen, wie die amerikanische Militärregierung unsere Verfassung genehmigt hat. Darum, Herr Dr. Baumgartner, ist es nicht wahr, daß wir eine Verfassungshoheit haben. Wir haben eine von der Besatzungsmacht genehmigte Verfassung, und der Besatzungsmacht steht es heute noch frei, diese so zu ändern, wie sie es für richtig hält. Also diese Verfassungshoheit steht auf verdammt wackligen Füßen. Auf sie können Sie sich viel-

(Dr. Einneri [FDP])

leicht in Ihren Massenversammlungen beziehen, aber nicht bei den Leuten, die die Sache mitgemacht haben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Baumgartner.)

Das gleiche gilt meiner Ansicht nach auch für das, was in Bonn geschaffen worden ist. Ich glaube, ich kann hier die Worte meines Freundes Dehler zitieren; wir haben uns über dieses Problem oft in unserem kleinen Kreis unterhalten: Kann man sich denn überhaupt unter dieser Agide der Besatzungsmächte eine Verfassung geben oder soll man sich nicht auf den Standpunkt stellen, den auch die radikale Jugend vertritt: Laßt doch die Besatzungsmächte uns regieren; wenn sie uns schon in alles hineinreden, dann sollen sie doch gleich das Ganze machen. Ich glaube, so kann doch ein verantwortungsbewußter Politiker nicht handeln. Wir werden wohl, ob es uns gefällt oder nicht gefällt, nach dem Prinzip des kleineren Übels handeln müssen. Ich glaube, die Verfassung ist gar kein kleines Übel,

(Dr. Baumgartner: Das ist ja unlogisch!)

sondern es ist ein Fortschritt, nach dem wir uns seit drei Jahren sehnen. Es kommt mir in diesem Hause manchmal vor wie draußen im Lande: Wir wissen nicht mehr, wie es vor vier Jahren bei uns ausgesehen hat, wir wissen nicht mehr, wie es vor einem Jahr ausgesehen hat, wo wir herumgelaufen sind und froh waren, wenn wir in einem Lokal einen Hering bekommen haben; das haben wir alles wieder vergessen. Damals, als jeder Landrat ein König in seinem Kreis war und sich abschloß, damals, als die einzelnen Länder sich abschlossen, damals, als die Zonen sich abschlossen, und auch heute, wo die drei westlichen Zonen noch nicht vereinigt sind, war und ist es, glaube ich, doch eine Notwendigkeit, darnach zu streben, diesem Volke, auch wenn es jetzt nur ein Teil ist, endlich einmal eine Regierung zu geben, damit wir gehört werden, damit wir die Fehler ausmerzen können, die nach unserer Ansicht von den Besatzungsmächten hineingebracht worden sind, die uns einen Föderalismus auferlegen wollen, von dem ich überzeugt bin, daß er gar nicht einmal von allen Föderalisten gebilligt wird.

Wir brauchen endlich einmal den Anknüpfungspunkt, von dem Archimedes sagte, er könnte die Welt aus den Angeln heben, wenn er außerhalb einen Punkt hätte. Bei uns geht es leider nicht außerhalb, wir müssen ihn innerhalb ansetzen. Wir brauchen diese Bundesregierung so notwendig wie ein Stückchen Brot. Wenn Dr. Baumgartner erzählt, daß Bayern soviel exportiere —: ja, wer eine Ahnung hat — und Herr Dr. Baumgartner ist doch von Haus aus Volkswirt —, der muß doch wissen, daß die Zahlen, die er uns genannt hat und die ich im Augenblick nicht nachprüfen kann, noch nicht einmal ein Tropfen auf einen heißen Stein sind angesichts dessen, was wir dringend notwendig brauchen, wenn unsere Wirtschaft uns endlich wieder freimachen soll; denn sie soll uns nicht bloß verfassungsmäßig freimachen, sie soll uns auch die Wirtschaft vom Ausland freimachen. Wenn man weiß, daß wir heute bis zu 10 Milliarden DM Import brauchen, und man hier von 149 Millionen spricht, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn man gerade hinauslacht. So geht es natürlich nicht. Ich glaube, wir dürfen in diesem Zusammenhang doch ein wenig — das ist von allen Seiten

gesagt worden — an die Deutschen denken. Es ist ja gar nicht so, daß selbst in den Westzonen nun schon alles gut wäre, sondern es besteht doch die große Gefahr — und auf diese Gefahr mache ich aufmerksam, diese Gefahr möchte ich Ihnen vor Augen führen, meine Damen und Herren von der Christlich-Sozialen Union —: Wenn das Grundgesetz abgelehnt würde, glauben Sie mir, in der französischen Zone würde man bittere Tränen vergießen! Dort sind auch 6 1/2 Millionen Deutsche, um die es geht.

(Zuruf.)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch an die Pfalz erinnern. Dort gibt es viele Kreise — ich war selbst in der Pfalz —, die wieder gern nach Bayern zurück möchten. Bei uns gibt es Kreise, die die Pfalz wieder heranziehen möchten. Auch die stoßen wir vor den Kopf, wenn wir ihnen die Möglichkeit dazu durch einen abwegigen Gedanken nehmen; ich will das Wort Separatismus gar nicht mehr gebrauchen. An alle diese Fragen muß man sich erinnern.

Es ist ja nettlich und spaßig, wenn Herr Dr. Baumgartner ausgerechnet den Führer der Patriotenliga von 1871 Dr. Jörg zitiert.

(Dr. Baumgartner: Das hat schon seinen Grund!)

Dr. Jörg ist alt geworden. Lesen Sie nicht nur das, was er 1871 im Bayerischen Landtag gesagt hat, sondern auch das, was er zehn Jahre später geschrieben hat! Ein Mann, der sich, trotzdem er damals, sagen wir, Separatist gewesen ist, dann vollständig ins Gegenteil gewandelt hat!

(Dr. Baumgartner: Nein, nein!)

Ein Mann, der das Reich bejagt hat, dasselbe Reich, das auch Bayern groß gemacht hat! Meine Damen und Herren, vergessen Sie das doch nicht, daß Bayern mit dem Reich groß geworden ist vor dem Unglück, das über Bayern gekommen ist! Ich möchte die geschichtlichen Erinnerungen nicht wieder aufrollen, aber ich möchte damit doch behaupten: Bayern kann nur groß werden im Zusammenhalt mit den anderen deutschen Staaten.

Ich möchte aber auf diese Fragen gar nicht näher eingehen, weil wir das am nächsten Donnerstag besprechen werden. Aber ich möchte doch noch etwas erwähnen, was sich auch mit der Interpellation berührt, wenn es auch nicht wortwörtlich darin enthalten ist. Nach Pressmeldungen — ich kann mich auf nichts anderes stützen, denn man kann nicht verlangen, daß man in jede Versammlung geht — hat Herr Dr. Hundhammer ausgeführt, es gebe nur zwei Möglichkeiten für Bayern: Entweder Bayern — ich habe den Wortlaut nicht mehr da — wird ein selbständiger Staat, oder die Alliierten entscheiden. Das hätte ich, wenn ich ein verantwortlicher Politiker sein will, niemals in der Öffentlichkeit gesagt;

(sehr richtig! bei der FDP)

denn das geht denn doch nicht, daß wir die Fragestellung so festlegen, daß wir sagen: Wir machen uns selbständig und die Alliierten können anders befehlen. Wir sollten aus eigener Kraft und aus eigenen Gedanken dazu kommen, zu sagen: Wir wollen hinüber zu unseren anderen deutschen Brüdern! Das ist nicht bloß eine ideale Liebe, die uns dorthinübertreibt, sondern es ist eine ganz materielle Liebe. Ich glaube, diese materielle Fundierung hält vielleicht länger nach als eine ideelle.

Wenn weiter gesagt wird, man will nicht eine bloße Wiederherstellung der Weimarer Verfassung, denn die

(Dr. Einnert [FDP])

hätte das und das Unglück herbeigeführt —: Auch damals vor drei Jahren ist die Bayerische Verfassung nicht für die Ewigkeit geschaffen worden, sondern auch die Bayerische Verfassung unterliegt der Möglichkeit einer Änderung, und ich glaube, daß das in einem noch viel höherem Maße für die Bonner Grundgesetzgebung gilt; denn sie hat jetzt doch keinen anderen Zweck und Sinn, als uns endlich einmal die Möglichkeit zu geben, draußen gehört zu werden. Es ist heute schon einmal vom Ruhrstatut, es ist vom Marshallplan und von ERP gesprochen worden. Sehen Sie sich einmal das kleine Österreich an! Befest, Wien in vier Teile geteilt genau wie Berlin! Aber es hat eine Regierung und sein Außenminister Dr. Gruber reist draußen, obwohl es keinen Friedensvertrag hat, im Ausland herum und vertritt sein Land. Das müssen wir haben.

(Guth: Gar kein Vergleich!)

Deswegen, meine verehrten Damen und Herren, ist es für mich unter den heutigen Verhältnissen weiß Gott nicht von erheblicher Bedeutung, ob auf finanzieller Seite ein Trumm dahin oder dorthin geht — —

(Freundl: Das ist von erheblicher Bedeutung!)

— nein, das ist nicht von erheblicher Bedeutung, aber von erheblicher Bedeutung für uns ist, daß wir uns endlich einmal zusammenschließen, damit wir weiter können, frei werden, politisch frei und frei in der Wirtschaft!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und SPD.)

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Zietzsch das Wort.

Zietzsch (SPD): Es ist heute sehr viel und nach meiner Auffassung teilweise sehr abwegig, soweit es sich um die zu treffende Entscheidung über das vorläufige Grundgesetz handelt, diskutiert worden. Das Grundgesetz kann eigentlich noch gar nicht so bekannt sein, daß man sich für oder gegen dieses vorläufige Grundgesetz entscheiden kann, wie es das Gewissen befiehlt, weil nach meiner Auffassung dieses Grundgesetz nach der Zustimmung der Militärgouverneure nur im Zusammenhalt mit den Vorbehalten betrachtet werden kann, die von diesen bei der Zustimmung inzwischen gemacht worden sind. Auch der Herr Ministerpräsident sagte heute morgen, daß diese Vorbehalte im einzelnen noch nicht genau bekannt seien. Insbesondere aber waren diese Vorbehalte dem Herrn Ministerpräsidenten zweifellos nicht bekannt, als sich der Ministerrat anfangs der Woche mit seiner Entscheidung über das Grundgesetz beschäftigt hat,

(Ministerpräsident Dr. Ehard nicht zustimmend)

so daß man annehmen durfte, daß die Beratung im Ministerrat vielleicht etwas anders verlaufen wäre, wenn er die Vorbehalte gekannt hätte, die nunmehr noch gemacht worden sind. Oder es wird noch ein anderer Gesichtspunkt berücksichtigt werden müssen, nämlich die außenpolitische Lage, vor allem die gefährliche Lage, in der wir uns in Deutschland auf Grund dieser außenpolitischen Verhältnisse befinden. Diese Lage erfordert rasches Handeln. Da geht es wohl nicht an, daß wir uns um Einzelheiten streiten.

Ich möchte nur das unterstreichen, was die Herren Kollegen Dr. Dehler und Dr. Einnert schon zu dieser

Frage gesagt haben, nämlich daß wir von einigen Schönheitsfehlern absehen müßten, weil es um das Ganze geht und wir nur vom ganzen her gesehen unsere Entscheidung treffen dürfen. Deswegen glaube ich, daß wir uns bis zur kommenden Woche noch einiges überlegen müssen, bevor die Entscheidung in diesem Hause wohl am Donnerstag oder Freitag nächster Woche fällt. Insofern mag die bisher geführte Diskussion durchaus ihr Gutes haben.

Es ist nun vom Herrn Landtagspräsidenten vorhin darauf hingewiesen worden, daß wir ja hier noch eine andere Angelegenheit mitzubedenken haben, und ich möchte ganz kurz darauf noch zu sprechen kommen und im Namen meiner Fraktion zu unserer Interpellation erklären, daß die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten auf unsere Interpellation uns nicht befriedigt hat.

(Mazg: Sehr richtig!)

Mein Kollege von Knoeringen hat heute vormittag wörtlich folgendes festgestellt:

Herr Dr. Hundhammer erklärte nach Presseberichten: Es sei ausgeschlossen, daß andere deutsche Länder darüber entscheiden dürften, ob Bayern dem westdeutschen Bundesstaat beizutreten habe. Bayern könne sich auf keinen Fall einem zentralistischen Staat anschließen. Sollte das bayerische Volk in dem kaum zu umgehenden Volksentscheid Nein zu Bonn sagen, so müßten entweder die Alliierten über das weitere Schicksal Bayerns entscheiden oder der Bund müßte auch ohne Bayern möglich sein, da ihm Berlin und die Ostzone ja auch nicht angehören.

(Guth: Wer hat das erklärt?)

— Das hat Herr Dr. Hundhammer erklärt.

(Guth: Das war die Presse!)

— Herr Dr. Hundhammer hat Pressevertretern gegenüber ausdrücklich den Inhalt dieser Mitteilung bestätigt. Herr Staatsminister Dr. Hundhammer hat diese Äußerung bei seinen Ausführungen heute vormittag nicht bestritten. Damit befindet er sich im klaren Gegensatz zu Punkt 2 der Erklärung der Staatsregierung, in der die Rechtsverbindlichkeit der Zweidrittelmehrheitsentscheidung der Länder anerkannt wird.

(von Knoeringen: Sehr richtig!)

Ein Kommentar hierzu erscheint uns überflüssig. Außerdem hat der Herr Ministerpräsident diese Äußerung des Herrn Dr. Hundhammer nicht zurückgewiesen.

(von Knoeringen: Sehr richtig!)

Wir halten es für notwendig, das eindeutig vor dem hohen Haus und damit auch vor dem ganzen Volk festzustellen.

(Beifall bei der SPD und FDP.)

I. Vizepräsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dieser Punkt der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich habe dem hohen Hause noch einige geschäftliche Mitteilungen zu machen. Morgen, Samstag vormittag 9 Uhr und Montag nachmittag 15 Uhr finden Sitzungen des Unterausschusses des Eingaben- und Beschwerden-ausschusses statt. Am Dienstag vormittag 9 Uhr tagt der Ausschuß für Eingaben und Beschwerden und zwar im Landtagsamt am Lenbachplatz.

(I. Vizepräsident)

Ich mache weiter darauf aufmerksam, daß für Mittwoch, den 18. Mai um 13 Uhr 30 Minuten eine Sitzung des Ältestenrats im Landtagsgebäude und für Mittwoch nachmittags 15 Uhr die nächste Plenarsitzung anberaumt ist. Am Donnerstag vormittag 9 Uhr ist dann die entscheidende Sitzung, in der der Bayerische

Landtag zum Grundgesetz Stellung zu nehmen hat. Ich möchte an die Fraktionen die Bitte richten, dafür zu sorgen, daß sämtliche Abgeordnete anwesend sind, da eine Entscheidung von geschichtlicher Bedeutung getroffen werden muß.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung um 17 Uhr.)